



## Protokoll

### 9. Sitzung des Landrates des Kantons Basel-Landschaft

Liestal, 11. Dezember 2003

10.00–12.20 / 14.00 – 17.35 Uhr

**Abwesend Vormittag:**

Franz Remo, Friedli Thomas, Fritsch Anton, Fuchs Beatrice, Piatti Claudia und Schäfli Patrick

**Abwesend Nachmittag:**

Franz Remo, Friedli Thomas, Fritsch Anton, Fuchs Beatrice, Piatti Claudia, Schäfli Patrick und Svoboda Paul

**Kanzlei**

Mundschin Walter

**Protokoll:**

Troxler Urs, Laube Brigitta und Keiser Seline

**Index**

Überweisungen des Büros ..... 269

**Traktanden**

4 2003/230  
Berichte des Regierungsrates vom 16. September 2003  
und der Finanzkommission vom 27. November 2003:  
Budget 2004  
*beschlossen* 261 und 279

5 2003/230/ 01-42  
Berichte des Regierungsrates vom 11. November 2003  
und der Finanzkommission vom 27. November 2003:  
Parlamentarische Anträge zum Budget 2004  
*alle Budgetanträge behandelt* 261 und 279

6 2003/218  
Motion von Margrit Blatter vom 18. September 2003:  
Kürzung der Waldbewirtschaftungsbeiträge  
*zurückgezogen* 261

9 Fragestunde  
*alle Fragen beantwortet* 269

27 2003/310  
Dringliche Interpellation der SP-Fraktion zum Polizeiein-  
satz gegen den Allpack-Streik  
*beantwortet* 274

**Nicht behandelte Traktanden**

7 2003/206  
Berichte des Regierungsrates vom 9. September 2003 und  
der Finanzkommission vom 27. November 2003: Jahres-  
programm 2004

8 2003/143  
Berichte des Regierungsrates vom 17. Juni 2003 und der  
Umweltschutz- und Energiekommission vom 19. November  
2003: Bewilligung der Verpflichtungskredite für Erhalt und  
Ausbau der Abwasserreinigungsanlage Birs 2 in Birsfelden  
und für Massnahmen im Einzugsgebiet und die Erteilung  
des Enteignungsrechtes für Massnahmen im Einzugs-  
gebiet (Bau Mischwasserbecken)

10 2003/261  
Interpellation von Daniel Mürger vom 30. Oktober 2003:  
Auslagerung Reinigungsdienst UKBB. Abschreibung  
zufolge Rückzugs

11 2002/297  
Postulat von Roland Laube vom 28. November 2002: Für  
eine verfassungskonforme Mieter- und Hauseigentümer-  
besteuerung

12 2003/151  
Postulat von Max Ribi vom 19. Juni 2003: Komplizierte  
Gesetze -Komplizierte und teure Software -Teure Ver-  
waltung, Einfache Gesetze - Einfache und billigere Softwa-

re - Kostengünstigere Verwaltung

13 2003/157  
Interpellation von Peter Zwick vom 19. Juni 2003: Flüssi-  
ges Chlorgas in Gartenbädern und Hallenbädern. Schriftli-  
che Antwort vom 26. August 2003

14 2003/158  
Interpellation von Roland Bächtold vom 19. Juni 2003:  
Personalrekrutierung nur noch via Arbeitsamt

15 2003/201  
Interpellation von Eugen Tanner vom 4. September 2003:  
Ausbau St. Jakob-Park

16 2003/122  
Postulat von Robert Ziegler vom 22. Mai 2003: Verkehrs-  
mässige Erschliessung des Sportzentrums St. Jakob

17 2003/124  
Postulat von Esther Maag vom 22. Mai 2003: Verbesserun-  
gen für den Fahrplanentwurf 2004

18 2003/127  
Interpellation der FDP-Fraktion vom 22. Mai 2003: Der  
öffentliche Raum muss wieder attraktiv werden!

19 2003/128  
Interpellation von Dieter Musfeld vom 22. Mai 2003:  
Brandschutztore im Belchentunnel

20 2003/134  
Postulat der Justiz- und Polizeikommission vom 5. Juni  
2003: Raumkonzept für die Justiz/Projekt für ein Gerichts-  
gebäude

21 2003/145  
Postulat von Urs Baumann vom 19. Juni 2003: Beseitigung  
der gefährvollen Einfahrt Reichensteinerstrasse in die  
Baselstrasse, Reinach

22 2003/150  
Motion von Roland Bächtold vom 19. Juni 2003: Tram-  
übergang Reichensteinerstrasse Reinach

23 2003/148  
Motion von Franz Hilber vom 19. Juni 2003: Dritte Sport-  
halle am Gymnasium Liestal

24 2003/152  
Postulat von Uwe Klein vom 19. Juni 2003: Halbierung der  
bürokratischen Lasten

25 2003/153

Postulat von Roland Bächtold vom 19. Juni 2003: Ortsdurchfahrtsstrasse

26 2003/163

Interpellation der FDP-Fraktion vom 1. Juli 2003: Höhere Gebühren in der KVA Basel. Schriftliche Antwort vom 4. November 2003

Landratspräsident **Hanspeter Ryser** begrüsst die Anwesenden zur Weiterberatung des Budgets.

### Entschuldigungen

Vormittag: Franz Remo, Friedli Thomas, Fritsch Anton, Fuchs Beatrice, Piatti Claudia und Schäfli Patrick

Nachmittag: Franz Remo, Friedli Thomas, Fritsch Anton, Fuchs Beatrice, Piatti Claudia, Schäfli Patrick und Svoboda Paul

Für das Protokoll:  
Urs Troxler, Landeskanzlei

Nr. 293

#### 4 2003/230

**Berichte des Regierungsrates vom 16. September 2003 und der Finanzkommission vom 27. November 2003: Budget 2004**

#### 5 2003/230/ 01-42

**Berichte des Regierungsrates vom 11. November 2003 und der Finanzkommission vom 27. November 2003: Parlamentarische Anträge zum Budget 2004**

#### 6 2003/218

**Motion von Margrit Blatter vom 18. September 2003: Kürzung der Waldbewirtschaftungsbeiträge**

*Fortsetzung der Budgetdebatte*

### 23 Bau- und Umweltschutzdirektion

**2313 TBA Erhaltung Kantonsstrassen, Brücken und Nebenanlagen**

#### **Budgetantrag 2003/230-10**

*Antrag von Eric Nussbaumer, Reduktion Kontogruppe 314.4 "Betrieblicher Strassen-Unterhalt"*

**Eric Nussbaumer** verfolgte mit dem Antrag das Ziel, den Strassenunterhalt auf dem Niveau der Rechnung vom Jahre 2002 zu plafonieren. Die Antwort des Regierungsrates zeigt, dass der Strassenunterhalt aufgrund der Bruttobuchungen bereits um 1,3 Millionen Franken tiefer liegt.

://: Eric Nussbaumer zieht den Antrag 2003/230-10 zurück.

### 25 Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

#### 2527 Sekundarschulen

**Budgetantrag 2003/230-12** *Christine Mangold, FDP-Fraktion betr. Miete von Schulraum für Sekundarstufe 1*

**Budgetantrag 2003/230-24** *Christine Mangold, FDP-Fraktion betreffend Erhöhung Betriebs- und Unterhaltsbeiträge für Sekundarstufe 1 (Konto 2527.352.10)*

**Christine Mangold** stellt voran, dass im Budget 2004 für Mieten von Realschulräumlichkeiten kein Betrag vorgesehen ist, obwohl die Sekundarstufe 1 seit August 2003 in diesen Räumen unterrichtet wird.

Im neuen Bildungsgesetz wurde vorgeschlagen, die Realschule und die Sekundarschule unter einem Dach als Sekundarstufe 1 zu führen, dazu wurden die Schulstandorte und die Schulkreise festgelegt. Von Beginn an war klar, dass mit Inkrafttreten des neuen Bildungsgesetzes die Schulbauten nicht überall bereit sein werden und Einmietungen in die Realschulgebäulichkeiten der Gemeinden unumgänglich sein werden.

Im Juni 2003 wurde erneut darauf hingewiesen, dass das Problem Einmietung in die Realschulbauten rasch angegangen werden muss, zumal nicht nur der Kanton sein Budget zu erstellen hat, sondern auch die Gemeinden. Weil sich Kanton und Gemeinden über die einzusetzenden Beträge nicht einigen konnten, mussten die Gemeinden in ihren Budgets Annahmen treffen.

Eine Arbeitsgruppe diskutiert die Übergangsregelungen. Die Zahlen, von denen in etwa für das nächste Jahr auszugehen ist, sind jetzt bekannt.

Nicht denkbar ist es, dass der Landrat ein Budget ohne die anstehenden Ausgaben für die Mieten der Realschulräumlichkeiten verabschiedet, zumal schon heute klar ist, dass es sich dabei um einen zweistelligen Millionenbetrag handelt.

Seit Jahren wissen die verschiedenen Direktionen der Regierung, dass der Moment der Einmietungen kommen wird. Trotzdem wurde das Thema nie richtig bearbeitet. Nun sind die Gemeinden in der unschönen Situation, ihre Budgets zu erstellen, ohne die korrekten Zahlen zu kennen.

Christine Mangold hat nun 100 Franken pro Quadratmeter eingesetzt. Begründet ist dieser Betrag mit den Erfahrungen aus Gelterkinden, wo der Kanton auf dieser Basis mit der Gemeinde Verträge abgeschlossen hat. Ob der Betrag in dieser Höhe Bestand hat, wird dann, wenn die Arbeitsgruppe ihre Vorlage an den Landrat richtet, zu diskutieren sein.

Das Parlament wird eindringlich aufgerufen, dem Antrag die Zustimmung zu erteilen und damit ein Zeichen zu setzen, dass es ihm ernst ist, auch die finanziellen Konsequenzen des vom Volk angenommenen neuen Bildungsgesetzes zu tragen.

Im Antrag 2003/230-24 geht es um die Unterhaltsbeiträge, welche die Gemeinden für die Sekundarschulbauten erhalten. Bisher wurde den Gemeinden ein Betrag pro Klasse überwiesen. Mit der Idee, dass der Kanton die Sekundarschulbauten übernehmen sollte, errechnete die BUD, dass pro Quadratmeter rund 80 Franken an Unterhalt anfallen dürfte. Bisher wurde den Gemeinden 43 Franken pro Quadratmeter ausbezahlt. Richtigerweise hätte der Kanton auch in dieser Frage mit den Gemeinden zusammen sitzen und einen Betrag aushandeln müssen. Leider blieb der Kanton auch in diesem Problemfeld untätig, die Gemeinden mussten wiederum Annahmen

treffen. Der Antrag lautet nun, den Betrag per 1.1.2004 von 43 Franken auf 80 Franken zu erhöhen und im Budget einzustellen.

**Eva Chappuis** lehnt namens der SP-Fraktion beide Budgetanträge ab. Nicht weil den Gemeinden die Miet- und Unterhaltskosten nicht entschädigt werden sollen, sondern weil nichts ins Budget aufgenommen werden darf, das, wie die Unterhaltsbeiträge, der gesetzlichen Grundlage entbehrt. Mit der Rückweisung der Schulbauten-Vorlage hat der Landrat jegliche Grundlage für Zahlungen abgeschafft und hat die Übergangslösung in Auftrag gegeben. Den von der EKK aufgearbeiteten Kompromissvorschlag lehnte der Landrat ab. Somit ist es nicht möglich, irgendwelche Beträge, die keine gesetzliche Grundlage haben, ins Budget aufzunehmen.

Zudem stehen die Regierung und die Arbeitsgruppe in Verhandlungen mit den Gemeinden, so dass sich jeder vom Landrat nun beschlossene Budgetbetrag, sei er zu hoch oder zu tief, als falsches Signal erweisen würde.

Von der Regierung wird raschestmöglichst die Übergangsvorlage mit einer neuen gesetzlichen Grundlage für die Zahlungen erwartet.

**Hans-Jürgen Ringgenberg**, SVP, ist grundsätzlich der Auffassung, dass die Kosten den Gemeinden abgegolten werden müssen. Eine Minderheit möchte den Anträgen zustimmen, eine Mehrheit ist dagegen, weil den laufenden Verhandlungen nicht vorgegriffen und die Landratsvorlage abgewartet werden soll.

**Georges Thüring** setzt sich den Hut eines Gemeindevertreters auf und fragt in dieser Rolle die Regierung, ob auch sie, wie sie es von den Gemeinden erwartet und fordert, mit gutem Beispiel voran gehend ein realistisches Budget erstellt habe.

**Rudolf Keller** erkennt im Thema die Frage der Kostenwahrheit. Irgendwann wird ja wohl ein Nachtragskredit an den Landrat gerichtet werden müssen. Deshalb wird für den Kanton kein Weg daran vorbei führen, die Verpflichtungen einzuhalten, genau so wie dies auch von den Gemeinden gefordert wird. Anfallende, von den Fachleuten gar recht genau berechnete Ausgaben nicht in das Budget einzustellen, muss als grob fahrlässig bezeichnet werden. Offenkundig wird heute zudem, dass anlässlich der Beratungen des Bildungsgesetzes einiges nicht so genau durchleuchtet wurde.

**Rita Bachmann** meldet sich als Gemeindepolitikerin. In dieser Funktion hat die Landrätin erfahren, wie sehr die Gemeinden über das weitere Vorgehen im Ungewissen gelassen wurden. Die Regierung hätte ihre Absichten den Gemeinden schon längst darlegen müssen. Heute soll die Regierung ihren Fahrplan offen legen, damit die Gemeinden endlich wissen, woran sie sind.

**Isaac Reber** zur Miete von Schulraum: Die Grünen unterstützen das Postulat, fordern aber, dass der genaue Preis ausgehandelt wird. Die vorgeschlagenen 100 Franken sind nicht als Freipass für die noch folgenden Verhandlungen zu verstehen. Die Miete ist für eine Lei-

stung geschuldet, die bereits konsumiert wird.

Zu den Unterhaltspauschalen: Dieses Postulat unterstützt die Grüne Fraktion nicht, weil der Unterhaltsbetrag von 80 Franken bisher erst von der BUD berechnet wurde. Eine Festsetzung des Betrages käme klar einem Präjudiz gleich.

**Christine Mangold** erinnert Eva Chappuis, die das Fehlen einer gesetzlichen Grundlage monierte, an §15 des Bildungsgesetzes, wo festgehalten ist, dass der Träger seine Schulbauten zu unterhalten und zu finanzieren hat. Zudem ist im Bildungsgesetz festgeschrieben, dass sich Kanton und Gemeinden Schulraum gegen Entgelt zur Verfügung stellen können.

**Rolf Richterich** ist namens der FDP mit dem aktuellen Zustand ebenfalls nicht einverstanden, lehnt die zwei Postulate aber mit der Begründung ab, den laufenden Verhandlungen nicht vorgereifen zu wollen.

**Eugen Tanner** gibt seinem Bedauern Ausdruck, dass der Landrat im vergangenen Jahr die Vorlage an den Regierungsrat zurückgewiesen hat.

Am heutigen Zustand sind die Gemeinden, die für eine Regelung nicht Hand boten, nicht ganz unschuldig. Dass Kosten in zweistelliger Millionenhöhe auf den Kanton zukommen werden, ist völlig klar und die angenommenen Beträge von 100 beziehungsweise 80 Franken dürften sich recht genau in der Nähe des Realen bewegen. Wer heute deklarieren will, was der Staat nächstes Jahr kosten wird, muss bereit sein, diese Kosten ins Budget zu stellen.

**Isaac Reber** plädiert für eine differenzierte Lösung. Die Miete sei zu budgetieren, da die Leistung ja bereits bezogen wird.

Auf die 80 Franken für den Unterhalt sollte man aber noch nicht einschwenken, denn damit liefe man Gefahr, das Tempo für die Übergabe der Schulbauten noch einmal deutlich zu verlangsamten.

**Marc Joset** erklärt, die Finanzkommission sei anlässlich der Behandlung des Themas im Oktober davon ausgegangen, die Arbeitsgruppe werde ihr von der Regierung abgeseignetes Resultat bis zur Landratssitzung vorlegen. Auf die Diskussion um den Betrag möchte sich der Finanzkommissionspräsident heute nicht einlassen, weil dafür erst die Ergebnisse der Arbeitsgruppe abgewartet werden sollten.

Persönlich erinnert sich Marc Joset gut an die denkwürdige Versammlung des Verbandes in Gelterkinden, wo nicht wenige Gemeindevertreter alle Hebel gegen die Vorlage in Bewegung setzten.

**RR Urs Wüthrich** bemerkt vorweg, die Verantwortung für das Scheitern der Vorlage liege nicht bei der Regierung, sondern beim Landrat und bei den Gemeinden. Klarzustellen sei zudem, dass eine faire Abgeltung der Kosten von der Regierung überhaupt nicht in Frage gestellt ist. Bereits kurz nach den Sommerferien hat die Regierung die Zuständigkeiten für die Bearbeitung der Themen abgeklärt und für die Übergangslösung die BKSD statt der BUD für zuständig erklärt. Danach bildete die BKSD in Absprache

mit den Gemeinden eine partnerschaftliche Projektgruppe, bestehend aus sechs GemeindevertreterInnen und vier KantonsvertreterInnen. Die Arbeitsgruppe hatte als Hauptaufgabe, bis Ende November praktikable, einfache, akzeptierbare Entscheidungsgrundlagen zu liefern. Am 2. Dezember hat die Regierung die Preisschilder für die Verhandlungen mit den Gemeinden definiert. Aktuell löst der Kanton a conto-Zahlungen zugunsten der Gemeinden aus.

Eine erste Verhandlungsrunde mit den Gemeinden ist am 19. Dezember möglich. Dies weist darauf hin, dass es nicht zweckmässig ist, die Verhandlungsposition bereits jetzt im Budget sichtbar zu machen. Die Regierung wird, sobald mit allen Gemeinden eine Verständigung gefunden wurde, mit einer Vorlage vor den Landrat treten.

Alle Beteiligten sollten sich bewusst sein, dass die Übernahme der Kosten keine Einbahnstrasse ist, die Kostenneutralität ist zu wahren, um eine Gesamtbetrachtung zu erreichen, ist eine Auslegeordnung zu erstellen.

Es darf zudem mit Zuversicht davon ausgegangen werden, dass sich die sechs VertreterInnen der Gemeinden, unter anderen der Gemeindepräsidenten von Gelterkinden, vom Regierungsratsneuling nicht über den Tisch ziehen lassen. Schliesslich ruft der Erziehungsdirektor dem Landrat in Erinnerung, das die Landrätinnen und Landräte das Gelübde abgelegt haben, dem Kanton zu dienen und nicht einseitig den Gemeinden.

**RR Adrian Ballmer** ist in seiner Rolle als Finanzdirektor sehr unglücklich über die Tatsache, dass derart gravierende Fragen nicht gelöst wurden, bevor das Bildungsgesetz in Kraft gesetzt wurde.

Im Weiteren erachtet der Finanzdirektor die Erwartungshaltung der Gemeinden als unrealistisch, stets galt, wie schon vom Bildungsdirektor angeführt, die Prämisse der Kostenneutralität beim Trägerschaftswechsel.

**Juliana Nufer** möchte erfahren, ob die Einnahmenseite, nicht aber die Ausgabenseite des Geschäftes berücksichtigt worden sei.

**Urs Wüthrich** klärt, der Saldo bliebe unverändert, wenn die Gemeinden einer Nulllösung zustimmen würden, ansonsten werde erst das Verhandlungsergebnis die Auswirkungen auf das Kantonsbudget offen legen.

://: Der Landrat nimmt den Budgetantrag 2003/230-12 mit 41 zu 31 Stimmen an.

://: Der Landrat lehnt den Budgetantrag 2003/230-24 ab.

## 2547 Berufsschule für Pflege

**Budgetantrag 2003/230-13** Eric Nussbaumer, SP-Fraktion betreffend Aufnahme einer Summe von Fr. 600'000.-- für Miete von Schulräumen für die Berufsschule für Pflege

://: Der Landrat genehmigt den Budgetantrag 2003/230-13 kommentarlos.

## 23 Bau- und Umweltschutzdirektion

### 2341 AIB Betrieb Abwasseranlagen

**Budgetantrag 2003/230-14** Robert Ziegler, SP-Fraktion betreffend 2341 AIB Betrieb Abwasseranlagen, Erhöhung des Betrages "Beiträge von Gemeinden an Uebriges", Konto 462.10, um 8 Mio. CHF auf 42 Mio. CHF

**Röbi Ziegler** hat sich instruieren lassen, dass die Differenz mit der Umstellung von einer nicht kalenderjährlichen Rechnungsführung auf eine kalenderjährliche Rechnungsführung zu erklären ist. Die Umstellung hätte mit einer Fussnote vermerkt werden müssen – das hätte Arbeit und Unmengen von Fotokopien erspart.

://: **Röbi Ziegler** zieht Budgetantrag 2003/230-14 zurück.

### 2355 ARP Natur und Landschaft

**Budgetanträge 2003/230- 15 -17** von Hannes Schweizer, SP-Fraktion, SVP-Fraktion und Isaac Reber Fraktion der Grünen betreffend Fortsetzung des Programms "Naturschutz im Wald", Verschiebung um ein Jahr

**Hannes Schweizer** macht für die neuen Landräte vorab bekannt, dass es sich beim Programm "Naturschutz im Wald" um einen für den Kanton verbindlichen Gesetzesauftrag handelt. Mit einem Jastimmenanteil von 80% hat das Baselbieter Volk 1991 dem Natur- und Landschaftsschutzgesetz zugestimmt. Damit verpflichtete sich der Kanton, zusammen mit den Gemeinden Lebensräume für die einheimische Tierwelt und die Artenvielfalt der Flora zu schützen. Heute gibt es im Kanton erfreulicherweise bereits 1600 Hektaren dieser Lebensräume.

§6 des Gesetzes sagt verpflichtend, dass wertvolle Waldgesellschaften und – in intensiv genutzten Wäldern – ökologischer Ausgleich zu schaffen ist. 1997 hat das Parlament der Vorlage *Abgeltung besonderer Naturschutzleistungen im Wald* mit einem Verpflichtungskredit von 4 Millionen Franken zugestimmt. Die Mittel wurden für einen Zeitraum von 4 Jahren eingesetzt. 1,5 Millionen Franken steuerte der Bund bei. Dank dieser Gelder erfolgte die praktische Umsetzung des Naturschutzes im Wald. In den Gemeinden bestand, wie Hannes Schweizer es selber erlebt hat, das grösste Problem darin, die Leute zu überzeugen, dass den Gemeinden mit dem Kanton ein verlässlicher Vertragspartner zur Seite steht.

Inzwischen sind die Zahlungen eingestellt worden, was zu entsprechenden Protesten der Waldbesitzer und Bürgergemeinden geführt hat. Heute geht es darum, den Schaden in Grenzen zu halten.

Die Finanzkommission lehnt das Budgetpostulat mit der Begründung ab, die Verschiebung der Pflegemassnahmen um ein Jahr sei durchaus vertretbar. Da aber die Pflegemassnahmen bereits 2003 nicht erfüllt wurden, würden Eingriffe erst wieder im dritten Jahr möglich.

Den Schaden in Grenzen halten heisst für die SP – in Respektierung der Sparmassnahmen des Kantons – die Forderung analog zum Vorschlag der SVP von 925'000 Franken auf 740'000 Franken zu reduzieren. Der Landrat ist aufgerufen, diesem Vorschlag die Zustimmung zu erteilen, denn nachhaltiger Naturschutz darf nicht nur dann

erfolgen, wenn gerade Geld verfügbar ist.

**Silvia Liechti** unterstützt die deutlichen Argumente von Hannes Schweizer voll und ganz. Dass mit den Forderungen in der aktuellen Situation keine Begeisterungstürme ausgelöst werden, ist der Fraktion der SVP klar; deshalb auch der Wille, von der ehemaligen Forderungen nach unten abzuweichen. Die Naturschutzflächen für ein weiteres Jahr ohne Pflege zu belassen, würde sich allerdings später rächen.

**Isaac Reber** hält grundsätzlich fest, dass es beim vorliegenden Postulat nicht um Naturschutz, sondern um Fragen von allgemeiner Bedeutung geht. Die zentrale Frage lautet: Ist der Kanton Basel-Landschaft ein ernst zu nehmender Partner?

Im Sommer 2003 wurden die Zahlungen gestoppt, nach Auszahlung eines Viertels des vorgesehenen Betrages. Zum gleichen Zeitpunkt wurde beschlossen, für 2004 keine Mittel ins Budget einzustellen. Von diesem Sachverhalt mussten die Verhandlungspartner aus den Medien erfahren. Zur gleichen Zeit wurden neue Unterschutzstellungsverträge, welche verbindlich Abgeltungsbeträge enthalten, abgeschlossen. Da stellt sich schon die Frage, ob ein solcher Partner noch glaubwürdig ist.

Im Jahresprogramm 2003 ist zu lesen: *Erhöhung der für Naturschutzanliegen ausgeschiedenen Waldflächen*. Im Jahr 2003 aber beschliesst die Regierung, die Abgeltungen für die Massnahmen von 100% auf 0% einzufrieren. Da weiss offensichtlich die Rechte nicht, was die Linke tut. Auch als Grüner wäre Isaac Reber bereit, Abstriche beim Naturschutz im Wald hinzunehmen, vorausgesetzt, sie wären aus finanziellen Gründen notwendig und entsprächen der Opfersymmetrie. Das gewählte Vorgehen erscheint Isaac Reber kopflos und inkonsequent. Beim Naturschutz im Wald Kahlschlag zu üben und andere, grosse Positionen ungeschoren zu belassen, ist unglaubwürdig. Richtigerweise müsste nach Auffassung von Isaac Reber wie folgt verfahren werden: Die Pflegemassnahmen im Wald sind im Rahmen der generellen Aufgabenüberprüfung zu behandeln und die allfälligen Änderungen sind anschliessend mit den Waldbesitzern zu kommunizieren.

Isaac Reber beantragt in einer Eventualabstimmung zu klären, ob der Landrat einen Betrag im Budget 2004 einstellen will und – falls ja – ob er entweder 925'000 Franken einstellen will oder 80% davon.

**Christian Steiner** ist nach eigenen Erfahrungen in Liesberg der Überzeugung, dass ein Stopp der Pflegemassnahmen zu einem erheblichen Imageschaden für den als Pionierkanton in ökologischen Fragen bekannten Kanton Basel-Landschaft führen würde. Dies um so mehr, als die Naturschutzprojekte nicht abgeschlossen sind, der Kanton also erneut Begehren stellen und im Sinne der Vernetzung weitere Gebiete unter Schutz stellen wird.

Die CVP/EVP-Fraktion unterstützt den auch von Hannes Schweizer akzeptierten Kompromiss einer Reduktion des Betrages auf 80%.

**Daniel Wenk** ist sich absolut bewusst, dass er als Förster und Revierleiter in der vorliegenden Angelegenheit nicht

ganz unbefangen ist, weshalb er sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten wird.

Hier einige Gründe, warum es sinnvoll ist, dem Postulat in der abgeänderten Form zuzustimmen: Grundsätzlich geht es darum, dass mehr Licht auf den Waldboden gelangt, damit seltene Tier- und Pflanzenarten ihren Lebensraum wieder zurückerhalten. Dafür müssen die Schatten werfenden Bäume entfernt werden. Der im Boden befindliche Stock eines gefälltten Baumes hat nur ein Ziel: So schnell wie möglich wieder Grünmasse produzieren und zum Lichte streben. Daniel Wenk zeigt anhand mitgebrachten Grünzeugs exemplarisch das erstaunliche Wachstum ausschlagender Stöcke nach einem beziehungsweise nach zwei Jahren. Fazit: Je länger nichts getan wird, desto höher werden die Investitionen für die spätere Pflege, desto schwieriger wird sie, desto schwereres Gerät muss eingesetzt werden, gespart wird folglich nicht wirklich. Gewisse Forstgebiete, eher jene im oberen Baselbiet, haben sich auf die Pflege spezialisiert, haben Ausbildung betrieben und sich maschinell eingerichtet, so dass die Pflege zu einem Standbein ihrer Existenz geworden ist und im gesamten forstlichen Ablauf hohe Bedeutung genießt. Daniel Wenk bittet den Landrat eindringlich, dem Budgetpostulat zugunsten des sehr dynamischen Waldes zuzustimmen.

**Juliana Nufer** fällt es nach dem eindrücklichen Votum von Daniel Wenk nicht gerade leicht, die Mehrheitsposition der FDP-Fraktion zu vertreten, die das Postulat ablehnt. Die FDP ist zwar nicht gegen Naturschutz, doch appelliert sie an das Augenmass.

**Werner Rufi** meldet sich als Vertreter der Bürgergemeinde Oberwil zu Wort. In dieser Funktion hat Werner Rufi eine enge Beziehung zum Wald aufbauen können und unterstützt heute die Haltung der Postulanten und von Daniel Wenk. In den vergangenen Jahren fiel die Forstrechnung der Bürgergemeinde regelmässig negativ auf, es sind Verluste in siebenstelliger Höhe zu beklagen. Sollte der Landrat die Postulate nun ablehnen, wären die Auswirkungen fatal, insbesondere für die vielen Oberbaselbieter Bürgergemeinden.

**Margrit Blatter** spricht zu ihrer eigenen Motion, die auch die Interessen der vorliegenden Postulate betrifft.

Gerne redet der Kanton von Nachhaltigkeit und preist sich als zuverlässiger Partner an, macht sogar glauben, er sei im Umweltschutz an erster Stelle. Mit der Kürzung der Mittel aber würde sich der Kanton beim Volk unglaubwürdig machen, zumal bereits fünf Jahre lang investiert wurde. Die Pflegemassnahmen bilden eine Werterhaltung zugunsten der Gemeinschaft. Zudem erbringt beispielsweise der Schutzwald in Reigoldswil eine Leistung. Dazu müssen kranke, alte Bäume entfernt werden, in der Jungwuchspflege gilt es zu regulieren, Holzschlag zugunsten von Bauholz muss geleistet werden und die Holzschnitzel müssen geschnitten sein.

Die Motion soll überwiesen werden, damit kein Kahlschlag entsteht.

**RR Elisabeth Schneider-Kenel** räumt ein, zwei Herzen in ihrer Brust zu tragen. An sich nähme sie die 925'000



Franken zugunsten des Naturschutzes im Walde gerne ins Budget auf. Diesem schönen Wunsch steht aber der Sparauftrag an die Regierung entgegen. Es gilt, Prioritäten zu setzen.

Der Leiter des Amtes für Raumplanung, Hans-Georg Bächtold, ausgebildeter Fortsingenieur, meinte in der harten Prioritätenausmarchung, dass die wichtige Arbeit des Naturschutzes im Walde zugunsten der einsturzgefährdeten Ringmauer von Schloss Birseck für ein Jahr zurückgestellt werden könnte.

Nicht unwesentlich in diesem Zusammenhang ist, dass es für die Bürgergemeinden und die Waldbesitzer um Beträge zwischen 5000 und 15'000 Franken geht. Die Regierung will allerdings weiterhin ein verlässlicher Partner sein. Eine Vorlage mit einem weiteren Verpflichtungskredit ab 2005 wird demnächst an den Landrat gerichtet.

Der Landrat muss sich bewusst sein, dass im Zusammenhang mit der Generellen Aufgabenüberprüfung zukünftig vermehrt über die Prioritäten zu diskutieren und zu entscheiden sein wird.

Es liegt nun in der Verantwortung des Landrates, ob er das Kantonsbudget um 925'000 beziehungsweise um 740'000 Franken verschlechtern will.

**Hannes Schweizer** hörte aus dem Anfangsvotum der Umweltschutzdirektorin die vor fünf Jahren festgestellte Begeisterung für den Naturschutz im Walde leise heraus. Der Hinweis der Regierungsrätin, es gehe um Projekte in der Grössenordnung zwischen 5000 und 15'000 Franken ist insofern zu relativieren, als es Gemeinden gibt, Waldenburg, Reigoldswil, Lauwil, Bretzwil beispielsweise, bei denen es um 50'000 Franken geht, wenn sie nur das Notwendigste tun. Alle diese Bürgergemeinden müssen vom Holzertrag leben und lassen sich nicht mit Bürgergemeinden wie Oberwil vergleichen.

**Hanspeter Ryser** lässt in einer ersten Abstimmung über die beiden Beträge befinden, 925'000 Franken versus 740'000 Franken, und stellt das Abstimmungsresultat anschliessend dem Antrag der Finanzkommission gegenüber.

– 925'000 Franken (Antrag der Grünen) versus 740'000 Franken (Antrag SVP und Hannes Schweizer)

://: Der Landrat stimmt dem Antrag der SVP-Fraktion und von Hannes Schweizer, 80% von 925'000 Franken, sprich 740'000 Franken ins Budget einzustellen, zu.

– Antrag der SVP-Fraktion und von Hannes Schweizer versus Antrag der Finanzkommission

://: Der Landrat stimmt dem Antrag der SVP-Fraktion und von Hannes Schweizer, 740'000 Franken ins Budget einzustellen, mit 51 gegen 17 Stimmen zu.

**Vorlage 2003/218 Motion von Margrit Blatter "Kürzung der Waldbewirtschaftungsbeiträge"**

://: Margrit Blatter zieht ihre Motion zurück.

## 24 Justiz-, Polizei- und Militärdirektion

### 2470 Militärverwaltung

**Budgetanträge 2003/230-18 - 19** von Ursula Jäggi und Kaspar Birkhäuser, Grüne Fraktion betreffend Kürzung Anlässe/Oeffentliche Veranstaltungen beim Amt für Militär- und Bevölkerungsschutz

**Marc Joset** korrigiert vorerst einen Fehler im Bericht auf Seite 3; da steht, die Polizei Basel-Landschaft bewege sich mit einem Korpsangehörigen pro Einwohner im schweizerischen Mittel. Richtig ist, dass auf 609 EinwohnerInnen 1 Polizist kommt.

**Ursula Jäggi-Baumann** schickt voraus, ihr Antrag richte sich nicht gegen das Amt für Militär und Bevölkerungsschutz. Die Budgetposition von 54'000 Franken für einen Tag der offenen Tür beim Amt für Militär- und Bevölkerungsschutz gehöre allerdings in die Rubrik "nice to have".

**Kaspar Birkhäuser** erinnert an das Wort des Finanzdirektors, der mahnte, beim Aufgabenwachstum anzusetzen. Mit diesem vernünftigen Motto im Kopf, bearbeitete Kaspar Birkhäuser das Budget und beantragt nun, das 75-prozentige Wachstum – von 33'200 Franken im Jahre 2003 auf 58'000 Franken im Jahre 2004 – zu kappen. Im Bereich "Veranstaltungen" dürften Kürzungen am wenigsten schmerzhaft sein. Welchem der beiden Anträge der Rat nun zustimmt, ist für Kaspar Birkhäuser nicht von Bedeutung.

**RR Sabine Pegoraro** stellt klar, dass für den "Tag der offenen Tür" beim AMB 30'000 Franken vorgesehen sind, der andere Betrag ist für Informationsdokumente im Zusammenhang mit dem neuen Bevölkerungsschutzgesetz vorgesehen. Zu klären wäre somit, ob der gesamte Betrag zur Kürzung beantragt wird oder nur die für den "Tag der offenen Tür" vorgesehene Summe.

**Karspar Birkhäuser** geht es um den "Tag der offenen Tür".

**Ursula Jäggi -Baumann** will die Kosten auf dem Budgetposten des vergangenen Jahres einfrieren.

**RR Sabine Pegoraro** führt aus, mit dem "Tag der offenen Tür" sollte die Fusion der Militärverwaltung mit dem Amt für Bevölkerungsschutz einen würdigen Abschluss erhalten. Den Bürgerinnen und Bürgern sollen mit Demonstrationen die Auswirkungen des neuen Bevölkerungsschutzgesetzes und der Armee reform XXI aufgezeigt werden. Die 30'000 Franken setzen sich zusammen für Personalkosten von amtsexternen Organisationen und Personen, beispielsweise für die Feuerwehr, für die Rettungssanität oder den Zivilschutz. Die Justizdirektorin fände es schlicht schade, wenn den Interessierten die Neuerungen im Milizsystem nicht dargestellt werden könnten. Zudem könnten bei dieser Gelegenheit Vorurteile und Hemmnisse abgebaut werden.

**Helen Wegmüller** bittet den Landrat, aufgrund er schlechten Finanzlage dem Budgetantrag "Tag der offenen Tür"

beim Amt für Bevölkerungsschutz zuzustimmen. Künftig sollte grundsätzlich Zurückhaltung geübt werden, weil die Kosten solcher Anlässe tendenziell ständig steigen. Mit der Kürzung könne nun ein Zeichen gesetzt werden.

**Jürg Wiedemann** erhält nach dem Votum der Justizdirektorin den Eindruck, die Regierungsrätin möchte die Armee von einer möglichst guten Seite her präsentieren. Damit setze Sabine Pegoraro auf die Karte Repression und militärisches Konfliktmanagement. Jürg Wiedemann möchte lieber die zivile Konfliktbearbeitung fördern und auf Gewaltdemonstrationen verzichten. Die Mittel sollten nicht für einen "Tag der offenen Tür" beim AMB eingesetzt werden.

**Rolf Richterich** unterstützt namens der FDP-Fraktion die Regierung und lehnt die beiden Budgetanträge ab. Wer nicht hautnah beim Wechsel des Bevölkerungsschutzes dabei war, habe jetzt Informationsbedarf, dieser könne mit der Veranstaltung abgedeckt werden.

**Rudolf Keller** hat im Namen der Schweizer Demokraten nichts dagegen, wenn sich das AMB der Öffentlichkeit zeigen will; trotzdem schliessen sich die Schweizer Demokraten den Anträgen an, weil der "Tag der offenen Tür" nicht in die aktuelle Zeit passt. Die Schweizer Demokraten halten aber fest, dass sie für die Armee und für den Bevölkerungsschutz eintreten.

**Georges Thüring** legt dem Landrat den Bevölkerungsschutz mit der Begründung ans Herz, die grossen Neuerungen müssten nun dem Volk aufgezeigt werden, ansonsten käme schon bald wieder der Vorwurf, die Regierung habe die Änderungen nicht korrekt kommuniziert.

**Esther Maag** bemerkt, sie sei als Mitglied des Gemeindeführungsstabes Liestal Teil des Bevölkerungsschutzes, plädiert aber – in beispielhafter Übereinstimmung mit dem neuen SVP-Bundesrat – für das Sparen in dieser Sache.

*Antrag Kaspar Birkhäuser, Reduktion um 25'000 Franken, versus Antrag Ursula Jäggi-Baumann, Kürzung um 54'000 Franken*

://: Der Landrat entscheidet sich in der Gegenüberstellung der beiden Anträge mehrheitlich für den Antrag von Ursula Jäggi-Baumann.

://: Der Landrat stimmt dem Budgetantrag 2003/230-18 von Ursula Jäggi-Baumann mit 43 zu 24 Stimmen zu.

**Budgetantrag 2003/230-20** Ursula Jäggi betreffend Kürzung bei Konto 2470.318.20 Berater, Gutachter, Experten um die Kosten für das Projekt Telematik "Polycor" und das Projekt Einsatzplanung Tunnel "Chienberg" (Sissach)

://: **Ursula Jäggi-Baumann** zieht ihren Antrag aufgrund der Annahme von Budgetantrag 2003/230-02 zurück.

## 25 Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

### 2501 Lehrerbildungs- und Schulabkommen mit anderen Kantonen

**Budgetantrag 2003/230-21** Florence Brenzikofer, Grüne Fraktion betreffend Beiträge an private Schulen und Kurse (Konto 2501.365.19)

**Florence Brenzikofer** erinnert einleitend an den fast einstimmigen Landratsentscheid vor vier Jahren zugunsten eines Staatsbeitrags von 2000 Franken pro Kind, das eine Privatschule besucht. Schon damals galt es als unwahrscheinlich, dass die Gemeinden den Beitrag übernehmen würden.

Die Kürzung trifft Eltern, die ihre Kinder nur dank des Staatsbeitrags an eine Privatschule schicken konnten. Eine Abwanderung an die Staatsschulen ist vorhersehbar, die Konkurrenzfähigkeit der privaten Schulen nähme ab.

Im Kanton Basel-Landschaft wären insbesondere die Rudolf Steiner Schulen existenzgefährdet. Eben diese Einrichtungen bauen auf Eigeninitiative der Eltern, der Lehrpersonen und der SchülerInnen, zudem müssen die Steiner Schulen an sich mit einem kleinen Budget auskommen. Das Angebot der Steiner Schulen, die traditionell Gewicht auf Selbstverantwortung, Teamarbeit und Engagement legen, darf nicht verloren gehen. Müsste die Unterstufe geschlossen werden, überlebte auch die Oberstufe nicht.

Eine Primarschülerin oder ein Primarschüler kostet den Staat in etwa 15'000 Franken, er spart somit mit jeder Schülerin und jedem Schüler, die/der eine Privatschule besucht, jährlich 13'000 Franken. Müssten die Steiner Schulen geschlossen werden, kämen jährliche Mehrkosten von 6 Millionen Franken auf den Staat zu.

Ein weiterer Grund, die Beiträge nicht zu streichen, liegt in der PISA-Studie, die der Schweiz empfiehlt, die Rahmenbedingungen für nichtstaatliche Schulen zu verbessern. Staatliche Beiträge fördern die Chancengleichheit, die gewährleistet werden muss. Jene Länder mit dem freiheitlichsten Bildungswesen schnitten bekanntlich in der PISA-Studie am besten ab.

Bisher war der Kanton Basel-Landschaft auf einem guten Weg in Richtung eines fortschrittlichen Bildungswesens. Diese Richtung sollte der Kanton nicht verlassen und das Budgetpostulat zusammen mit der grünen Fraktion beschliessen.

**Juliana Nufer** hält im Namen der FDP-Fraktion fest, im Bereich BKSD seien Postulate gewählt worden, hinter denen gut funktionierende Lobbyorganisationen stecken. Eine FDP-Fraktionsmehrheit lehnt das Postulat ab und stört sich insbesondere auch am Vorgehen und am gewählten Zeitpunkt. Den Betroffenen wird der Betrag auf einen Schlag gekürzt, eine Vorbereitungszeit war nicht gegeben.

**Paul Schär** spricht für die FDP-Fraktionsminderheit, die den Budgetantrag hundertprozentig befürwortet. Der Landrat diskutierte die Unterstützung der Privatschulen vor ein paar Jahren sehr vertieft und sprach sich in der Folge für den heute herrschenden guten Zustand aus.

Auch aus liberaler Optik empfiehlt sich die Konkurrenz, in den Privatschulen ein Feindbild zu erkennen, ist eine

Überzeichnung.

Paul Schär hält es für undenkbar und nicht verantwortlich, wenn der Landrat am 11. Dezember entscheidet, Familie Müller mit ihren beiden, eine Privatschule besuchenden Kinder werde ab 1. Januar 4000 Franken an Unterstützungsbeiträgen weggenommen.

**Thomi Jourdan** nimmt Bezug auf die Argumente der CVP/EVP-Fraktion, die ihren Rückweisungsantrag zu Beginn der Budgetdebatten mit dem Hinweis begründete, es werde einerseits falsch, sprich zu wenig gespart, und andererseits werde am falschen Ort gespart. Gerade die BKSD erwecke nicht eben den Eindruck, besonders engagiert sparen zu wollen. Wie wäre es sonst zu erklären, dass der Bildungsdirektor nur ausserordentlich heikle, umstrittene und vergleichsweise wenig Kosten sparende Sparvorschläge einbringt. Da komme man sich wie ein Löwe in der Arena vor, dem man ein Stück Fleisch zuwirft. Ein Interesse, die wirklich grossen Themen anzugehen, ist leider nicht feststellbar.

Die BKSD ist sich des schmalen finanzpolitischen Spielraums offensichtlich nicht bewusst. Unglaublich sind die eingebrachten Sparziele und die echten Probleme werden unter den Tisch gewischt.

Die CVP/EVP-Fraktion wird nicht einheitlich auftreten können, weil die Einen den Sparwillen höher gewichten und die anderen die inhaltlichen Ziele. Wenn die generelle Aufgabenüberprüfung, GAP, auch nur annähernd erfolgreich werden sollte, ist es unumgänglich, dass alle Direktionen umsetzbare, effizienzsteigernde Vorschläge, die echte Ersparnisse bewirken, einbringen.

Sehr bedauerlich ist deshalb die Ablehnung der Rückweisung, denn damit wäre es möglich geworden, der Regierungsbank aufzuzeigen, dass sie am falschen Ort sparen will.

**Jörg Krähenbühl** merkt an, die SVP habe sich vor zwei Jahren für die Beiträge an SchülerInnen, die eine Privatschule besuchen, stark gemacht. Nach wie vor steht die SVP hinter der Idee, die Schule frei wählen zu können. Aber, seit Annahme des neuen Bildungsgesetzes ist klar, dass die Primarschulen in die Kompetenz der Gemeinden fallen. Spätestens zu diesem Zeitpunkt wurde doch deutlich, dass die Beiträge in Frage gestellt werden müssen.

In der grossen Gemeinde Reinach besuchen 96 PrimarschülerInnen private Schulen. Die Gemeinden sollten die dadurch anfallenden Beträge übernehmen.

Die Fraktion der SVP kann allerdings nicht hinter dem Budgetpostulat von Florence Brenzikofer stehen.

**Elsbeth Schmied** gibt im Namen einer SP-Fraktionsmehrheit die Befürwortung des Budgetpostulates von Florence Brenzikofer bekannt. Die Meinung, dass der Staatsschule etwas Konkurrenz gut bekommt, teilt die SP voll und ganz. Eltern, die ihre Kinder in eine Privatschule schicken, fällen diesen Entscheid sehr bewusst in Verantwortung für ihre Kinder.

Wünschbar wäre es an sich, dass der Staat eine Alternativschule zu seinem üblichen Angebot bereit stellen würde. Offensichtlich aber besteht noch immer eine grosse Angst, die Abwanderung von der Staatsschule könnte so stark

ausfallen, dass die Staatsschule in ihrer Existenz gefährdet werden können. Ziel müsste es sein, die Staatsschule auf einem Niveau zu halten, dass diese Angst gar nicht aufkommen kann.

**Eugen Tanner** ist der Auffassung, man könnte sich die Diskussion angesichts des klaren und eindeutigen, von der Regierung aber leider falsch zitierten Gesetzestextes eigentlich sparen.

§ 100 Absatz 2 bestimmt:

*Auf Gesuch der Privatschulen gemäss Absatz 1 Buchstabe b gewährt der Kanton für Schülerinnen und Schüler mit Wohnsitz im Kanton Basel-Landschaft einen jährlichen Beitrag an die Kosten zum Besuch einer Privatschule in der Höhe von 2000 Franken.*

*Der Regierungsrat kann die Beiträge bis höchstens zum Ausgleich der aufgelaufenen Teuerung anpassen.*

Wer etwas ändern möchte, müsste also zuerst das Gesetz ändern und auch die Gemeinden müssten in die Diskussion mit einbezogen werden.

**Bruno Steiger** empfindet die Subventionierung nicht, wie Paul Schär glauben machen will, als wichtigen Wettbewerbsfaktor unter den Schulen, sondern vielmehr als verzerrten Wettbewerb. Den Luxus einer Privatschule soll der Staat niemandem verwehren, Subventionen zugunsten des Luxus aber sollen angesichts des Sparauftrags nicht gesprochen werden.

**Eva Chappuis** unterstützt Eugen Tanner, der darauf hingewiesen hat, dass eine Gesetzesänderung nötig wäre, wollte man wirklich eine Änderung vornehmen.

Gerne wird Eva Chappuis Kollege Paul Schär bei anderer Gelegenheit daran erinnern, dass es nicht denkbar ist, jemandem kurzfristig 2000 Franken zu kürzen.

Eva Chappuis wird dem Budgetantrag zustimmen, distanziert sich aber deutlich von der Argumentation der SP-Mehrheit, die eine Konkurrenz im Schulwesen befürwortet. Sie ist vielmehr der Auffassung, dass die staatlichen Schulen so ausgestaltet sind, dass sie jedem Kind gerecht werden.

**Marc Joset** merkt persönlich an, der Landrat sollte konsequent und glaubwürdig bleiben. Auch bei den Unterhaltsbeiträgen habe sich der Rat von den Gemeinden nicht unter Zugzwang setzen lassen. Ein schnelles Abschieben der Kosten an die Gemeinden wäre nicht konsequent.

**Hanspeter Frey** erkennt in der ganzen Angelegenheit nur ein Verschieben von Kässelchen.

Die BKSD mit ihrem Budget von 640 Millionen Franken sollte doch diese Million in ihrem Riesenbudget unterbringen können.

Zudem bittet Hanspeter Frey den Zusammenhang zu erklären, warum unter 2520 365.19 *Beiträge an private Schulen und Kurse* eine Beitragserhöhung von 735'000 Franken vorgesehen ist.

**Madeleine Göschke** weist Thomi Jourdans Vorwurf an Regierungsrat Urs Wüthrich, er bringe nur Vorschläge ein, die wenig sparen und die politisch sehr heikel wären,

zurück. Die CVP/EVP-Fraktion ist gebeten, wirkliche Vorschläge für den Bildungsbereich zu unterbreiten. Langfristig werden sich Sparaktionen in der Bildung sehr negativ auswirken.

**Jörg Krähenbühl** überrascht nach dem klaren Votum von Eugen Tanner, dass sich die Regierung nicht endlich mit den nötigen klärenden Informationen zu Wort meldet. Die SVP wird das Budgetpostulat nicht geschlossen ablehnen, sondern individuell stimmen.

**Karl Willimann** bittet Regierungsrat Urs Wüthrich zu klären, warum der gesetzliche Auftrag nicht als Budgetposition aufgeführt worden ist.

**Hanspeter Ryser** präzisiert an die Adresse von Hanspeter Frey, das Budgetpostulat von Florence Brenzikofer gehöre zu Position 2501 *Lehrerbildungs- und Schulabkommen mit anderen Kantonen*, während die von Hanspeter Frey angesprochene Position beim Amt für Volksschulen die Rubrik *Beiträge an private Schulen und Kurse* betrifft.

**Urs Wüthrich** hält einleitend fest, dass Abbaumassnahmen, die nicht schmerzen, nicht zu haben sind und dass nur sehr wenige Massnahmen die Qualität der Dienstleistungen nicht tangieren. Für den Bildungsbereich als besonders bedeutungsvoll streicht der BKSD-Direktor die SchülerInnen- und die Studierendenzahl hervor. Diese Zahlen schränken den Einfluss der Regierung ein und zeigen auf, dass die wesentlichen Entscheidungen im Rahmen der Familienplanung gefällt werden.

Florence Brenzikofers Antrag ruft richtigerweise den vor vier Jahren vom Landrat gefällten Grundsatzentscheid in Erinnerung. Der Landrat sollte sich allerdings bewusst sein, dass inzwischen die Trägerschaftssituation gewechselt hat und dass die Finanzsituation damals anders aussah. Ziel des Kantons ist keineswegs, die Leistungen zugunsten der Privatschulen abzubauen, es geht auch nicht um die Abwälzung von Kosten, sondern – in Übereinstimmung mit der häufig von den Gemeinden geltend gemachten Forderung – einzig darum, die Kosten bei den zuständigen Trägerschaften zu erheben.

Der Regierungsrat beantragt, den Budgetantrag abzulehnen, damit die notwendigen Gesetzesänderungen in die Wege geleitet werden können.

**Paul Schär** bittet klar zu beantworten, ob im Falle einer Ablehnung des Postulates die BenutzerInnen von Privatschulen die 2000 Franken erhalten werden oder nicht.

**RR Urs Wüthrich** ist der Auffassung, dass eine Gesetzesänderung notwendig wäre, wenn der Kanton die Zahlungen nicht mehr leisten möchte. Gemäss geltendem Recht muss der Kanton die Zahlungen entrichten.

**Karl Willimann** wiederholt seine Frage, warum der Regierungsrat die Position, obwohl gesetzlich vorgeschrieben, nicht ins Budget aufgenommen habe.

**Urs Wüthrich** nennt als Grund die Absicht, den Betrag im Rahmen einer Gesetzesänderung einzusparen.

### *Namentliche Abstimmung*

Für die Annahme des Antrags von Florence Brenzikofer stimmen:

Simone Abt, Heinz Aebi, Elisabeth Augstburger, Rita Bachmann, Kaspar Birkhäuser, Ruedi Brassel, Florence Brenzikofer, Eva Chappuis, Ivo Corvini, Jürg Degen, Hanspeter Frey, Madeleine Göschke, Jacqueline Halder, Andreas Helfenstein, Franz Hilber, Urs Hintermann, Hanni Huggel, Ursula Jäggi, Hans Jermann, Marc Joset, Thomi Jourdan, Rudolf Keller, Peter Küng, Silvia Liechti, Esther Maag, Christine Mangold, Annemarie Marbet, Regula Meschberger, Etienne Morel, Daniel Münger, Dieter Musfeld, Juliana Nufer, Eric Nussbaumer, Isaac Reber, Paul Rohrbach, Christoph Rudin, Martin Rüegg, Werner Rufi, Paul Schär, Elsbeth Schmied, Elisabeth Schneider, Philipp Schoch, Agathe Schuler, Hannes Schweizer, Jacqueline Simonet, Christian Steiner, Sabine Stöcklin, Paul Svoboda, Eugen Tanner, Helen Wegmüller, Jürg Wiedemann, Röbi Ziegler, Matthias Zoller, Peter Zwick

Gegen die Annahme des Antrags von Florence Brenzikofer stimmen:

Romy Anderegg, Daniele Ceccarelli, Thomas de Courten, Fredy Gerber, Eva Gutzwiller, Hildy Haas, Gerhard Hasler, Urs Hess, Paul Jordi, Jörg Krähenbühl, Urs Kunz, Rolf Richterich, Hans-Jürgen Ringgenberg, Hanspeter Ryser, Dieter Schenk, Daniela Schneeberger, Thomas Schulte, Bruno Steiger, Dominik Straumann, Georges Thüring, Judith Van der Merwe, Dieter Völlmin, Daniel Wenk, Karl Willimann, Hansruedi Wirz, Hans-Peter Wullschleger, Iris Zielmann

://: Der Landrat heisst den Budgetantrag 2003/230-21 von Florence Brenzikofer mit 54 gegen 27 Stimmen gut.

*Für das Protokoll:*

*Urs Troxler, Landeskantlei*

### **Begründung der persönlichen Vorstössen**

2003/319

Postulat von Esther Maag vom 11. Dezember 2003: Effizienzsteigerung des Öffentlichen Verkehrs im Leimental

### **Kein Wortbegehren**

*Für das Protokoll:*

*Urs Troxler, Landeskantlei*

**Hanspeter Ryser** kündigt die Bürositzung für 13.40 Uhr an, wünscht guten Appetit und schliesst die Vormittagsitzung um 12.20 Uhr.

*Für das Protokoll:*

*Urs Troxler, Landeskantlei*

Nr. 294

### **Überweisungen des Büros**

Landratspräsident **Hanspeter Ryser** begrüsst das Landratskollegium zur Nachmittagssitzung und gibt von folgender Überweisung Kenntnis:

2003/308

Antrag auf Erhöhung des Stiftungskapitals der Volkshochschule beider Basel; **an die Erziehungs- und Kulturkommission.**

*Für das Protokoll:*

*Brigitta Laube, Landeskanzlei*

\*

Nr. 295

### **Bildung einer Spezialkommission für die Ersatzwahl des Ombudsmannes**

Das Büro des Landrats wählte:

SP-Fraktion: Heinz Aebi  
Jürg Degen  
Regula Meschberger  
Christoph Rudin  
Ersatz: Hanni Huggel

SVP-Fraktion: Sylvia Liechti  
Georges Thüring  
Karl Willimann-Klaus (Vizepräsident)  
Ersatz: Peter Holinger

FDP-Fraktion: Eva Gutzwiller-Baessler  
Werner Rufi-Märki (Präsident)  
Dieter Schenk  
Ersatz: Daniele Ceccarelli

CVP/EVP: Paul Rohrbach  
Elisabeth Schneider  
Ersatz: Eugen Tanner

Grüne Fraktion: Etienne Morel  
Ersatz: Esther Maag

*Für das Protokoll:*

*Brigitta Laube, Landeskanzlei*

\*

Nr. 296

### **Nichtöffentlichkeit von Kommissionssitzungen;**

### **Bekanntmachung des Büros**

**Hanspeter Ryser:** In der Sitzung der Ratskonferenz vom 27. November 2003 wurde das Büro – aufgrund einer Indiskretion aus einer Sitzung der Personalkommission – aufgefordert, die Kommissionspräsidien auf den nicht öffentlichen bzw. vertraulichen Charakter der Kommissionssitzungen aufmerksam zu machen. Es wird diesbezüglich auf § 22 des Landratsgesetzes verwiesen. Dort heisst es, dass die Sitzungen der Kommissionen sowie auch deren Protokolle nicht öffentlich sind (Absatz 1). Wer an den Kommissionssitzungen teilnimmt, ist an das Amtsgeheimnis gebunden (Absatz 2). Die Kommissionsmitglieder dürfen sich in den Fraktionen unbeschränkt über die Kommissionssitzungen äussern (Absatz 3). Auch die Mitglieder des Regierungsrats und Sachverständige aus der Verwaltung können den Regierungsrat vollumfänglich über die Kommissionssitzungen informieren (Absatz 4). Gemäss § 26a müssen die Präsidentinnen und Präsidenten der Kommissionen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Kommissionssitzungen, welche nicht Ratsmitglieder sind, auf die Pflicht zur Wahrung des Amtsgeheimnisses hinweisen. Dieselbe Pflicht gilt auch für die Präsidentinnen und Präsidenten der Fraktionen innerhalb der Fraktionssitzungen.

Landratspräsident Hanspeter Ryser macht an dieser Stelle darauf aufmerksam, dass das Budget noch heute unter Dach und Fach gebracht werden soll.

*Für das Protokoll:*

*Brigitta Laube, Landeskanzlei*

\*

Nr. 297

## **9 Fragestunde**

### **1. Judith van der Merwe: ETH-Institut beider Basel**

Die Schweizerische Universitätskonferenz (SUK) hat Eintreten auf das Projekt ETH Basel beschlossen. Ein Schritt ist getan und doch besteht noch nicht Gewissheit, dass das Institut für Systembiologie nach Basel kommt. Im neuen Wirtschaftsbericht BL sowie im Regierungsprogramm 2004-07 werden Life Sciences als Schwerpunkt gesetzt. Damit unsere Region zu einem internationalen Life Science Kompetenzzentrum werden kann, brauchen wir das ETH-Institut in unserer Region.

#### **Fragen:**

1. Wurde eine Task Force gebildet aus Vertretern unserer Region, die sich aktiv darum bemüht, der ETH die Vorteile eines Standortes Basel nahe zu bringen? Wie ist die Task Force zusammengesetzt? Was hat sie bis jetzt erreicht?
2. Wie gedenkt sich der Regierungsrat für das Zustandekommen eines ETH Institutes einzusetzen, falls es noch keine Task Force gibt?

3. Ist der Regierungsrat auch der Meinung, dass alle partnerschaftlichen Kräfte zusammen mit Basel mobilisiert werden müssen, um dieses regional wichtige Ziel zu erreichen? Was wird dafür unternommen?
4. Ist der Regierungsrat auch der Meinung, dass die Landratsvorlage 2003/275 noch im Januar traktandiert werden sollte, damit ein weiteres Zeichen gesetzt ist, dass unser Kanton bereit ist, in einem ersten Schritt die Anschubfinanzierung von Fr. 10 Mio. zu leisten.

Vor der Stellungnahme zur ersten Frage gibt Regierungsrat **Urs Wüthrich** eine Vorbemerkung, speziell an Thomi Jourdan als auch Juliana Nufer gerichtet, ab: Transparenz ist ihm sehr wichtig. In diesem Zusammenhang stellt er selbstkritisch klar, dass der Sparvorschlag in Zusammenhang mit den Beiträgen an die Privatschulen aus seiner Sicht zu wenig sorgfältig vorbereitet war und nicht korrekt daher kam. Richtig wäre gewesen, jetzt eine Gesetzesänderung anzukündigen und die entsprechenden Auswirkungen auf das Budget 2005 bei Realisierung dieser Massnahme aufzuzeigen. Urs Wüthrich entschuldigt sich für diese "nicht gute" Arbeit.

*Zu Frage 1:* Die Task Force heisst *Comité de Pilotage*. Unter dem Vorsitz der beiden Bildungsdirektoren haben Vertreterinnen und Vertreter der ETH Zürich, der Universitäten Basel und Zürich, der Staatssekretär der Gruppe Forschung und Wissenschaft des Bundes sowie die Forschungsleiter von Novartis und Roche mit Delegierten des ETH-Rates den Projektstart vorbereitet. Ein wesentlicher Durchbruch geschah nun in der letzten Woche, indem sich die ETH Zürich – als Trägerin dieses Projektes – und die beiden Universitäten Basel und Zürich auf eine Kooperationsvereinbarung betreffend ETH-Institut für Systembiologie in der Region Basel verständigen konnten.

*Zu Frage 2:* Neben der Mitarbeit der beiden Vorsteher der Bildungsdirektionen im Co-Präsidium des *Comité de Pilotage* haben sich die beiden Gesamtregierungen von Anfang an für die Realisierung des Projekts in der Region Basel engagiert. In einem ersten Schritt wurden die Anträge zur paritätischen Finanzierung des Projektstarts beschlossen. Im Rahmen eines partnerschaftlichen Geschäfts verabschiedeten die beiden Regierungen die Parlamentsvorlagen für die Bereitstellung der erforderlichen Mittel. Zur Zeit ist man daran, dieses Geschäft in beiden Kantonen möglichst rasch und doch mit der nötigen Sorgfalt durch die parlamentarische Beratung zu bringen.

*Zu Frage 3:* Die Mobilisierungsarbeit wurde in den letzten Wochen mit Erfolg geleistet. Der Regierungsrat erinnert dabei an den Einbezug der Industrie, ein sehr wesentlicher Punkt im Hinblick auf die längerfristige Finanzierung dieses Projekts. Ebenso wichtig war es, die ETH und die Bundesstellen in das *Comité de Pilotage* einzubeziehen. Denn letztlich wird der Bund das Institut tragen, wenn es einmal etabliert ist. Mit der Handelskammer beider Basel wurde ein sehr intensiver Informationsaustausch gepflegt. Dank Lobby-Arbeit auf Bundesebene hat Bundesrat Couchepin eine klare schriftliche Absichtserklärung zur zukünftigen Finanzierung durch den Bund abgegeben. In den nächsten Finanzierungsbotschaften des Bundes wird dieses Projekt

der ETH ein fester Bestandteil sein.

*Zu Frage 4:* Die Erziehungs- und Kulturkommission des Landrats behandelte das Geschäft an ihrer Einschalt-sitzung vom 4. Dezember. Somit ist sichergestellt, dass das Projekt im Januar 2004 im Landrat traktandiert werden kann. Wichtig ist nun auch, dass mit der landrätlichen Zustimmung zum Budget die Grundvoraussetzungen geschaffen werden, welche den entsprechenden Beitrag für den Projektstart ermöglichen.

**Juliana Nufer** bedankt sich bei Urs Wüthrich für die Ausführungen und äussert sich erfreut darüber, dass sich die Regierung als auch die Region so für das ETH-Institut einsetzen.

://: Damit ist Frage 1 beantwortet.

## 2. Franz Hilber: Radweg Gelterkinden - Rickenbach

Vor ca. 2 Jahren wurde der erste Teil vom Radweg Gelterkinden - Rickenbach abgeschlossen. Die betroffenen Gemeinden warten seither auf die Fortführung dieses Projektes. Von besorgten Eltern aus Rickenbach werde ich immer wieder angefragt, wann der Radweg fertig gestellt wird, da dies der Schulweg der Kinder ab der 4. Klasse ist.

### Fragen:

1. Wird an dieser versprochenen Vorlage gearbeitet?
2. Wie sieht der Planungsstand aus?
3. Wann kommt diese Vorlage in den Landrat?
4. Bis wann kann mit einer Fortführung gerechnet werden?

Regierungsrätin **Elsbeth Schneider** gibt Auskunft über den neusten Stand der Dinge:

*Zu Frage 1:* Ja, im ersten Halbjahr 2004 sollte die Vorlage fertig gestellt sein.

*Zu Frage 2:* Das Bauprojekt für das restliche Teilstück des Radwegs liegt vor. Nach der landrätlichen Kreditbewilligung soll es auch ausgeschrieben werden.

*Zu Frage 3:* Läuft alles normal, so möchte man die Vorlage im Sommer im Regierungsrat diskutieren und anschliessend dem Parlament weiterleiten.

*Zu Frage 4:* Mit der Fortführung kann gerechnet werden, wenn der entsprechende Verpflichtungskredit vom Landrat gesprochen und die Mittel im Budget eingestellt werden (GAP lässt grüssen!). Anschliessend würde im Jahr 2005 begonnen.

**Franz Hilber** bedankt sich für die Beantwortung der Frage.

://: Damit ist Frage 2 beantwortet.

### 3. Agathe Schuler: Vorlage 2002/113 „Uebernahme der Sekundarschulbauten durch den Kanton“

Die Vorlage 2002/113 wurde am 5. Juni 2003 mit folgenden Aufträgen an die Regierung zurückgewiesen:

1. Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Landrat bis spätestens Ende 2004 eine Vorlage über Eigentum, Unterhalt und die Nutzung der Sekundarschulbauten und -anlagen beinhaltend die heutigen Realschulbauten zu unterbreiten mit dem Ziel, Übernahmen per Schuljahr 2005/6 zu realisieren.
2. Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Landrat im Herbst 2003 (Herbst bis 21. Dezember wurde dabei festgehalten!) eine Vorlage mit einer Übergangslösung für den Zeitraum zwischen dem Inkrafttreten des neuen Bildungsgesetzes bis zur Umsetzung einer integralen Lösung unter Einbezug der heutigen Realschulbauten vorzulegen.

Ich bitte den Regierungsrat heute, an der letzten Sitzung des Landrates im Herbst 2003, folgendes zu beantworten.

#### Fragen:

1. Auf welchen Zeitpunkt wird die „Vorlage mit einer Übergangslösung“ vorliegen? (Beschluss 2)
2. Wie ist der heutige Stand der Arbeiten an dieser Vorlage; welche Arbeitsschritte wurden bereits durchgeführt?
3. Welche Direktion ist federführend?
4. Warum wurde der vom Landrat beschlossene Termin nicht eingehalten?
5. Warum wurde der Landrat über diese Verspätung nicht orientiert?
6. Welche Arbeitsschritte wurden ferner bis jetzt unternommen, um die Vorlage „über Eigentum, Unterhalt und die Nutzung der Sekundarschulbauten und -anlagen beinhaltend die heutigen Realschulbauten“ Termingerechtem dem Landrat vorzulegen? (Beschluss)
7. Welche Direktion ist hier federführend?

Regierungsrat **Urs Wüthrich** fasst sich relativ kurz, da die meisten Antworten bereits Gegenstand der Beratung der entsprechenden Budgetanträge waren.

*Zu Frage 1:* Voraussetzung für die Parlamentsvorlage ist eine Verständigung mit der Verhandlungsdelegation der Gemeinden. Wenn dies rasch möglich ist, geht man davon aus, dass im Januar 2004 die Vorlage kommt.

*Zu Frage 2:* Bereits wurden heute die bis jetzt unternommenen Schritte aufgezeigt. Diese sind kurz nochmals:

- Festlegung einer Anlaufstelle für Schulraumfragen bei der BKSD
- Die Verantwortung/Federführung für eine Übergangslösung wurde der BKSD übertragen
- Einsetzung einer Arbeitsgruppe, bestehend aus 6 Gemeinde- und 4 Kantonsvertretern. Im November dieses Jahres schloss die Arbeitsgruppe ihren Auftrag mit der Vorlage eines Berechnungsmodells vorläufig ab.
- Am 2. Dezember 2004 definierte der Regierungsrat Preisschilder als Grundlage für das Verhandlungs-

mandat des Vorstehers der BKSD.

Zur Zeit ist man daran, Akontozahlungen auf der Basis der bisher geltenden Ansätze für die Sekundarschulbauten und die Realschulen abzuwickeln. Den entsprechenden Beschluss dazu wird die Regierung an der nächsten Sitzung vom 16. Dezember 2003 diskutieren. Warum nichts zusätzlich ins Budget aufgenommen worden ist, wurde heute Morgen besprochen. Die konkrete Verhandlungsrunde mit den Gemeinden ist für den 19. Dezember 2003 angesetzt.

*Zu Frage 3:* Wie gesagt, ist die BKSD zuständig für die Übergangslösung.

*Zu Frage 4:* Von Anfang an war das Projekt als ein partnerschaftliches Geschäft mit den Gemeinden aufgegleist. Auch wenn es lediglich um eine Übergangslösung geht, wurden die einzelnen Aspekte, auch im Hinblick auf eine allfällige längerfristige Verwertung, mit grosser Sorgfalt diskutiert. So wurden beispielsweise auch Leute von der Schulraumkommission in die Diskussionen einbezogen.

*Zu Frage 5:* Der Regierungsrat wird an seiner Sitzung vom 16. Dezember den Gemeinden formell seine Stellungnahme zum Zwischenstand und zum weiteren Vorgehen unterbreiten, ebenso wird dann die entsprechende Information an die Mitglieder des Landrats verabschiedet.

*Zu Frage 6:* Bezüglich der definitiven Lösung gibt es noch keine festgelegte Projektorganisation. Diese wird nach Verabschiedung der Übergangslösung festgelegt.

*Zu Frage 7:* Die federführende Direktion ist noch nicht bestimmt. Grundsätzlich ist aber für Fragen des Baus und Unterhalts von Liegenschaften die BUD zuständig.

**Agathe Schuler** dankt für die Beantwortung. Sie hätte es sehr geschätzt, wenn das Parlament bezüglich Verspätung der Vorlage einmal informiert worden wäre, da doch damals im Juni noch fest auf den 21. Dezember Wert gelegt worden sei.

://: Damit ist Frage 3 beantwortet.

### 4. Jürg Degen: Gewerbeausstellung (GESI)

In Sissach finden regelmässig Gewerbeausstellungen (Gewerbeausstellung Sissach = GESI) statt. Im Jahre 2006 sollte die GESI im neuen aber noch nicht eröffneten Umfahrungstunnel stattfinden.

Wie in der "Volksstimme" und danach auch in der "Basellandschaftlichen Zeitung" zu lesen war, kann die geplante Gewerbeausstellung im "Chienbergtunnel" wegen Sicherheitsbedenken der Basellandschaftlichen Gebäudevorsicherung nicht stattfinden. Obwohl das bereits gebildete OK noch eineinhalb Jahre zur Planung Zeit gehabt hätte, empfahl die BGV den Anlass nicht durchzuführen. Weil aber die Durchführung des Anlasses schon vorher vom kantonalen Sicherheitsinspektorat und vom Tiefbau begrüsst worden war, stellen sich dazu einige Fragen.

**Fragen:**

1. Warum haben das Sicherheitsinspektorat und das Tiefbauamt noch im Juli gegenüber der Gemeinde Sissach grünes Licht für einen solchen Anlass signalisiert?
2. Kannte die BGV überhaupt das Grob-Konzept des OK's für die Durchführung des Anlasses?
3. Warum hat die Gebäudeversicherung keine Bedingungen formuliert, unter denen der Anlass durchgeführt werden könnte, sondern eine Durchführung a priori ausgeschlossen?
4. Baudirektorin Elsbeth Schneider stimmte dem Schreiben der BGV zu. War sie auch mit dessen Inhalt einverstanden?
5. Wie konnte das Tunnelfest im Grellinger-Tunnel unter ähnlichen Bedingungen trotzdem stattfinden?
6. Ist es nach dieser Absage der BGV im Baselbiet überhaupt noch möglich irgendetwas in einem geschlossenen Raum mit mehr als 50 Personen zu veranstalten?

Regierungsrätin **Elsbeth Schneider** nimmt Stellung.

*Zu Frage 1:* In aller Deutlichkeit möchte sie fest halten, dass weder das Sicherheitsinspektorat (SIT) noch das Tiefbauamt (TBA) je das Tunnelfest bewilligt haben. TBA und SIT erhielten am 18. Juli 2003 von der Gemeinde Sissach ein Schreiben, in welchem sie um eine grundsätzliche Stellungnahme zur Idee eines Tunnelfestes gebeten wurden. In der Antwort vom 22. Juli 2003 schrieb das TBA in Absprache mit dem SIT, dass es der Idee eines Tunnelfestes bei der Eröffnung grundsätzlich positiv gegenüber stehe (analog Baregg, Habsburgtunnel etc.), machte aber gleichzeitig darauf aufmerksam, dass ein Tunnelfest nicht ganz unproblematisch sei. Daher wurde die Gemeinde Sissach gebeten, vor einer weiteren Organisation eines Tunnelfests zuerst die Erfahrungen von Organisationskomitees ähnlicher Tunnelfeste zu erfragen.

*Zu Frage 2:* Ja, die BGV kannte das OK-Grob-Konzept.

*Zu Frage 3:* Im Chienberg-Tunnel entsprechen die Längen der Fluchtwege und die Breite der Ausgänge nicht den Vorschriften der Vereinigung der Kantonalen Feuerversicherungen (VKF). Die VKF-Vorschriften sind aber im Baselbiet und auch in der übrigen Schweiz verbindlich.

*Zu Frage 4:* Die Baudirektorin hat das Schreiben der BGV und vor allem die geäußerten Bedenken vor dem Versand an die Gemeinde zur Kenntnis genommen. Darin hiess es unter anderem, dass auch Menschen zu Schaden kommen könnten. Und diese Verantwortung wies sie von sich angesichts der Tatsache, dass die Fachleute befanden, ein solches Fest sei mit einem grossen Risiko verbunden und sollte aus Sicherheitsgründen nicht stattfinden.

*Zu Frage 5:* Das Tunnelfest in Grellingen konnte durchgeführt werden, da dort die BGV erst kurz vor dem Fest angefragt worden war, damals war aber die gesamte Festorganisation bereits gelaufen (Raunen im Saal). Auch damals wurde eine Durchführung grundsätzlich abgelehnt.

Aufgrund der Kurzfristigkeit wurde dann aber das Fest vom OK mit zusätzlichen, von der BGV angeordneten Sicherheitsmassnahmen durchgeführt.

*Zu Frage 6:* Selbstverständlich ist es immer noch möglich, Feste in geschlossenen Räumen mit mehreren Zehntausend Personen durchzuführen, falls die Fluchtweglängen und Ausgangsbreiten mit den Vorschriften der Vereinigung Kantonaler Feuerversicherungen übereinstimmen.

Bei **Jürg Degen** bleibt ein ungutes Gefühl zurück. Im Fall Grellingen, wo zu spät gefragt wurde, war das Fest trotzdem möglich. Dass im jetzigen Zeitpunkt bei Sissach kein Entgegenkommen irgend welcher Art mehr möglich ist, hinterlässt bei ihm und der Sissacher Bevölkerung sowie beim OK einen schalen Nachgeschmack.

://: Damit ist Frage 4 beantwortet.

Bei Frage 5 handelt es sich um dasselbe Thema wie in der dringlichen Interpellation 2003/310 der SP-Fraktion zum Polizeieinsatz gegen den Allpack-Streik. Aus diesem Grund wird Regierungsrätin Sabine Pegoraro ihre beiden Stellungnahmen gleich hintereinander setzen, erklärt **Hanspeter Ryser**.

## 5. Philipp Schoch: Polizeieinsätze bei den Streikaktionen der Firma Allpack

**Fragen:**

1. Wer hat den Entscheid getroffen und trägt die politische Verantwortung für den massiven Polizeieinsatz? Ein einzelnes Regierungsmitglied oder die Gesamtregierung?
2. Weshalb hat die Regierung keine gewaltfreie Konfliktbearbeitung durch weitere Verhandlungen angestrebt, sondern durch ein repressives Verhalten das Konfliktpotential erhöht?
3. Hält die Regierung den massiven Polizeieinsatz in Reinach und Liestal und die damit verbundene in Kaufnahme des Risikos für Sach- und Personenschäden für angemessen? Ist die Regierung der Ansicht, dass der Polizeieinsatz erfolgreich war?
4. Wie hoch sind die Sach- und Personenschäden des Polizeieinsatzes? Um welche Art von Schäden handelt es sich? Wie hoch ist der finanzielle Aufwand der Polizeieinsätze in Reinach und Liestal (in Franken)?
5. Meines Wissens hat kein Regierungsmitglied im Vorfeld oder während des Streiks das Gespräch mit den Betroffenen vor Ort gesucht und eine einvernehmliche Lösung angestrebt. Wo bleibt die "Bürgernähe" der Regierung?

**Sabine Pegoraro** schickt voraus, dass die letzten zwei Wochen für sie die intensivste Zeit seit ihrem Amtsantritt waren. Es waren schwierige Entscheide zu fällen, welche im Vorfeld aber sorgfältig abgewogen wurden.



*Zu Frage 1:* Bei so gelagerten Fällen entscheidet die Frage, ob interveniert werden muss, der Polizeidirektor bzw. die Polizeidirektorin. In diesem Fall war es also ich – allerdings nach Rücksprache mit dem Regierungsrat. Alles Handeln, nicht nur der Polizeieinsatz, wurde abgesprochen: Ich habe laufend die Regierungsmitglieder informiert. Ich meinerseits war in ständigem Kontakt mit meinen Mitarbeitenden, die "Frontarbeit" geleistet haben.

Die Frage nach dem "wie", das heisst, welche personellen Mittel einzusetzen sind, entscheidet der Kommandant der Polizei Basel-Landschaft nach Rücksprache mit mir.

*Zu Frage 2:* Vom ersten Streiktag an hat sich der Regierungsrat mit der Situation in Reinach befasst. Dabei standen zwei Grundüberlegungen im Vordergrund:

1. Wie weit soll sich der Staat bzw. die Regierung in einen primär privaten Konflikt hineinbegeben? Es geht dabei nicht um die Wertung der Anliegen der beiden Konfliktparteien, sondern eben um diese ganz grundsätzliche Frage. Es wurden ja auch Stimmen laut, die auf die Neutralitätspflicht des Staates hingewiesen haben. Auf der anderen Seite verlangten beide Parteien nach Unterstützung durch die Regierung.

2. Vermittlungsbemühungen, Einigungsgespräche und -versuche finden naturgemäss nicht in der Öffentlichkeit, und schon gar nicht in Anwesenheit der Medien statt. Sie sollen auch nicht in der Öffentlichkeit kommuniziert werden, bevor eine Einigung gefunden werden kann.

Das ist der Grund, weshalb die vielen Bemühungen der Regierung und meiner Direktion eigentlich hinter den Kulissen bzw. ausserhalb der Wahrnehmung der Öffentlichkeit und der Medien stattgefunden haben und kaum bekannt sind. Das hat teilweise ein falsche Bild vermittelt. Diese Fragestunde gibt jetzt Gelegenheit, das besser darzustellen. Ich muss allerdings sagen, dass ich aus Gründen des Amtsgeheimnisses nicht alles sagen kann.

Kurz zur Chronologie der Abläufe:

*Dienstag, 25. November 2003*

Morgens Streikbeginn. Arbeitswillige wurden durch Blockade am Zugang zum Gebäude und ihrem Arbeitsplatz gehindert. In Frage kommende Tatbestände des eidgenössischen Strafgesetzbuches: Nötigung und Hausfriedensbruch. Der Unternehmer hat Strafanzeige eingereicht. Von diesem Zeitpunkt an war die Polizei in der Pflicht zu handeln. Spür- und fühlbar war auf beiden Seiten Aggressivität. Die Fronten waren verhärtet und Gespräche praktisch nicht möglich. Von allem Anfang an war es das Ziel des Regierungsrats und der Behörden, trotz dieser aufgeladenen Stimmung jede Eskalation zu vermeiden. Zum Beispiel auch deshalb, weil der Unternehmer wiederholt zur Selbsthilfe greifen wollte, was zweifellos zu einer definitiven Eskalation geführt hätte.

*Mittwoch, 26. November 2003*

Um 14 Uhr fand das erste Gespräch zwischen den Konfliktparteien statt. Aufgrund der eskalierenden Situation begab sich der Regierungspräsident in Begleitung von Stephan Mathis (Generalsekretär JPMD) und Barbara

Umiker (Leiterin Kommunikation JPMD) nach Reinach, um das Gespräch mit den Parteien zu suchen. In der Folge fanden – bis 18.00 Uhr – Gespräche abwechselnd mit dem Firmeninhaber und der Gewerkschaft Comedia statt. Der Regierungspräsident schlug schon an diesem Tag eine Lösung vor, welche in ähnlicher Form eine Woche später vereinbart wurde. Nur: damals wollte sich keine der Parteien darauf einlassen. Der Regierungspräsident informierte zudem beide Parteien über die Möglichkeit, das kantonale Einigungsamt anzurufen, was sie aber vor derhand nicht machten.

*Donnerstag und Freitag, 27. und 28. November 2003*

In den Folgetagen führten verschiedene kantonale Stellen (Kiga, JPMD) immer wieder Gespräche mit Vertretungen der beiden Parteien. Am Freitag nahm der Generalsekretär der JPMD gemeinsam mit dem kantonalen Lebensmittelinspektor und in Begleitung des Geschäftsinhabers, seines Betriebsleiters und zwei Streikenden in der Firma einen Augenschein vor, um die Verderblichkeit von Waren und die Sicherheitssituation zu überprüfen.

Anschliessend führte der Generalsekretär in meinem Auftrag Gespräche mit Vertretungen der Gewerkschaft Comedia und machte insbesondere deren Chefin nochmals nachdrücklich darauf aufmerksam, dass ein baldiger Polizeieinsatz unumgänglich wäre, würde die Blockade nicht aufgehoben. Er bat die Gewerkschaft Comedia eindringlich, Hand zu einer Kompromisslösung zu bieten.

*Samstag und Sonntag, 29. und 30. November 2003*

Involvierung des Einigungsamtes durch die JPMD, die den Parteien diesen Vorschlag unterbreitete und die Koordination übernahm. Am Sonntag organisierte das Einigungsamt die Verhandlung, u.a. mussten – da es sich um eine paritätische Kommission handelt – je ein Arbeitgeber- bzw. Arbeitnehmervertreter gefunden werden. An die Parteien erging die Einladung für die Verhandlung vom Montag, 1. Dezember 2003, 8 Uhr.

*Montag, 1. Dezember 2003*

Morgens um 8 Uhr fand eine halbtägige, vom kantonalen Einigungsamt einberufene Einigungsverhandlung statt. Beide Parteien stimmten dem vorgeschlagenen Vergleich nicht zu.

Am Mittag nahm die Vorsteherin des Justiz- und Polizeidepartements Rücksprache mit dem Regierungsrat und entschied sich für einen Polizeieinsatz, um den arbeitswilligen Mitarbeitenden den Weg zu ihrer Arbeitsstelle zu ermöglichen. Die Polizei begab sich vor Ort. Trotz mehrerer Gespräche mit Fristen seitens des Polizeikommandanten und des Generalsekretärs JPMD wurde der Zugang von den Streikenden nicht freigegeben. Auch Landrätin Eva Chappuis, die bei den Streikenden war, wurde gebeten, sich für einen freien Zugang einzusetzen, was aber nicht klappte. In einer ersten Stufe wurden 12 ganz normale Polizisten (die in den roten "Skijacken") eingesetzt, die den Arbeitswilligen den Zugang verschaffen sollten. Das scheiterte, weil die Streikenden den Eingang zum Gebäude blockierten. Wieder wurden Gespräche mit Fristen geführt – leider vergeblich, so dass dann 32

Personen des Ordnungsdienstes (nicht Barrakudas) die Streikenden, die nicht freiwillig weggehen wollten, einzeln wegtrugen. Der Polizeieinsatz war verhältnismässig, das heisst, er wurde mit den mildesten Mitteln und Möglichkeiten durchgeführt – das wurde uns unter anderem sogar auch von betroffenen Streikenden mitgeteilt.

Im Anschluss an den Polizeieinsatz fand eine Medienorientierung mit dem Polizeikommandanten, Barbara Umiker und Stephan Mathis statt, bei welcher die ganze Sache den Medien dargelegt wurde und an welcher auch Vertreter der Gewerkschaft teilnehmen und ihren Standpunkt einbringen konnten.

#### *Dienstag, 2. Dezember 2003*

Abends fand eine von rund 300 Personen besuchte, bewilligte Demonstration in Liestal statt. Aufgrund der polizeilichen Abklärungen im Vorfeld dieser Demonstration hatte man klare Hinweise erhalten, dass ca. 50 - 100 Chaoten zu erwarten waren. Es hatten also Aufrufe in der linken und rechten Szene stattgefunden, man solle an diese Demo gehen. Dies veranlasste uns dazu, ein Polizeiaufgebot von 180 Personen (davon 60 von der Stadt Bern, 30 vom Kanton Aargau, alles im Rahmen des NWPK) aufzustellen. Damit wollte man die Abriegelung des Stedtli sicherstellen d.h. den Zugang absperren, um dort Krawalle und Sachbeschädigungen, welche von den Chaoten zu erwarten waren, zu verhindern. Die gewünschte Wirkung wurde erzielt, indem die meisten Chaoten wegblieben. Letztendlich waren ca. 20-30 anwesend, welche sich unter den Demonstrationzug gemischt hatten. Sie haben auch immer wieder versucht, durch diese Absperrungen zu kommen, schafften es aber glücklicherweise nicht.

Sabine Pegoraros grösstes Anliegen war auch, dass es eben bei dieser Demonstration nicht zu Krawallen und Sachbeschädigungen kommt, wie man es in Basel erlebte. Die Polizeidirektorin ist froh, dass es so abgelaufen ist. Die andere positive Wirkung sei gewesen, dass die Demonstration in aller Ruhe durchgeführt werden konnte. Wäre es zu Krawallen gekommen, so wären nämlich auch die Demonstrierenden einbezogen gewesen.

#### *Mittwoch, 3. Dezember 2003*

Am Mittwochmorgen wurde von beiden Seiten der Wunsch an mich herangetragen, dass die Regierung Vermittler bestimmen und Verhandlungen geführt werden sollen. Ich habe den Ball aufgenommen und Nationalrat Hans Rudolf Gysin angefragt, der spontan zusagte. Dann habe ich meinen Regierungskollegen den Vorschlag gemacht, als zweiten Mediator Regierungsrat Urs Wüthrich einzusetzen. Der Regierungsrat war einverstanden und Urs Wüthrich sagte mir ebenso spontan zu. Diese Lösung wurde dann vom Generalsekretär JPMD den Parteien unterbreitet – diese akzeptierten die beiden Mediatoren.

Der Entscheid, es nochmals und mit diesen beiden Herren zu versuchen, war richtig. Wie Sie wissen, konnte in der Nacht vom letzten Mittwoch auf Donnerstag eine Einigung erzielt werden. Dank dieser Einigung wurde der Streik abgebrochen und die ganze Sache konnte beendet

werden. Das befriedigt mich und das ganze Regierungskollegium und wir danken den beiden Herren für ihr Engagement.

*Zu Frage 3:* Der Polizeieinsatz war nicht massiv, sondern verhältnismässig, daran halte ich – auch im Namen des Regierungsrates – mit aller Deutlichkeit fest. Der verhältnismässige Polizeieinsatz hat auch wesentlich dazu beigetragen, dass die Fronten aufgeweicht wurden und der schnelle Abschluss einer Einigung möglich war.

*Zu Frage 4:* Schäden, vor allem an Menschen, sind immer bedauernswert. Nach den uns bekannten Informationen sind nach dem Einsatz 3 Personen ins Spital gebracht worden. 2 Personen sollen Muskelprellungen am Arm haben, eine Person klagte über Rückenschmerzen. Alle konnten das Spital nach der ambulanten Pflege wieder verlassen. Beim Einsatz vom 2. Dezember 2003 in Liestal sind keine Personen verletzt worden.

Bei den Polizeieinsätzen in Reinach und Liestal sind dank geschickter Taktik und unter Anwendung von angemessenen Einsatzmitteln keine Sachschäden entstanden.

#### *Personalaufwand Reinach:*

6 Std. 35 Mitarbeiter à Fr. 100.-- = Fr. 21'000.--

#### *Aufwand in Liestal:*

Polizei BL

7 Std. 90 Mitarbeiter à Fr. 100.-- = Fr. 63'000.--

Nordwestschweiz. Polizeikonkordat PKNW

89 Mitarbeiter à Fr. 300.-- = Fr. 26'700.--

Total Fr. 89'700.--

*Zu Frage 5:* Diese Darstellung ist klar falsch. Ich verweise auf die Zusammenfassung der Ereignisse.

Nr. 298

27

### **2003/310 Dringliche Interpellation der SP-Fraktion zum Polizeieinsatz gegen den Allpack-Streik**

*Zu 1:* Es geht in erster Linie um die Frage, ob sich der Staat bzw. die Regierung in einen primär privaten Konflikt einmischen soll. Wenn er es macht, dann kann es selbstverständlich nur eine vermittelnde Haltung sein, was aber nicht heissen darf, dass darum Gesetzesverstösse geduldet werden.

*Zu 2:* Diese Frage hat der Regierungsrat bereits in der Fragestunde detailliert beantwortet.

*Zu 3:* Die Rechtslage ist eingehend analysiert worden. Im renommierten Berner Kommentar zum Arbeitsvertragsrecht wird ausgeführt, dass die Streikenden den Arbeitswilligen den Zugang zum Betrieb nur mit friedlichen Mitteln der Überzeugung, also ohne Gewalt, verwehren dürfen. Im Fall der Firma Allpack sind die arbeitswilligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch die Streikenden während 6 Tagen – vor dem Polizeieinsatz – gegen ihren Willen vom Zugang zum Arbeitsplatz ausgesperrt worden. Beim Streik in der Aare-Wäscherei hat die Blockade nur

1½ Tage gedauert. Das – im übrigen kontroverse – Urteil des Bezirksgerichts Rheinfelden kann nicht einfach "telquel" auf den Streik bei der Firma Allpack übertragen werden.

Namhafte Rechtsexperten – wie beispielsweise Prof. Frank Vischer – beurteilen den Polizeieinsatz gemäss Medienberichten als rechtmässig. Der Regierungsrat steht mit seiner Rechtsauffassung also nicht alleine da.

Zu 4: Der Regierungsrat hat die rechtliche Situation – wie es seine Aufgabe ist – nach Massgabe der geltenden Gesetze (speziell des Polizeigesetzes und des Strafgesetzbuches) und unter Berücksichtigung der Rechtsprechung und der Rechtsliteratur unvoreingenommen geprüft. Die bekannten und unterschiedlichen Rechtsüberzeugungen der beiden Streitparteien haben für die rechtliche Beurteilung des Regierungsrates selbstverständlich keine Rolle gespielt.

Zu 5: Beim Strafrechtstatbestand der Nötigung handelt es sich um ein Offizialdelikt. Das heisst, die Behörden müssen von Amtes wegen tätig werden. Über die Eröffnung der Strafuntersuchungsverfahren entscheidet das Statthalteramt Arlesheim.

Zu 6: Die Intervention der Polizei hat nicht der Ausübung des Streikrechts gegolten, sondern der Aussperrung der Arbeitswilligen vom Arbeitsplatz. Das Streikrecht gilt nicht unbeschränkt, es muss sich an die Rechtsordnung halten. Dazu gehört, dass auch die Rechte von jenen Personen zu wahren sind, die am Streik nicht teilnehmen wollen.

Zu 7: Der Regierungsrat hat seine Verantwortung auch in staatspolitischer Hinsicht wahrgenommen. Die Unterstellung der einseitigen Parteinahme und Kriminalisierung weise ich klar zurück.

Zu 8: Der Regierungsrat hat detailliert erklärt, wie sehr er zu vermitteln und zu deeskalieren suchte. Deshalb sehen wir keinen Anlass, an unserer Haltung etwas zu ändern.

Zu 9: Das Kiga leistet sicher eine aktive Unterstützung bei der Stellensuche dieser Leute, sofern sie sich bei der Arbeitslosenversicherung zur Stellensuche anmelden. Dies gehört zum gesetzlich verankerten Auftrag der Regionalen Arbeitsvermittlungszentren RAV. Gleichzeitig geht aber der Regierungsrat davon aus, dass sich auch die Gewerkschaften, wie es der Mediator Regierungsrat Wüthrich an der Medienorientierung formuliert hat, speziell um diese Menschen kümmern werden.

Aufgrund des hohen Interesses beantragt **Hanspeter Ryser** die Diskussion, welche stillschweigend bewilligt wird.

**Philipp Schoch** bedankt sich bei Regierungsrätin Sabine Pegoraro für die Beantwortung seiner Fragen, ebenso bedankt er sich bei Urs Wüthrich und Hans Rudolf Gysin für ihr grosses Engagement. Die Lösung überzeuge zwar nicht ganz. Seine Frage 5 habe er vor Kenntnis der

Vermittlungen gestellt, stellt er erklärend fest. Ihm ist nun vor allem wichtig, wie in Zukunft gehandelt wird. Wird der Regierungsrat auch zukünftig mit denselben repressiven Massnahmen handeln wie im Fall Allpack? – Damit gemeint ist das Einschreiten und Abtransportieren der Streikenden.

Zum Verständnis seiner Frage: Er erschrak ziemlich, als er aus den Medien über die Allpack-Ereignisse erfuhr, machte sich per Velo auf den Weg zur Demonstration und wurde selbst am Radackerhof von einer Polizeisperre überrascht, allerdings nicht selbst aufgehalten, später folgten drei weitere Sperren, bis er schliesslich im Städtchen war. Ihm erschien das Ganze ein wenig unverhältnismässig. Daher entstanden die Fragen auch aus einer Wut seinerseits. – Nun kann er gewisse Dinge nachvollziehen. Er ist nicht mit allem einverstanden. Seiner Meinung nach kann man zwar nicht immer alles kommunizieren, aber bei einem dermassen heiklen Thema fände er es doch angebracht, offensiv zu kommunizieren und auch offensiv die Medien in das Ganze einzubeziehen.

Regierungsrätin **Sabine Pegoraro** Sollte in Zukunft wieder eine solche Situation entstehen, so muss diese klar analysiert werden, und erst dann kann entschieden werden, was zu unternehmen ist. Dass ein Polizeieinsatz eine ultima ratio ist, das weiss auch sie. Nicht zuletzt deshalb nahm sie auch jeweils mit ihrer Regierungskollegin und den -kollegen Rücksprache. Jedenfalls muss immer eine Neubeurteilung stattfinden.

Zum Polizeiaufgebot an der Demo: Sie versteht das Erschrecken des Landrats und seine brüskierte Reaktion, hofft aber gleichzeitig, dass er die Hintergründe nachvollziehen und verstehen kann. Vom Moment an, als die Polizei Baselland die Hinweise darüber hatte, dass die linke und die rechte Extremistenszene aufrüstet, musste gehandelt werden. Es musste verhindert werden, dass 'Riesenkrawalle' und Sachbeschädigungen stattfinden. Da dieser Einsatz stattfand, blieb auch glücklicherweise der Grossteil der Chaoten aus. Die wenigen vorhandenen konnten dadurch unter Kontrolle gehalten werden. Und glücklicherweise zogen auch alle wieder friedlich ab. Leider sei es eine Tatsache, dass beispielsweise auch an der Demonstration von gestern in Bern ein massives Polizeiaufgebot vorhanden war, und zwar aus demselben Grund. Es habe sich nicht gegen die Demonstranten gerichtet, sondern sei zu deren Schutz für eine friedliche Demonstration gewesen.

**Ruedi Brassel** bedankt sich bei Sabine Pegoraro für die ausführliche Antwort. Selbstverständlich bleiben eine Menge Fragen offen. Seine Fragen betrafen hauptsächlich das Verständnis von Staat und Regierung im sozialen Konflikt. Sein Eindruck ist, dass man in einer Situation ist, in welcher vorschnell und einseitig Position bezogen wurde, in welcher man sich Chancen vergeben hat. Damit bestreitet er nicht die Wirksamkeit der zuletzt angestregten Verhandlungen in diesem Konflikt, stellt aber in Frage, ob das eskalierende Momentum im Vorfeld zu diesem Verhandlungserfolg beigetragen hat. Der Verhandlungserfolg hätte wohl viel besser ohne dies stattfinden können.

Dass die Regierung nicht allein ist mit der Rechtsauffassung, dass Nötigung vorliegt, welche einen Einsatz der Polizei nahelegt, behauptet niemand. Im Gegenteil, dies sei genau das Problem. Die Regierung gebe sich nämlich mit dieser Auffassung auf eine Position, welche zu einem einseitigen Eingreifen in diesem Konflikt wird und so wahrgenommen wird – ob die Regierung dies so intendiert oder nicht, das wolle er gar nicht so unterstellen. Die staatspolitische Relevanz des gesamten Verhaltens der Regierung läge aber seines Erachtens darin, eine wirklich vermittelnde neutrale Position einzunehmen und durchzuhalten. Diesbezüglich muss eine Sensibilisierung stattfinden, meint er, gerade darum, weil man in diesem Land in einer Situation ist, in welcher sich Konflikte dieser Art zuspitzen könnten. Es gelte, eine Kultur zu entwickeln, um die verschärfte Eskalation solcher Konflikte zu verhindern, abzubauen, und gerade eine wirkliche Vermittlungsfähigkeit, getragen von der Autorität der Regierung, könnte hierzu beitragen. Dies sei sein Hauptanliegen und er verbitte sich falsche Unterstellungen. Ruedi Brassels Hauptsorge gilt dem Staat als funktionierendes Gemeinwesen, welches seines Erachtens in solchen Konflikten eine neutralisierende Funktion haben und nicht nach aussen in Parteilichkeit wahrgenommen werden soll.

Dass es sich dabei immer um eine Gratwanderung handelt, sei klar. Dabei sei es notwendig, immer subtil auf beiden Seiten Gespräche zu führen und dies kontinuierlich zu beweisen. Ob in diesem Fall die Gesprächsangebote dauerhaft und ständig in der notwendigen Art und Weise gelaufen sind, das könne er nicht beurteilen. Er hat solche Aussagen gehört, selbst hat er zu wenig Dokumentation darüber. Der Landrat hofft, dass der Polizeieinsatz tatsächlich in der mildest möglichen Form erfolgt ist, wie es Sabine Pegoraro ausführte. Auch hier muss er, wenn er von Verletzungen vernommen hat, Fragezeichen stehen lassen. Gleichzeitig hofft er, dass man aus diesem Konflikt etwas gelernt hat und das nächste Mal anders vorgehen kann.

**Paul Schär** erklärt, dass die FDP in dieser Sache zu hundert Prozent hinter der Regierung steht. Die FDP stehe zur Sozialpartnerschaft, das entspreche der schweizerischen Art, Probleme zu lösen. Der Arbeitskonflikt konnte letztlich gütlich und zu aller Zufriedenheit beigelegt werden.

Zum Ablauf möchte er verdeutlichen: Bis es so weit gewesen ist, haben sehr viele Kontakte stattgefunden. Man habe es in einem ganz kleinen Minikreis von A-Z beobachtet. Von der JPMD sind zwei Mitarbeiter praktisch freigestellt worden. Es bestanden unversöhnliche Positionen sowohl beim Arbeitgeber als auch bei der Gewerkschaft. Dem Polizeieinsatz – es sei wichtig, dies zur Kenntnis zu nehmen – sind 6 Tage vorausgegangen. In dieser Zeit wurde alles versucht, eine Einigung zu finden, auch via Einigungsamt. Nach Dafürhalten der FDP war der Einsatz der Polizei nicht nur notwendig, sondern gerechtfertigt. Natürlich bestehe das Recht der Arbeitnehmer, auf eine schlechte Situation aufmerksam zu machen. Genau so haben aber Arbeitnehmer, welche ungehindert den Arbeitsplatz betreten wollen, um ihren vertraglichen

Pflichten nachzukommen, das Recht, den Eintritt zu finden.

Nun stelle sich schon die Frage, ob die Einigung ohne Polizeieinsatz zustande gekommen wäre. Und es sei auch immer einfacher, im Nachhinein zu sagen, es wäre nicht notwendig gewesen. Im Weiteren sei der Polizeieinsatz verhältnismässig und notwendig gewesen, um eine Eskalation der Situation zu verhindern. Nach den vielen Vorgesprächen wurde auch am Nachmittag des 1. Dezembers noch mehrmals vergeblich über die Fristen zur Deblockade diskutiert. Die Blockierer haben die Auseinandersetzung – so hatte man den Eindruck – gesucht, auch die physische. Am Rande wurden Drohungen von beiden Seiten ausgesprochen.

Eine kritische Anmerkung: Regierungsrat Urs Wüthrich habe bereits zu Anfang des Arbeitskonflikts durch seine Präsenz in Reinach am ersten Streiktag und durch seine Teilnahme an der Demonstration ein falsches Signal gesetzt. Als "unser" Regierungsrat habe er einen anderen Hut auf. Ein Regierungsrat, welcher bis vor kurzem Gewerkschaftsführer war, habe sich an das Kollegialitätsprinzip zu halten.

Positiv zu werten sei aber, dass sehr vieles wettgemacht worden sei durch die hervorragende Zusammenarbeit von Urs Wüthrich mit Nationalrat Hans Rudolf Gysin. In einer langen Nacht sei es gelungen, eine Vereinbarung zu finden, der alle Parteien letztlich zustimmen konnten. Dass die Regierung sich zu dieser Lösung durchgerungen hat und auch Regierungsrätin Sabine Pegoraro darauf hinwirkte, dieses Team zusammenzustellen, zeuge vom Willen, dass alles probiert worden sei. Letztlich habe der Regierungsrat seine Verantwortung als Vermittler wahrgenommen.

Zur Rolle der Medien: Seitens der FDP ist man der Auffassung, dass die Medien ihre Verantwortung nicht vollumfänglich wahrgenommen haben. Es ist ausserordentlich wichtig, dass in einer solchen Auseinandersetzung eine faire, umfassende Berichterstattung geschieht, eine Beleuchtung von allen Seiten. Man dürfe die in der Presse erscheinenden Bilder nicht unterschätzen. Alle im Saal kennen die Bilder. Ein Polizist, der seine Aufgabe erfüllt, wird hier ausschliesslich als Rambo in schwarzer Montur gezeigt, welcher Menschen abtransportiert. Paul Schär habe zum Beispiel von Freunden aus Zürich einen Anruf bekommen, in welchem sie wissen wollten, was "da unten" eigentlich los sei. Kein Wort davon, dass sich die Leute auch heftig gewehrt haben, dass der Versuch einer Deeskalation da war. Man erwarte natürlich keine Hofberichterstattung (Gelächter auf der linken Seite), man erwarte aber eine möglichst objektive Darstellung. Abschliessend verweist Paul Schär zum Thema 'Fairplay' auf einen Bericht aus der Basler Zeitung vom 4. Dezember 2003, bei dem am Schluss jeder Regierungsrat des Kantons Baselland qualifiziert wird. Er zeigt sich zutiefst empört darüber. Man müsse schon schauen, wie weit man gehen dürfe. Nochmals wiederholt er, dass die FDP voll und ganz hinter den fünf Regierungsrätinnen und Regierungsräten stehe.

**Rudolf Keller** taxiert das Verhalten der Regierung in diesem Arbeitskonflikt als mustergültig. Zu den Polizeieinsätzen in Reinach und Liestal meint er, dass so etwas nicht offensiv kommuniziert werden kann noch darf, da ansonsten das Ganze selbstverständlich schief laufen würde. Stelle man sich nun vor, dass allenfalls bei der Demonstration in Liestal in der Innerstadt extremistische Chaoten Schaufenster eingeschlagen hätten, so müsse man eigentlich Regierungsrätin Pegoraro und ihren Leuten für den mustergültigen Einsatz danken. Von polizeilicher Seite her sei alles verhältnismässig und gut über die Bühne gegangen, daran gebe es aus SD-Sicht nichts zu kritisieren.

**Esther Maag** blieb an vier Punkten hängen. Zuallererst am Wort *Chaot*, welches bereits mehrmals gefallen ist. Spätestens seit gestern, als sämtliche Frauen in der Schweiz und Andersdenkende in der Schweiz als Chaoten bezeichnet wurden, wünscht sie sich doch eine genauere Definition dessen, was hier unter Chaoten verstanden wird. Hier handle es sich um einen sensiblen Bereich. Wenn man zudem das Wort *Chaot* in den Mund nimmt, sobald es um Streiks und Demonstrationskultur – ein basisdemokratisches Instrument – geht, so werde es kritisch, meint sie.

Der Konflikt sei zur Zufriedenheit aller gelöst worden: Die Grüne Fraktion kann diese Aussage so nicht stehen lassen, denn immerhin haben zehn bis fünfzehn Leute ihre Arbeit verloren. Speziell bitter findet sie, dass diejenigen, welche sich gewehrt haben, am Schluss ohne Arbeit da stehen und somit die "Gelackmeierten" sind. Von grosser Zufriedenheit könne dort bestimmt nicht gesprochen werden.

Esther Maag kann sich auch nicht der Presseschelte anschliessen. Was veröffentlicht wurde, hält sie für durchaus im Rahmen der Pressefreiheit, da auch nichts Ehrverletzendes geschrieben wurde.

Zur Rolle der Regierung: Immer wieder wurde Urs Wüthrichs Rolle angesprochen, welcher Partei für die Arbeitnehmenden bezogen hat, dass aber Regierungsrätin Sabine Pegoraro Position auf Arbeitgeberseite bezogen hat, darüber sei nicht geredet worden. Beides müsse nebeneinander stehen, da beide dasselbe Recht hätten. Auch in einer Kollegialbehörde müsse es möglich sein, Position zu beziehen, wo immer man steht. Sie sieht daher keinen Anlass für Kritik an der Position von Regierungsrat Urs Wüthrich.

**Ursula Jäggi** ist zu Ohren gekommen, dass an der Demonstration vom 2. Dezember 2003 bei der Polizei eine neue "Granatwerfer-Waffe" zum Einsatz gekommen sei (Gelächter). Sie möchte wissen, ob dies stimmt.

**Eva Chappuis** 'umschreibt' nochmals ein paar Begriffe, welche sozusagen undefiniert im Raum stehen: Die Regierung hat in dem Konflikt sehr schnell sehr gut reagiert, indem sie die beiden "Händler" an einen Tisch

bekommen wollte. Der Arbeitgeber verweigerte bis am Mittwoch jegliche Diskussion mit der Gewerkschaft, also auch im Vorfeld des Streiks, und die Regierung schaffte es, dass er sich am Mittwoch mit der Gewerkschaft an den Tisch setzte. Am gleichen Tisch sassens Regierungspräsident Erich Straumann, der Generalsekretär der JPMD sowie die Kommunikationschefin der JPMD. Auch Eva Chappuis sass genau gleich stumm dabei, als die beiden Partner das erste Mal miteinander sprachen.

Die Gewerkschaft hat klar kommuniziert, unter welchen Voraussetzungen sie bereit ist, den Streik sofort abubrechen, nämlich unter Rücknahme der Kündigungen, welche die Leute bereits am Mittwochmorgen hatten, Aufnahme von Verhandlungen über den GAV und eines vermittelnden Kontaktes für das Personal – einerseits die Streikenden, andererseits die Arbeitswilligen – um im Betrieb wieder Frieden zu schaffen. Erich Straumann wisse genauso gut wie Eva Chappuis, dass die Antwort des Arbeitgebers ein Nein war. Anschliessend versuchte die JPMD ihnen, und nur ihnen, klarzumachen, dass sie Nötigung betrieben, wenn sie Arbeitswillige nicht in den Betrieb liessen. Das Recht, Streik auszuüben, beinhalte aber nötige Mittel, hält die Landrätin fest. Man habe sofort zugelassen, dass der Inhaber in den Betrieb gelangen konnte und man hat darauf aufmerksam gemacht, dass der Betrieb in der ersten Streikwoche eine Nachtarbeitsbewilligung hatte. Jede Nacht wurde dort ohne Behelligung durch die Gewerkschaft durchgearbeitet. Von totaler Blockade eines Betriebes sei also keine Rede.

Anschliessend war von der Regierung während mehrerer Tage nichts mehr zu hören. Zu hören war aus der Verwaltung, aus dem Kiga, welches dem fusionierten Schwesterbetrieb für nochmals drei Wochen eine Nachtarbeitsbewilligung ausstellte – während eines laufenden Streiks. Eva Chappuis ist der Meinung, dort sei versagt worden. Dort hätte man früher, mit anderen Mitteln eingreifen können. Hans Rudolf Gysin sowie Urs Wüthrich wären bereits eine Woche vorher bereit gewesen zu diesem Nachtmarchon. Sie glaubt, man habe es auf die Eskalation ankommen lassen.

Rede man nun von Blockaden, so betreffe dies keine Holzpalette oder Pneus; es wurde kein Material irgend welcher Art verwendet, sondern es war eine 'Menschenblockade', welche die anderen mit Worten daran hinderten, ins Gebäude zu gelangen. Man habe die streikenden Menschen durchaus umtrippeln können. Sie habe mit eigenen Augen beobachtet, wie der Betriebsleiter – begleitet von einem "Guten Morgen Herr Scheitlin" – an einigen vorbeigegangen und bis zur Türe gelangt sei, wo er offenbar von seinen eigenen Sicherheitsvorkehrungen überwältigt worden und wieder abgezogen sei, um anschliessend zu behaupten, man habe ihn nicht zugelassen. Die Blockade bestand aus Menschen, welche mit den anderen diskutierten und auf diese Art und Weise versuchten, sie vom Hineingehen abzuhalten, anschliessend sei man abgezogen. Sie fügt abschliessend noch bei, dass sie sich auf die Strafverfolgung freut, da ihr dies erlaube, Klarheit zu schaffen.

**Jörg Krähenbühl** steht auch im Namen der SVP-Fraktion voll hinter der Regierung. Die Regierung habe in drei Phasen ihre Pflicht wahrgenommen. Zuerst versuchte sie zu vermitteln, dann folgte der Polizeieinsatz, und als Drittes wurde mit Zuzug weiterer Akteure wieder vermittelt. Zu Ruedi Brassels Argument, dass am Anfang seitens der Regierung nicht oder zu wenig vermittelt worden sei, müsse er sagen, dass mit dem Versuch des Regierungspräsidenten, die beiden Parteien unter Beizug von verschiedenen Mitarbeitern an einen Tisch zu bringen, die Regierung ihren Auftrag erfüllt habe. Natürlich brauche es anschliessend wieder einen Moment, bis man neu organisiert ist. Der erste Polizeieinsatz sei zudem im Freizeit-Tenue geschehen und noch nicht in Kampfmontur. Zur Demonstration am Abend: Wäre im Stedtli beispielsweise eine Glasscheibe zertrümmert worden, so wären wohl dieselben aufgestanden – dies an die Adresse von Philipp Schoch – und hätten gesagt, die Polizei habe nicht aufgepasst. Wenn ein Polizeieinsatz verhältnismässig ist und wann nicht, das sei im Nachhinein sehr einfach zu sagen. Der Landrat bedankt sich bei der Regierung sowohl für die eingenommene Vermittlerrolle als auch dafür, sich für Ruhe und Ordnung eingesetzt zu haben.

**Karl Willimann-Klaus** schliesst sich der Meinung seines Vorredners an. An die Adresse von Esther Maag korrigiert er, dass der Polizeieinsatz nicht sozusagen in Anwaltsfunktion für den Arbeitgeber stattfand, sondern es habe gegolten, den durch die Blockade vorhandenen Rechtsbruch zu beseitigen. Er selbst sei nicht zugegen gewesen, habe aber am Fernsehen gesehen, dass die Leute sassen und einzeln weggetragen wurden. Die SVP hat ein wenig Mühe mit Regierungsrat Wüthrichs Rolle an der Demonstration vom Dienstag. Man ist der Meinung, er habe das Kollegialitätsprinzip verletzt, denn dabei wurde ein Transparent mit der Aufschrift "Pegoraro weg" oder "Pegoraro absetzen" mitgetragen. Die Linke habe dann gesagt, Urs Wüthrich sei in seiner Freizeit und als Privatperson an der Demonstration gewesen. Dazu Karl Willimann: Regierungsrat Urs Wüthrich ist in so einer Funktion eine öffentliche Person. Es sei etwas anderes, ob er mit seinem Hund im Wald spazieren geht oder an einer Demo teilnimmt, welche im Prinzip gegen ein Regierungsratsmitglied oder die Regierung gerichtet ist. Allerdings sei ihm positiv zu verdanken, dass er anschliessend mit Rudolf Gysin eine Einigung erreichen konnte.

**Georges Thüring** schliesst sich dem Lob über die gute Polizeiarbeit an. Heute werde ja auch von Geld geredet. Seine Anfrage an die Polizeichefin lautet, wer das bezahlen soll. Ist man auch gewillt, diejenigen, welche die Kosten verursacht haben, haftbar zu machen?

**Peter Zwick** und die CVP-/EVP-Fraktion finden die Hergänge in Reinach bedauerlich. Es sei aber auch bedauerlich, dass es zur Eskalation gekommen ist. Vielleicht müssten sich die Streikenden diesbezüglich selbst ein wenig an der Nase nehmen. Das Streikrecht anerkennt man als legitimes Mittel für die Arbeitnehmer, sich zu wehren. Es gebe aber auch ein Recht auf Arbeit (Einwürfe von links) für diejenigen, die arbeiten wollen. Dabei gehe es speziell darum – und damit spricht er speziell die linke

Seite an – dass diejenigen, welche in benachbarten Firmen angestellt sind, auch zur Arbeit gehen können und nicht über den Gartenzaun klettern müssen, um in ihre Unternehmen zu gelangen. Dass dies passiert ist, findet er bedauerlich. In Bezug auf Urs Wüthrichs Teilnahme an der Demonstration schliesst sich die CVP-/EVP-Fraktion der Meinung Karl Willimanns an. Man verdankt aber ebenfalls seinen Einsatz für eine Einigung.

Regierungsrätin **Sabine Pegoraro** nimmt zu den drei Fragen Stellung:

*Zu Esther Maags Frage:* Der Grossteil der der Polizei bekannten anwesenden Chaoten war als sehr gewalttätig bekannt aus früheren Anlässen.

*Zu Ursula Jäggis Frage:* Der Regierungsrätin ist nichts von Granatwerfern bekannt. Solche kamen nicht zum Einsatz.

Die *Frage von Georges Thüring* kann Sabine Pegoraro im jetzigen Moment nicht beantworten.

Keine weiteren Wortmeldungen.

://: Damit ist Frage 5 beantwortet, die Fragestunde beendet und die dringliche Interpellation 2003/310 ebenfalls beantwortet.

*Für das Protokoll:*  
*Brigitta Laube, Landeskanzlei*

\*

Nr. 299

#### 4 2003/230

**Berichte des Regierungsrates vom 16. September 2003 und der Finanzkommission vom 27. November 2003: Budget 2004**

#### 5 2003/230/ 01-42

**Berichte des Regierungsrates vom 11. November 2003 und der Finanzkommission vom 27. November 2003: Parlamentarische Anträge zum Budget 2004**

#### 6 2003/218

**Motion von Margrit Blatter vom 18. September 2003: Kürzung der Waldbewirtschaftungsbeiträge**

### *Fortsetzung der Budgetdebatte*

**Jörg Krähenbühl** gibt eine Fraktionserklärung ab und stellt einen Rückkommensantrag auf das letztbehandelte Geschäft. Die SVP-Fraktion war bis anhin der Auffassung, dass das Budget im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen erstellt wird, dass also im vorliegenden Fall die im Bildungsgesetz verankerten Verpflichtungen auch budgetiert sind und der Kanton ihnen nachkommen muss. Nach der sehr kontrovers verlaufenen Debatte sei nun noch schnell über etwas abgestimmt worden, worüber man gar nicht hätte abstimmen müssen, meint er. Mit der Zustimmung zum Postulat 2003/230-21 von Florence Brenzikofer habe man das Budget der BKSD um rund eine Million Franken erhöht.

Viele, welche diesem Antrag zustimmten, seien der Auffassung gewesen, nur mit dieser Zustimmung erhielten die Leute, welche ihre Kinder in Privatschulen schicken, den Beitrag ausgerichtet. Im Verlauf der Debatte musste man aber erfahren, dass dies nicht der Fall ist, sondern dass es bereits klar im Gesetz geregelt ist – unabhängig vom Budgetantrag Brenzikofer. Man habe keinesfalls das Budget der BKSD um eine Million erhöhen wollen. Er bittet das Ratskollegium im Namen der SVP-Fraktion, seinem Antrag zuzustimmen. Er bedankt sich bei Florence Brenzikofer, dass sie diese Diskussion in Gang gebracht hat, aber man dürfe nicht so über ein Budget befinden, welches im Prinzip die Gesamtregierung abgesegnet hat, das sich aber nicht im Rahmen der gesetzlichen Vorlagen bewegt.

**Paul Schär** bestätigt, dass auch die FDP-Fraktion mit gemischten Gefühlen die Mittagspause antrat; man habe sich in der Zwischenzeit eingehend darüber unterhalten. Auch in seiner Fraktion sei die Verwirrung gross gewesen. Paul Schärs Frage, ob die Eltern die Entschädigung von Fr. 2'000.-- unabhängig von Florence Brenzikofer's Vorstoss erhalten – ein Punkt, welchen Eugen Tanner mit Recht eingebracht hatte – war letztlich unbeantwortet geblieben. Man unterstützt den Rückkommensantrag mit der Begründung: *ja* zum Beitrag von Fr. 2'000, aber innerhalb des Voranschlags (Gemurmel im Saal).

**Isaac Reber** ist der Meinung, dass alle Fakten auf dem Tisch lagen vor der Mittagspause, der Sachverhalt wurde

behandelt. Auch habe Eugen Tanner aus der betreffenden Gesetzesbestimmung vorgelesen. Allen sei klar gewesen, worum es geht. Es bestehe jetzt kein neuer Sachverhalt also sieht er nicht ein, warum man auf das lange genug behandelte Geschäft zurückkommen soll.

**Thomi Jourdan** bedauert das traurige Hickhack ums Budget, man fühle sich aber einmal mehr bestätigt. Von der Sache her hat man den Privatschulen zugestimmt. Was die Dynamik und Struktur des Budgets der BKSD anbelangt, habe man schon zuvor seine Unzufriedenheit darüber verlauten lassen. In der CVP-/EVP-Fraktion sei eine ähnliche Unsicherheit eingetreten. Die Fraktion spricht sich für den Rückkommensantrag aus. Dabei möchte man betonen, dass es nicht um die Privatschulen geht, sondern um die Art und Weise, wie budgetiert wurde, und dass hier auf eine komische Weise gewisse Sachen am Parlament vorbei hätten durchgebracht werden sollen. Die CVP-/EVP-Fraktion steht zu den Privatschulen und ist froh, dass sie gesichert sein werden, unabhängig davon, was jetzt mit dem Rückkommensantrag passiert.

**Eric Nussbaumer**: Wenn der Sachverhalt wirklich allen klar ist, so war heute Morgen auch die Frage klar, welche lautet: Will das Parlament, dass die Fr. 2'000 weiterhin ausbezahlt werden oder nicht? Die Landräte und Landrätinnen wurden namentlich gefragt. Und selbstverständlich wird dies Kosten verursachen, wenn es bis jetzt nicht im Budget eingestellt war. Auch er bedauert das Hickhack, bei welchem nun auch die EVP/CVP mitmache. Hätte man beispielsweise am Morgen das Gesetz so schnell als möglich ändern wollen, weil man dies nicht mehr wünscht, so hätte man auch gleich das Signal geben können. Man solle dieses "Spielchen" nicht mitmachen und nicht der SVP folgen.

Es wurde beschlossen, den Betrag auszubezahlen und somit müsse der Betrag ins Budget. Er plädiert für Ablehnung des Rückkommensantrags.

**Florence Brenzikofer** geht es in erster Linie darum sicherzustellen, dass ab 2004 die Beiträge für Privatschulen weiterhin an Eltern, vor allem auch mit mehr als einem Kind, bezahlt werden. Gerade dahinter müsse sie aber ein grosses Fragezeichen setzen.

Kommissionspräsident **Marc Joset** rekapituliert, dass sich die Mehrheit grundsätzlich für die Beibehaltung des Beitrags ausgesprochen hat bis zur allfälligen Diskussion über eine Gesetzesänderung. Nun fehlt das Geld im Budget. Wer also für den Beitrag an die Privatschulen gestimmt hat, müsse dafür sorgen, dass er wieder ins Budget gelangt. Warum das Geld nicht im Budget ist, habe Urs Wüthrich in seiner Erklärung ausgeführt und sich auch entschuldigt. Stimme man jetzt dem Antrag nicht zu, so nehme man bereits heute einen Fehlbetrag in der nächsten Rechnung in Kauf.

**Eugen Tanner** erklärt an die Adresse von Florence Brenzikofer, die Rechtsgrundlage sei klar: Die Fr. 2'000 müssen aufgrund der gesetzlichen Grundlagen durch den Kanton ausbezahlt werden. Wolle man dies nicht mehr, so

muss die Regierung eine entsprechende Vorlage ausarbeiten, welche besagt, dass man die Fr. 2'000 nicht mehr auszahlen will oder dass sie jemand anders übernimmt. Dann ergäbe sich eine neue Situation.

**Dieter Völlmin** widerspricht Eric Nussbaumer. Aufgrund der gesetzlichen Bestimmung, welche leider und sehr unprofessionell erst am Schluss des Budgetprozesses hier im Plenum bekannt wurde, habe sich bei allen geklärt, dass – unabhängig davon, was man betreffend Antrag Brenzikofer beschliesst – die Fr. 2'000 bezahlt werden müssen, da es sich um einen klaren gesetzlichen Anspruch handle. Nun habe man einfach den Gesamtbetrag der BKSD um eine Million hinaufgefahren. Ein Teil der Landräte und Landrätinnen habe dies zwar gewollt, ein grosser Teil der Zustimmenden aber nicht. Diese hätten in der Meinung zugestimmt, dass nur dadurch die Beiträge an die Privatschulen ausbezahlt werden. Und dies sei der Irrtum gewesen. Mit dem Rückweisungsantrag will man sicherstellen, dass der Wille der Landratsmitglieder zu dieser Position unverfälscht zum Ausdruck kommt. Die Abstimmung müsse wiederholt werden; sie sei nicht korrekt gewesen.

Regierungsrat **Adrian Ballmer** zum Budgetrecht: Er bestätigt Dieter Völlmins Votum. Wenn es im Gesetz steht, was Eugen Tanner offenbar nachgelesen hat – er selbst habe es nicht nachgelesen – so handle es sich um eine gebundene Ausgabe, ob sie im Budget stehe oder nicht. Der Unterschied, ob das Budgetpostulat angenommen oder abgelehnt wird, liegt darin, ob der Direktionssaldo erhöht werden soll oder nicht. Bei einer Ablehnung findet die Auszahlung statt, aber innerhalb des Budgetsaldos. Nehme man aber das Budgetpostulat an, so werde der Saldo entsprechend aufgestockt (Unruhe im Saal).

**Urs Hintermann** schickt voraus, dass er selbst gegen die Beiträge für Privatschulen ist. Wolle man nun diesbezüglich eine Änderung, so müsse man das Gesetz ändern. So lange das Gesetz aber die Beiträge vorschreibe, gehöre auch der Betrag ins Budget, oder man müsse als verantwortliche Behörde sagen, wo das Geld (die Million) eingespart werden soll. Man könne nicht einfach sagen, der Saldo muss gleich bleiben.

**Madeleine Göschke-Chiquet** ist der Meinung, man müsse im Klartext reden: Im Parlament beschliesse man nun, diese Million nicht zusätzlich zu bewilligen. Dies bedeute, dass die Million für Privatschulen ausgegeben werden muss, der Bildungsdirektor anschliessend aber die Aufgabe hat, dies irgendwo anders einzusparen (die Unruhe im Saal wächst).

Wir haben kein Globalbudget, lässt sich **Daniel Münger** verlauten. Es handle sich um eine gebundene Ausgabe, welche budgetiert werden soll/muss. Jetzt aber gehe man vor, als ob es sich um ein Globalbudget der Direktion handle. Das gehe nicht an.

**Hildy Haas** dagegen ist der Ansicht, man könne nicht etwas, was eigentlich im ordentlichen Budget ist, als Sparmassnahme deklarieren und es nachträglich einfach

durch ein Budgetpostulat wieder hereinholen, so dass der Saldo schliesslich um eine Million höher ist.

**Marc Joset** informiert, dass man genau dieselbe Diskussion auch in der Finanzkommission geführt hat. Man wusste, dass eine Gesetzesänderung notwendig wäre, man wusste, dass der Betrag im Budget fehlt. Mit einer – allerdings knappen – Mehrheit entschied man, den Betrag wieder im Budget einzustellen. Bei anderen Budgetanträgen, welche noch kommen werden, wurden bewusst entsprechende Kompensationen verlangt. Hier aber wollte man den Betrag zusätzlich. Der Kommissionspräsident sowie die knappe Mehrheit der FIK ist nämlich der Auffassung, der Ball könne jetzt nicht einfach wieder zurück gespielt werden, was Einsparungen irgendwo anders zur Folge hätte. Er findet es ein wenig leuchtfertig, nicht genau zu deklarieren, an welcher Stelle nun genau gespart werden soll. Erst werde um wenige hunderttausend Franken diskutiert und nun müsse plötzlich eine Million "irgendwo" gespart werden, weil man jetzt nicht die Gelegenheit ergreife, diese Million zu bewilligen.

**Hanspeter Frey** wundert sich nun schon ein wenig darüber, dass im Bericht der Finanzkommission kein Wort darüber steht, dass diese Diskussion stattfand. Wollte man dies bewusst neben dem Landrat "durchtrippeln"? fragt er. Heute Morgen stellte er Regierungsrat Urs Wüthrich die Frage, ob das in dem Direktionssaldo von Fr. 639'000 Mio. nicht Platz habe, woraufhin er die lapidare Antwort bekommen habe: "Soll ich nur Fr. 89 Mio. anstatt Fr. 90 Mio. an die Universität Basel schicken?" Wenn das Transparenz sei, so gebe es ihm zu denken. Er ist daher der Meinung, die Million sollte in diesem Fall tatsächlich noch im Direktionssaldo Platz finden.

Es wäre seines Erachtens ein klarer Auftrag der FIK gewesen, darauf hinzuweisen, damit auch die Mitglieder gewusst hätten, dass sie um Fr. 948'000.-- erhöhen müssen. So gehe es natürlich nicht.

**Hanspeter Ryser** lässt über den Rückkommensantrag abstimmen. Dazu wird das einfache Mehr benötigt.

://: Der Landrat stimmt mit 44 : 28 Stimmen dem Rückkommensantrag von Jörg Krähenbühl zu.

*Für das Protokoll:*  
*Brigitta Laube, Landeskanzlei*

://: Der Landrat lehnt den Budgetantrag 2003/230-21 betreffend Beiträge an private Schulen und Kurse mit 31:48 Stimmen ab.

*Dem Antrag zugestimmt haben:*  
Simone Abt, Heinz Aebi, Kaspar Birkhäuser, Ruedi Brassel, Florence Brenzikofer, Eva Chappuis, Jürg Degen, Madeleine Göschke, Jacqueline Halder, Andreas Helfenstein, Urs Hintermann, Hanni Huggel, Ursula Jäggi, Hans Jermann, Marc Joset, Peter Küng, Esther Maag, Annemarie Marbet, Regula Meschberger, Etienne Morel, Daniel



Münger, Eric Nussbaumer, Isaac Reber, Christoph Rudin, Martin Rüegg, Elsbeth Schmied, Agathe Schuler, Hannes Schweizer, Jacqueline Simonet, Sabine Stöcklin, Jürg Wiedemann

*Den Antrag abgelehnt haben:*

Romy Anderegg, Elisabeth Augstburger, Rita Bachmann, Margrit Blatter, Daniele Ceccarelli, Ivo Corvini, Thomas de Courten, Hanspeter Frey, Fredy Gerber, Willi Grollimund, Eva Gutzwiller, Hildy Haas, Gerhard Hasler, Urs Hess, Peter Holinger, Paul Jordi, Thomi Jourdan, Rudolf Keller, Jörg Krähenbühl, Urs Kunz, Sylvia Liechti, Christine Mangold, Dieter Musfeld, Juliana Nufer, Rolf Richterich, Hans-Jürgen Ringgenberg, Werner Rufi, Hanspeter Ryser, Paul Schär, Dieter Schenk, Daniela Schneeberger, Elisabeth Schneider, Thomas Schulte, Bruno Steiger, Christian Steiner, Dominik Straumann, Eugen Tanner, Georges Thüring, Judith Van der Merwe, Dieter Völlmin, Helen Wegmüller, Daniel Wenk, Karl Willimann, Hansruedi Wirz, Hans-Peter Wullschleger, Iris Zihlmann, Matthias Zoller, Peter Zwick

## 2527 Sekundarschulen

### Budgetantrag 2003/230-22

Antrag von Eva Chappuis zu Konto 302.70 betreffend Schulsozialarbeit

**Hanspeter Ryser** erklärt, dass sowohl der Regierungsrat als auch die Finanzkommission diesen Antrag ablehnen.

**Eva Chappuis** führt aus, die Schulsozialarbeit, ein Bestandteil des Bildungsgesetzes, werde vom Kanton als Schulträger an der Sekundarschule und auf der Sekundarstufe II gewährleistet. Dass Schulsozialarbeit nur dort stattfindet, wo die Gemeinden diesen Dienst bereits aufgezogen und bis zum 1. August 2003 finanziert haben, bedeute eine Nicht-Umsetzung des Bildungsgesetzes. In elf Schulkreisen werde es weiterhin Schulsozialarbeit geben, teilweise voll ausgebaut und zum Teil mit einem weit geringeren Pensum. Acht Schulkreise sollen 2004 ohne jegliche Schulsozialarbeit auskommen. Eine Erhöhung des Budgets um CHF 600'000 würde ermöglichen, in allen Sekundarschulkreisen ein Minimalpensum von 40% zu gewähren und so die Schulsozialarbeit zu starten und diese in den kommenden Jahren auszubauen. Nach Bewilligung der CHF 600'000 würden insgesamt CHF 1.8 Mio. eingesetzt. In der Vorlage zum Bildungsgesetz war diese Aufgabe mit CHF 2.3 Mio. beziffert. Demnach handle es sich noch nicht um einen Vollausbau und es werde immer noch gespart. Diejenigen Standortgemeinden, welche im Hinblick auf das Bildungsgesetz zugewartet und nicht noch ein eigenes Konzept umgesetzt haben, hätten das Nachsehen, denn diese würden ohne die beantragte Budgeterhöhung leer ausgehen. So könne mit Schulkreisen und Gemeinden nicht umgegangen werden. Eva Chappuis bittet mit dem Hinweis, dass alle Schulen Schulsozialarbeit brauchen und die Erfahrungen mit dieser Schulsozialarbeit durchwegs positiv sind, den Schulen diese Umsetzungshilfe des Bildungsgesetzes, welche sie bitter nötig hätten, zu gönnen. Die Schulen erhielten ansonsten gar keine zusätzlichen Mittel.

**Jürg Wiedemann** führt aus, dass immer mehr Schülerinnen und Schüler Probleme haben und dadurch dem Unterricht nicht mehr folgen können. Daraus resultiere ein starker Leistungsabbau und nicht selten müssten solche Schülerinnen und Schüler die Klasse/die Schule verlassen und in ein tieferes Niveau wechseln. Die Probleme können vielschichtig sein: z.B. Mobbing in einer Schulklassen, eine Lernblockade, Missbrauch einer Schülerin oder ausser-schulische Probleme wie eine Todesfall in der Familie oder eine Scheidung. Die Lehrerinnen und Lehrer, welche in erster Linie die Aufgabe haben, Fachunterricht zu leisten, seien bei der Lösung solcher Probleme meistens überfordert. Die Schulsozialdienste jedoch leisteten gute und professionelle Arbeit und seien auch in der Lage, sehr schnell zu helfen. Beim Schulpsychologischen Dienst sei eine Anmeldung nötig und die Wartezeit betrage meist ein halbes Jahr. Zudem sei die Hemmschwelle, die Schulsozialarbeit zu beanspruchen, bei den Schülerinnen und Schülern sehr viel tiefer. Nicht selten könnten Schülerinnen und Schüler dank der Hilfe der Schulsozialarbeit in der Klasse getragen werden und müssten nicht repetieren. Dies habe zwei wesentliche Vorteile. Einerseits könne die meist psychisch belastende Repetition verhindert werden. Andererseits spare der Kanton Kosten. Die Einsparung der beantragten CHF 600'000 sei letztlich keine Sparmassnahme, wenn man berücksichtige, dass das Repetieren ebenfalls Geld kostet. Müssen nur schon zwei überfüllte Klassen infolge des Hinzukommens von Repetentinnen oder Repetenten geteilt werden, seien diese CHF 600'000 fast vollständig aufgebraucht.

Wie Eva Chappuis bereits sagte, haben nur 11 der Schulkreise einen Schulsozialdienst. Bei den übrigen bestehe diesbezüglich eine echte Lücke, was dazu führen könne, dass Probleme dieser Kinder nicht gelöst werden können.

Die Grüne Fraktion befürwortet diesen Budgetantrag einstimmig. Die Lücke soll zum Wohl der Kinder, welche Probleme haben, mit diesen CHF 600'000 geschlossen werden.

**Hanspeter Ryser** begrüsst auf der Tribüne die Gewerbeschule Liestal mit dem Lehrer Herr Schürch.

**Juliana Nufer** erklärt, dass die FDP-Fraktion der Regierung folgt und die Lösung begrüsst, dieses Gesamtproblem innerhalb des Direktionssaldos zu lösen. In der Finanzkommission sei klar gesagt worden, dass ein einjähriger Aufschub kein Problem darstellen sollte. Die FDP-Fraktion ist der Ansicht, dass der Schulsozialdienst wichtig ist, allerdings gezielt und koordiniert eingesetzt werden muss. Sie sind dezidiert dagegen, dass jede Schule für sich einen eignen Sozialarbeiter, eine eigene Sozialarbeiterin beansprucht.

**Hildy Haas** verweist auf ihr Eintretensvotum, wo sie sagte, die SVP wolle das Budget verbessern. Da RR Urs Wüthrich diese Sparmassnahme selbst vorgeschlagen habe und er offenbar der Meinung sei, dass das tragbar sei, wolle die SVP-Fraktion diesen Sparwillen nicht unterlaufen. Die SVP-Fraktion lehnt den Budgetantrag ab.

Als Ratsneuling erscheint es **Jürg Degen** etwas widersprüchlich, dass der Landrat das neue Bildungsgesetz und damit die Einführung der Schulsozialarbeit zwar beschlossen hat, es nun aber, wo es um die Kostenwahrheit geht, welche beschlossen und auch dem Volk verkauft wurde, heisst, das Geld werde nicht zur Verfügung gestellt. Habe man A gesagt, müsse man nun auch B sagen.

Zuvor sei gesagt worden, was an Beiträgen im Gesetz vorgesehen sei, müsse bezahlt werden. Beim nun vorliegenden Antrag, soll nicht bezahlt werden. Diese beiden Punkte gehen für ihn nicht auf. Nachdem er auch von der FDP-Seite gehört hat, die Schulsozialarbeit sei wichtig, kann er nicht einsehen, dass man nun nicht auch das Geld dafür sprechen kann.

**Isaac Reber** erinnert daran, dass der Landrat vor wenigen Wochen dem Vorstoss "Die Schule muss ein drogenfreier Raum werden" zugestimmt hat. Die Schulverantwortlichen sind nun dazu angehalten, dafür zu sorgen, dass die Schulareale zu drogenfreien Räumen werden. Um das zu erreichen – die einzigen drogenfreien Räume in der Schweiz – brauchen die Verantwortlichen Unterstützung, welche der Landrat ihnen konsequenterweise gewähren müsste.

Im Sissacher Gemeinderat war er Departementsverantwortlicher für soziale Wohlfahrt. Die Gemeinde richtete freiwillig einen Schulsozialdienst ein, welcher auch unter der bürgerlichen Nachfolge weitergeführt wurde, weil dieser Schulsozialdienst notwendig und wertvoll ist. Sie machten sehr gute Erfahrungen damit. Ein Schulsozialdienst diene der Schule, sei gut für die Eltern, sei eine Anlaufstelle für die Schülerschaft und entlaste die Behörden.

Es liege im Interesse aller, solch einen Dienst rasch einzuführen. Er bittet, dem Postulat zuzustimmen und die eingangs erwähnte Unterstützung zu gewähren.

**Eugen Tanner** erwidert auf das Votum von Jürg Degen, dass im Bildungsgesetz nicht verankert ist, wie viele Schulsozialarbeiter der Kanton einstellen muss. Dem Kanton wird diese Aufgabe neu zugeteilt, weshalb das in der EKK thematisiert wurde. Im Rahmen dieser Diskussion habe sich auch Peter Schmid dämpfend geäußert, man könne nicht davon ausgehen, dass am 1. August 2003 die einzelnen Sekundarschulen bereits mit einem Schulsozialarbeiter "ausgerüstet" seien. Er fordert auf, diesen Aufbau nun sukzessive anzugehen, da die Mittel nicht vorhanden sind.

**Thomi Jourdan** spricht als Einzelsprecher. Er stimmt Isaac Reber zu, man könne nicht einerseits verlangen, die Prävention an den Schulen zu verstärken, und andererseits gleichzeitig gegen diese Form von Sozialarbeit sein. Er stellt fest, dass Schulsozialarbeit ein sehr neues und in dem Sinn auch ein sehr unbekanntes Gebiet ist. Es sei Kern und Idee der Schulsozialarbeit, sehr nah, konstant und niederschwellig bei der Basis zu sein. Dies bedeute nicht, dass es sich zwingend um eine 100%-Stelle handeln müsse, sondern dies könne auch in einem klar definierten

40%-Pensum geleistet werden. Erhalte aber nicht jede Schule einen Schulsozialarbeitenden, handle es sich nicht um Schulsozialarbeit sondern eher um einen Schulpsychologischen Dienst. Man müsste sich dann überlegen, ob nicht dieser aufzustocken und auf die Schulsozialarbeit zu verzichten wäre. Er kann der Idee Schulsozialarbeit sehr viel abgewinnen und findet es schade, dass diese im laufenden Budget nicht enthalten ist. Er nimmt zur Kenntnis, dass einmal mehr der Weg über das Postulat gewählt werden muss. In der Sache sei die Schulsozialarbeit jedoch unbestritten notwendig.

**RR Urs Wüthrich** erinnert an seine eingangs gemachten generellen Bemerkungen. Es sei wohl niemand anwesend, der ernsthaft den Nutzen und den Wert der Schulsozialarbeit bestreite. Und es stelle auch niemand in Frage, dass im neuen Bildungsgesetz dieser gesetzliche Auftrag klar gegeben ist. Es ist auch eine Tatsache, dass in verschiedenen Gemeinden Konzeptarbeit geleistet wurde und Grundlagen vorhanden sind. All dies ändere jedoch nichts an der Tatsache, dass die finanzielle Lage den Kanton zwingt, die Umsetzung der Schulsozialarbeit zeitlich zu staffeln. Der Anspruch auf eine flächendeckende Einrichtung einer Schulsozialarbeit kann und will die Regierung schrittweise einlösen und es scheint dem Regierungsrat zweckmässig, die einzelnen Ausbauschritte finanziell abzusichern und ein konsolidiertes Projekt zu haben; er zieht ein langsames Tempo einem Zickzackkurs vor. Aus diesen Gründen stellt der Regierungsrat den Antrag, die beantragte Budgeterhöhung abzulehnen.

://: Der Budgetantrag 2003/230-22 wird mit 35:40 Stimmen abgelehnt.

### **Budgetantrag 2003/230-23**

Antrag von Regula Meschberger zu Konto 317.50 (Schulveranstaltungen) betreffend Beiträge des Kantons an Lager und Projektwochen in den Sekundarschulen

**Regula Meschberger** führt aus, die Durchführung von Lagern, Projekten usw. sei eine wichtige Aufgabe in den Schulen. In einem Lager sei es möglich, das soziale Klassengefüge zu verändern und Kinder und Jugendliche dazu zu bringen, ihr eigenes Sozialverhalten zu überprüfen und zu reflektieren. Dadurch werde u.a. auch die Lernbereitschaft erhöht (ein nicht unwesentlicher Punkt im Hinblick auf die PISA-Studie). Überdies sind die Lager im Lehrplan der Sekundarschulen enthalten.

Momentan leisten einzelne Gemeinden bei den Sekundarschulen freiwillig Lagerbeiträge. Es gibt im Kanton viele Eltern mit niedrigem Einkommen und solche mit mehreren schulpflichtigen Kindern. Für diese seien solche Kosten finanziell fast nicht verkraftbar, weshalb diese finanziellen Beiträge wichtig seien. In anderen Gemeinden werden keine solchen Lagerbeiträge geleistet. Dies bedeute klar eine nicht gerechtfertigte Ungleichbehandlung der Eltern von Kindern, welche alle dieselbe Schule, die Sekundarschule – eine Kantonsschule – besuchen. Regula Meschberger bittet deshalb um Zustimmung zum Budget-

antrag.

**Kaspar Birkhäuser** ergänzt, dass es bei diesem Antrag nicht nur um Lager sondern auch um Projekt- und Kurswochen geht. Wie bereits Isaac Reber zuvor erinnert auch er daran, dass der Landrat im November einer verstärkten Bekämpfung der Jugendkriminalität und des Drogenkonsums zugestimmt hat, dies mit dem Akzent auf der Repression. In der Debatte versicherten viele Landrätinnen und Landräte, dass ihnen in diesem Zusammenhang auch die Prävention wichtig sei. In der Präventionsarbeit seien nun gerade solche Lager-, Projekt- und Kurswochen ganz zentral. Mit dieser Arbeit werde nicht nur persönlichen Problemen junger Erwachsener vorgebeugt, sondern diese helfe auch Folgekosten im Sozialbereich in den Gemeinden zu vermeiden. Wer im November zu den Vorstössen betreffend die Jugendkriminalität und drogenfreie Schulen Ja gesagt habe, sollte, sofern er oder sie glaubwürdig bleiben wolle, auch der Weiterführung der kantonalen Beiträge an die schulische Präventionsarbeit zustimmen.

**Hildy Haas** führt aus, der Vorschlag von Regula Meschberger sei auf den ersten Blick bestechend: Früher sei die Gemeinde zuständig gewesen und habe die Schulbeiträge bezahlt und nun sei der Kanton Schulträger, weshalb er Schulbeiträge bezahlen müsste. Sie weist darauf hin, dass diese Beiträge immer freiwillig ausgerichtet wurden und niemand verpflichtet werden kann, freiwillige Beiträge auszurichten. In Anbetracht dessen, dass der Kanton sparen muss, sollte auf diese Beiträge verzichtet werden. Teile man zudem den beantragten Betrag von CHF 250'000 durch alle Klassen, erkenne man, dass es sich gar nicht um riesige Beträge handle. Die Klassen hätten zudem durch z.B. Papiersammlungen oder Veranstalten eines Bazars die Möglichkeit, selber etwas für die Klassenkasse zu verdienen. Dies sei ebenfalls gute Drogenprävention und helfe dem "Wir-Gefühl" der Klasse.

Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

**Juliana Nufer** erklärt, dass die FDP-Fraktion der Regierung folgt und das Postulat ablehnt. Grundsätzlich anerkennen sie die Notwendigkeit der Förderung des "Wir-Gefühls" in den Schullagern. Die Schullager seien dafür auch gut geeignet. Wie bereits ihre Vorrednerin erwähnt habe, gebe es jedoch auch andere Möglichkeiten, diese "Wir-Gefühl" zu fördern. Man könne z.B. gemeinsam einen Bach putzen.

Die FDP-Fraktion geht aber auch davon aus, dass die Regierung innerhalb ihres Direktionssaldos einen Posten finden und einen Geldbetrag zur Verfügung stellen würde.

**Paul Schär** stimmt Kaspar Birkhäuser zu. Er gibt jedoch zu bedenken, das CHF 250'000 geteilt durch 86 nicht einmal ganz CHF 3'000 ergibt. Pro Gemeinde gäbe es also je nachdem CHF 500 oder 1000. Er erklärt, man müsse die Relationen behalten. Dies auch insofern, als dass wohl jede Gemeinde dieses Bedürfnis abdecke. Andererseits ist Paul Schär überzeugt, dass dieser Betrag im Riesenpaket von CHF 300 oder 400 Mio. nirgends weh tut.

**Regula Meschberger** erwidert auf das Votum von Hildy Haas, es gebe wohl keine Klasse im Kanton, welche nicht mit papiersammeln usw. dazu beitrage, dass die Lagerkosten sinken. Aber das so verdiente Geld reiche alleine nicht aus.

**Elisabeth Schneider** glaubt nicht, dass die Gemeinden bereit sind, diese Lagerkosten zu übernehmen. Die Diskussionen in den Gemeinden seien gelaufen. Die Gemeinden hätten diesbezüglich ihre beiden Kontenkreise seit dem neuen Bildungsgesetz geschlossen und würden hier keine Beiträge mehr übernehmen.

**Kaspar Birkhäuser** antwortet Hildy Haas und Paul Schär, dass die Lagerbeiträge alleine nicht genügten. Es seien kleine Beiträge, aber es seien Beiträge. Die Palette von selber Geld verdienen mit z.B. Papier sammeln, Gemeindebeiträgen, Elternbeiträgen und dem Kantonsbeitrag helfe, diese Lager-, Projekt- und Kurswochen zu realisieren. Einer nach dem anderen ziehe sich nun aus Spargründen aus dieser Palette zurück und am Ende bleibe es an den Schulen und den Eltern hängen, welche das Nachsehen hätten.

**Eva Chappuis** erklärt, diese CHF 250'000 könnten nicht auf die Gemeinden heruntergebrochen werden, da es nicht um Gemeinden sondern um Sekundarschulkreise gehe. Zum Teil seien diese bisher von Gemeinden mitfinanziert worden, was nun, wie Elisabeth Schneider gesagt habe, nicht mehr der Fall sei. Pro Schulkreis handle es sich immerhin um CHF 13'000. Ein Sekundarschuljahrgang habe momentan rund 2000 Köpfe; es seien also etwa 10'000 SchülerInnen. Eva Chappuis erklärt, es sei ein kleiner Betrag, es gingen nicht alle jedes Jahr in ein Lager und das Geld müsse nicht nach dem Giesskannenprinzip verteilt, sondern könne gezielt eingesetzt werden. Diese Beiträge würden gebraucht, wenn nicht die sozial Schwächsten jedes Mal zur Sozialhilfe geschickt werden sollen, um sich dort ihre Lagerbeiträge genehmigen zu lassen.

**Bruno Steiger** berichtet, dass die Schulen in Allschwil regelmässig eingespannt werden, um Altpapier zu sammeln. So komme ein beachtlicher Betrag zusammen, so dass die grössten Auslagen einer Projektwoche gedeckt seien. Eltern wüssten, dass man mit Kindern eine Verantwortung habe und dass Kinder finanziell keine Bereicherung seien. Man dürfe klar auch einen Zustupf von den Eltern erwarten. Bruno Steiger sieht deshalb keinen Bedarf für den gestellten Budgetantrag. Die Kinder sollten lernen, von wo das Geld kommt. Finanziere der Staat alles vorbehaltlos, ohne eine Gegenleistung zu verlangen, sei das pädagogisch auch unsinnig. In dem Sinn möchte er ein solches Postulat nicht überweisen.

Kommissionspräsident **Marc Joset** hat dem Votum der FDP-Fraktion entnommen, dass diese den Antrag zwar ablehnt, dies aber nicht eine Ablehnung des Lagerbeitrages an sich bedeutet, sondern dass die BKSD nach einer Kompensationsmöglichkeit sucht. Demnach würde ein Nein für die FDP-Fraktion bedeuten, dass ein Lagerbeitrag bezahlt werden dürfte, der Saldo jedoch nicht erhöht

würde. Er fragt, ob das so korrekt zusammengefasst ist.

**RR Urs Wüthrich** stellt an die FDP-Fraktion gerichtet klar, dass ein Franken nur einmal ausgegeben werden kann. Werde das Geld bereits für die Privatschulen gebraucht, könne es nicht auch noch für Lager ausgegeben werden. Im Übrigen habe der Landrat einen Anspruch darauf zu wissen, was die Regierung budgetiert und was mit diesem Geld gemacht wird.

Der Regierungsrat lehnt diesen Antrag aufgrund der Überlegung ab, dass der Kanton mit der Neuregelung der Trägerschaft bei den Sekundarschulen Kosten für diejenigen Leistungen und Verpflichtungen übernommen hat, welche im Zusammenhang mit diesem Trägerwechsel abgemacht wurden. Für freiwillige Leistungen gebe es keinen Besitzstand. Und im Interesse der Gleichbehandlung der verschiedenen Schulen müssten wohl auch einheitliche Standards für alle Schulen definiert werden. Die Verständigung auf Beiträge für Lager, Projektwochen usw. könne seiner Meinung nach nicht im Rahmen einer Budgetdebatte erfolgen. Auch hier bedeute jedoch die Ablehnung eines Antrages überhaupt nicht, dass Sinn und Nutzen der Lager bestritten werden, sondern es gehe darum, dass momentan noch keine Rechtsgrundlage für die Erbringung dieser Leistung bestehe und diese zuerst noch vereinbart werden müsse.

://: Der Budgetantrag 2003/230-23 wird abgelehnt.

### **2530 Gymnasium Liestal/ 2531 Gymnasium Münchens- stein / 2532 Gymnasium Muttenz / 2533 Gymnasium Oberwil / 2535 Gymnasium Laufen**

#### **Budgetanträge 2003/230-25 bis 29**

Anträge von Hanni Huggel zu Konto 302.10 (Löhne der Lehrpersonen) betreffend Reduktion der Stundentafel der Gymnasien um eine Lektion Sport und Streichung von Freifächern

#### **Budgetantrag 2003/230-30**

Antrag von Hans-Jürgen Ringgenberg betreffend Reduktion der Sportstundentafel an den Gymnasien von 3 auf 2 Lektionen pro Woche ab dem Schuljahr 2004/05

#### **Budgetantrag 2003/230-31**

Antrag der Parlamentarischen Gruppe Sport des Landrates betreffend Reduktion der Stundentafel der Gymnasien um 1 Lektion der Jahreslektion Sport per 01.08.2004

**Hanni Huggel** bittet den fünf Budgetpostulaten betreffend die dritte Sportstunde an den Gymnasien zuzustimmen.

Wie bekannt sei, habe der Bildungsrat einer Änderung der Stundentafel nicht zugestimmt, was bedeute, dass jede

Gymnasiumsklasse drei Mal in der Woche Sport treiben müsse. Zuvor sei erläutert worden, dass das Geld dann an einer anderen Stelle fehle. Hanni Huggel hat einige Schulleiter gefragt, wie diese sich das vorstellen, wenn zwar der Betrag fehle, die dritte Turnstunde jedoch durchgeführt werden müsse. Anfänglich erhielt sie von den Schulleitern der Gymnasien positive Signale. Diese hätten gesagt, das Schulsystem und das Bildungswesen im Kanton Baselland sei vielfältig und gut und müsse erhalten werden. Sie erklärt, mit dem Sparvorschlag von einer Stunde sei jedoch eine gefährliche Spartendenz eingeleitet, welche man in keiner Art und Weise unterstützen könne. Sparen in der Bildung via Budget, ohne dass das Bildungswesen strukturell überdacht werde, sei einem Kanton, welcher bislang wirklich ein gutes Bildungswesen hatte, unwürdig. Es sei nicht so, dass die Schulleiter jedes Sparvorhaben ablehnen und nicht bereit wären, an Sparmöglichkeiten zu arbeiten. Aber auf die Schnelle, so wie das nun vorgeschlagen sei, gehe es nicht. Von oben diktierte Pensenkürzungen haben Lehrer- und Lehrerinnenentlassungen zur Folge. Auch das passe nicht zu einem fortschrittlichen Bildungskanton.

Hanni Huggel appelliert an alle Landrätinnen und Landräte, da alle in ihren Parteien und in ihren Wahlprospekten immer wieder betont haben, dass an der Bildung nicht gespart werden dürfe. Folge man dem Vorschlag der Regierung und der Finanzkommission und lehne die Budgetanträge ab, fehle eine gewisse Glaubwürdigkeit dieses Parlaments.

Als die Gymnasiastinnen und Gymnasiasten erfuhren, dass sie nur noch zwei Turnstunden haben sollen, gab es zuerst Proteste. Die in der Folge durchgeführte und vorbildlich organisierte Unterschriftensammlung sei für viele Schülerinnen und Schüler ein erstes politisches Engagement gewesen. Diese sollten nun nicht eine Negativerfahrung machen müssen. Es sei an der Zeit, für die Jugend ein Zeichen zu setzen. Es gelte, durch Unterstützung zu zeigen, dass der Landrat die Schülerinnen und Schüler, welche an der gestrigen Sitzung Bälle verteilten, ernst nehme. Sie sollten kein Eigentor schießen, indem sie bei der Jugend sukzessive den Sparhebel ansetzten. Hanni Huggel hofft, dass der Landrat dem Antrag der Parlamentarischen Gruppe Sport, demjenigen von Hans-Jürgen Ringgenberg, ihren Anträgen und nicht zuletzt auch dem Antrag der über 3195 Schülerinnen und Schülern, welche die Petition für eine dritte Sportstunde unterzeichnet haben, zustimmt.

**Hans-Jürgen Ringgenberg** ist für die Beibehaltung der dritten Sportstunde. Diese sei mittlerweile jedoch ein "fait accompli", womit sein Anliegen erfüllt ist. Die dritte Sportstunde muss seines Erachtens im Rahmen des Gesamtbudgets finanziert werden. Das Budget sollte deswegen nicht aufgestockt werden, weshalb er Nein stimmen werde.

://: Der Budgetantrag 2003/230-30 wird vom Antragsteller zurückgezogen.

**Juliana Nufer** kaufte am "Pampers-Turnier" in Laufen Tombola-Lose und gewann dabei ein "Schiedsrichterset".

Als erstes zeigt sie der Regierung die gelbe Karte. Die Parlamentarische Gruppe Sport verstehe nicht, dass ein solch emotionales Thema wie die Streichung einer Sportstunde überhaupt in den Voranschlag komme. Vielleicht habe die neue Regierung nicht realisiert, dass der Kanton bezüglich Sport in einem Glashaus sitze: Der Kanton Baselland nehme gesamtschweizerisch eine Vorreiterrolle in Bezug auf Sportförderung im Breitensport und Leistungssport ein; der Kanton habe erst vor kurzem die Sportklassen eingeführt; der Kanton vergebe jährlich den Sportpreis via Sport-Toto-Fonds; der Kanton betreibe aktive Sportinfrastrukturförderung im KASAK (kantonales Sportanlagenkonzept); der Kanton fördere die Migration von Kindern mit dem Sport; der Kanton unterstütze Präventionsprojekte wie z.B. "Alle inaktiven Personen müssen sich mehr bewegen"; der Kanton habe Roger Federer mit einem grossartigen Fest empfangen. – Die Aufzählung könnte beliebig fortgesetzt werden.

Würde die dritte Sportstunde gestrichen, würden sehr gute SportlehrerInnen ihre Stelle verlieren, was der Parlamentarische Gruppe Sport Sorgen bereite. Denn im Zusammenhang mit der Diskussion um das sportpolitische Konzept wurde beim Turnunterricht an den Unterstufen klar ein wunder Punkt festgestellt. Gerade auch dort sei es wichtig, dass die Kinder gerne, aktiv, spielerisch und richtig Sport treiben. Dies sei nur möglich, wenn die Lehrkräfte im Fach Sport gut ausgebildet sind.

Das Vorhaben, die dritte Sportstunde an den Gymnasien zu streichen, ist auf grosses Unverständnis gestossen. Sollte das Geld nun nicht gesprochen werden, werde der Bildungsrat hin und her gerissen sein, welche Fächer er streichen soll, denn die musischen wie auch die Sportfächer sind nachgewiesenermassen ein Ausgleich zu den kopflastigen Fächern. Als Eltern erwarte man, dass die Kinder in der Schule einen guten Rucksack mitbekommen. Die Kinder sollen aber auch ausgeglichen und nicht aggressiv aus der Schule nach Hause kommen.

Sie betont, die Annahme des Postulats sei nicht ein Freipass für den Bau von Turnhallen. Sollte es durch schülerstrake Jahrgänge Engpässe bei den Turnhallen geben, sollte nach Ansicht der Parlamentarischen Gruppe Sport z.B. von Spätführung bis Frühherbst die Möglichkeit genutzt werden, zwei Mal eine Doppelktion Sport anzubieten, und in der übrigen Zeit, in der die Hallen knapp sind, lediglich eine Doppelktion. So erhalte man im Durchschnitt auch drei Lektionen. Müssten dennoch mehr Sporthallen gebaut werden, sei es wichtig, dass die Behörden mit dem Kanton eine übergreifende Sportstättenplanung verfolge. Mit dem NASAK (nationales Sportanlagenkonzept) und dem KASAK sei hiefür eine Basis gelegt worden. Neu solle nun noch das GESAK (Sportanlagenkonzept der Gemeinden) hinzukommen.

Damit der Bildungsrat, die Regierung, die SportlehrerInnen und die SchülerInnen wieder ruhig ihren Kernaufgaben nachgehen können und die umliegenden Kantone wieder motiviert werden, den Sport und die Bewegung an den Schulen zu unterstützen, wird die Parlamentarische Gruppe Sport den Budgetpostulaten 25–31 zustimmen und

somit das benötigte Geld sprechen.

Für **Willi Grollmunds** sind die vorliegenden Budgetpostulate, nachdem der Bildungsrat die dritte Sportstunde nicht aus dem Lehrplan streicht, hinfällig. Ja zu stimmen, würde bedeuten, das Budget durch die Hintertüre noch einmal um fast eine halbe Million zu erhöhen. Die SVP-Fraktion lehnt die Budgetanträge ab.

Für **Etienne Morel** hätte die Streichung der dritten Sportstunde an den Gymnasien nicht zur Baselbieter Haltung in Sachen Sport gepasst. Er nennt in diesem Zusammenhang das Sportförderungsgesetz und verweist auf die Aufzählung von Juliana Nufer. Zudem wäre die Massnahme auch im Hinblick auf die zunehmende Zahl übergewichtiger Jugendlicher und die grundsätzliche Unterbewegung nicht von Vorteil. Er begrüsst die neuesten Absichten, diese Massnahme nicht umzusetzen. Er fordert den Landrat auf, den Glauben an die Fruchtbarkeit von Investitionen in das Bildungssystem nicht zu verlieren. In dem Sinn spricht er auch im Hinblick auf das nächste Postulat.

Die Ablehnung des vorliegenden Antrages hätte zur Folge, dass in einem anderen Bereich des Bildungswesens gespart werden würde. Etwas Wertvolles aber koste und in schwierigen Zeiten koste es mehr. Es koste so viel, dass es sogar Luxus zu sein scheine. Qualitativ hochstehende Bildung sei aber kein Luxus. Investitionen in die Bildung seien bei den heutigen Aufgaben, welche den Schulen delegiert würden, für die Bewältigung von sozialen und gesundheitlichen Problemen unabdingbar. Er bittet um Zustimmung zu diesem Antrag einer Saldoerhöhung.

**Hanni Huggel** erwidert auf das Votum von Hans-Jürgen Ringgenberg, dass es sich nicht um ein Globalbudget handelt. Es könnten nicht laufend die vorgeschriebenen Aufgaben mit demselben Budget erfüllt werden. Es seien leere Worthülsen, wenn man behaupte, an der Bildung nicht sparen zu wollen, gleichzeitig aber nichts zahlen wolle.

**Isaac Reber**, welcher dank dem Sport mit Rauchen aufgehört hat, führt an, der Landrat sage Nein zu Gesundheit und Prävention, wenn er diese Budgetpostulate ablehnt und so einen Drittel beim Schulsport einspart. Isaac Reber sähe es lieber, dass der Landrat Ja sagen könnte zum Schulsport als dem Breitensport per se. Es sei gut, dass es den Schulsport gebe. Die SVP-Fraktion vertrete jeweils die Auffassung, dass das nötige Geld aus den bestehenden Mitteln genommen werden solle. Dies funktioniere nicht und das wisse auch die SVP. Er bittet, diese Anträge etwas ernster zu nehmen. Budgetpostulate fordern Dinge, welche nicht budgetiert wurden. Wolle man das Geforderte, müsse es budgetiert werden. Bei der Diskussion am Morgen über die Mieten der Schulhäuser sei das ganz klar zum Ausdruck gekommen.

**Sabine Stöcklin** zweifelt daran, ob der Landrat den Budgetprozess momentan gemäss Finanzhaushaltsgesetz (FHG) vollzieht. Die Diskussion verlaufe so, wie wenn den Direktionen Globalbudgets zugesprochen würden und diese eine Million mehr oder weniger frei zwischen den

Dienststellen verschieben könnten. Sie fragt, wie Finanzdirektor Adrian Ballmer das momentane Geschehen im Landratssaal beurteilt. Das FHG enthält ein basellandspezifisches WoV-Modell mit Kreditverschiebung und Kreditübertragungsmöglichkeiten, welche jedoch relativ beschränkt sind. Die grosse Freiheit, wie sie nun von gewissen Parlamentariern in den Raum gestellt werde, sei nach ihrem Verständnis des FHG nicht vorhanden. Sie bittet um eine Klärung.

**Agathe Schuler**, selber im Schulbereich berufstätig, bereitet der momentane Vorgang Sorgen. Es habe nun schon mehrfach geheissen, der Landrat könne etwas haben, es müsse einfach im Budget der BKSD Platz haben, was aber angesichts dieser vielen Millionen sicher möglich sei. Angst macht ihr, dass diese Sportstunde stattfinden wird – was sie völlig unterstützt –, der Beitrag an die Eltern von Kindern, welche Privatschulen besuchen, gesprochen werden wird, aber irgendwo, wo es dann anderen weh tue, dieses Geld, wie von Etienne Morel präzisiert wurde, werde eingespart werden müssen.

Als Bemerkung am Rande fügt sie an, sie sei enttäuscht über die Budgetkürzungen der BKSD. Die Aufdeckung allfälliger Sparmöglichkeiten sei nicht befriedigend gewesen. Nächstes Jahr müsse das anders gemacht werden.

Sie stimmt den Budgetpostulaten zu.

**Juliana Nufer** spricht nun für die FDP-Fraktion und erklärt, dass diese der Regierung folgt und die Postulate ablehnt. Sie seien klar der Meinung, dass die dritte Sportstunde wichtig ist. Der Bildungsrat habe klar den Auftrag, das Bundesgesetz umzusetzen, wo drei Sportstunden enthalten sind. Die FDP-Fraktion geht davon aus, dass im Saldo der CHF 572 Mio. die dafür nötigen Kosten noch Platz haben.

**Christine Mangold** äussert sich grundsätzlich zum momentanen Geschehen, welches ihr Mühe bereitet. Bei der Durchführung eines Budgetprozesses in einer Exekutiven gebe es eine Direktive, dass jede Direktion gewisse Einsparungen vornehmen und sich innerhalb eines gewissen Budgets arrangieren müsse. Aus diesen Direktionsbudgets entstehe ein ganzheitliches Budget, welches vor einen Rat gebracht werde. Es sei ganz klar bei solch einer Budgetphase, dass gesetzliche Vorgaben nicht gekürzt werden können. Darüber hinaus packe man noch hinein, was im Rahmen der bei der Budgetierung gesetzten Vorgaben möglich ist. Es gehe aber nicht an, dass eine Direktion gesetzlich vorgeschriebenes einspare, das dann dennoch umgesetzt werden müsse und vom Parlament auch wieder zugesprochen werde, wodurch die Direktion zum ursprünglichen Budget von vor dem Streichen gelange. Als andere Direktion, welche die vorgeschriebenen Einsparungen vornimmt, müsse man sich da wohl verschaukeln vorkommen.

Die FDP-Fraktion befürwortet die dritte Turnstunde und der Bildungsrat hat gesagt, drei Turnstunden müssten sein. Über das diskutierten sie nun nicht mehr. Nun gehe es darum, ob das Budget der BKSD aufgestockt werden solle

oder ob halt nun, da das zuvor versäumt wurde, geschaut werden müsse, wo diese Einsparungen zu machen seien. Es werde je länger je mehr ersichtlich, dass die BKSD ihre Vorgaben nicht erfüllt habe. Im Hinblick auf das momentane Geschehen könnte man fast zum Schluss kommen, dass man das Budget vielleicht doch hätte zurückweisen müssen. Es gehe nicht an, dass der Landrat nun einfach alles, was gesetzlich vorgeschrieben aber nicht budgetiert sei, zusätzlich zuspreche. Damit und auch mit der Tatsache, dass diejenigen dann die Bösen seien, die gegen die Aufstockung für die dritte Sportstunde seien, hat sie Mühe.

**Hildy Haas** erinnert alle, welche der SVP-Fraktion Vorwürfe machen, dass die Sparvorschläge vom Erziehungsdirektor kommen. Die SVP-Fraktion stimmt schlicht diesen Vorschlägen zu.

**Rudolf Keller** findet das Votum von Hildy Haas schlagend.

Er führt aus, das Bundesgesetz enthalte klare Vorgaben. Er erinnert sich, dass Christoph Eymann in der Parlamentarischen Gruppe für Sport in Bern erklärte, dass in der Nordwestschweiz dem Bundesgesetz genau nachgekommen werde und lediglich die Kantone Neuenburg, Wallis und Waadt diese Vorgaben nicht erfüllten. Für Rudolf Keller ist es selbstverständlich, dass es diese drei Turnstunden braucht. Dies beobachtet er auch bei seinen eigenen Kindern. Aber wie Christine Mangold hat auch er langsam Mühe mit dem Ablauf der Debatte, denn es gebe gesetzliche Grundlagen und einen Bildungsrat, welcher, wie er den Medien entnommen hat, beschlossen habe, an dieser Stundentafel festzuhalten. Folglich müsste der Regierungsrat dem Landrat eigentlich vor der Debatte mitteilen, dass diese drei Turnstunden stattfinden. Es stelle sich dann die Frage, wie das zu finanzieren sei. Offensichtlich habe man in der Bildungsdirektion Dinge, welche gesetzlich vorgegeben seien, aus dem Budget gestrichen, quasi nach dem Motto: "Mal schauen, ob es jemand merkt." Und wenn es niemand bemerkt, seien diese Posten einfach gestrichen. So gehe es nicht.

Rudolf Keller möchte den Vorstössen betreffend die dritte Turnstunde gerne zustimmen, hat aber in der Situation, wie sie sich jetzt präsentiert, grösste Hemmungen das zu tun.

**RR Adrian Ballmer** nimmt zur Frage der Kreditverschiebung Stellung und bemerkt, besondere Zeiten erfordern besondere Massnahmen. Der Regierungsrat kann Kredite innerhalb von Dienststellen oder von Gruppen von Dienststellen verschieben, soweit diese einen Leistungsauftrag haben (§ 29 Abs. 2bis FHG und § 5 Dekret zum FHG). Der Regierungsrat werde das beim Budget 2004 zweifellos auch entsprechend handhaben.

**RR Urs Wüthrich** stellt an Hans-Jürgen Ringgenberg gerichtet klar, sie hätten nicht ein Anti-Sport-Programm aufgelegt. Beim Auftrag, im Bereich der Gymnasien eine Lektion einzusparen, sei in Absprache mit den Gymnasien dieser Vorschlag auf den Tisch gekommen. Der Vorwurf von Rudolf Keller, die BKSD habe versucht, hier etwas zu verstecken, sei nicht sehr überzeugend, weil schon lange vor der Budgetdebatte über diese Massnahme diskutiert

wurde und diese offensichtlich am deutlichsten sichtbar wurde.

Richtigerweise sei festgestellt worden, dass der Bildungsrat die Variante, die dritte Sportstunde zu streichen, abgelehnt habe. Heute werde nicht die Frage nach Sinn und Nutzen dieser Sportstunde diskutiert, sondern die Frage sei, ob dieser Kürzungsauftrag im Bereich der Gymnasien aufrecht erhalten bleiben soll. Die Regierung bejahe das. Sie will, dass dieser Kürzungsauftrag aufrecht bleibt. Zur Umsetzung in der Praxis gibt es keine Aussagen. Da Alternativen in dieser Grössenordnung nicht ohne Weiteres sichtbar seien, sei die Wahrscheinlichkeit sehr gross, dass der Bildungsrat erneut über die dritte Sportstunde und womöglich über gewisse andere Vorschläge, z.B. im Bereich Mathematik oder Deutsch, diskutieren müsse. Der Bildungsrat werde entscheiden müssen, wie diese Kürzung statfinde. Vertrete der Bildungsrat die Position, dass eine Kürzung bei der Stunden-tafel nicht in Frage komme, müsse die BKSD schauen, dass sie die CHF 600'000 an einem anderen Ort einsparen kann. Wo genau, sei momentan nicht ohne Weiteres sichtbar.

Landratspräsident **Hanspeter Ryser** erklärt, dass für die Anträge 2003/230-25 bis 29 eine namentliche Abstimmung verlangt wird. Da der Antrag 2003/230-31 der Parlamentarischen Gruppe Sport mit den genannten Anträgen inhaltlich identisch ist, schlägt er vor, diesen ebenfalls in dieser namentlichen Abstimmung zu behandeln.

://: Über die Budgetanträge 2003/230-25 bis 29 sowie 31 wird in derselben namentlichen Abstimmung beschlossen.

://: Die Budgetanträge 2003/230-25 bis 29 sowie 2003/230-31 werden mit 40:39 angenommen.

*Den Anträgen zugestimmt haben:*

Simone Abt, Heinz Aebi, Romy Anderegg, Kaspar Birkhäuser, Margrit Blatter, Ruedi Brassel, Florence Brenzikofer, Eva Chappuis, Jürg Degen, Madeleine Göschke, Jacqueline Halder, Andreas Helfenstein, Urs Hintermann, Hanni Huggel, Ursula Jäggi, Hans Jermann, Marc Joset, Rudolf Keller, Peter Küng, Esther Maag, Annemarie Marbet, Regula Meschberger, Etienne Morel, Daniel Münger, Juliana Nufer, Eric Nussbaumer, Isaac Reber, Christoph Rudin, Martin Rüegg, Werner Rufi, Elsbeth Schmied, Daniela Schneeberger, Philipp Schoch, Agathe Schuler, Thomas Schulte, Hannes Schweizer, Jacqueline Simonet, Christian Steiner, Sabine Stöcklin, Jürg Wiedemann

*Die Anträge abgelehnt haben:*

Elisabeth Augstburger, Rita Bachmann, Daniele Ceccarelli, Ivo Corvini, Thomas de Courten, Hanspeter Frey, Fredy Gerber, Willi Grollimund, Eva Gutzwiller, Hildy Haas, Gerhard Hasler, Urs Hess, Peter Holinger, Paul Jordi, Thomi Jourdan, Jörg Krähenbühl, Urs Kunz, Sylvia Liechti, Christine Mangold, Rolf Richterich, Hans-Jürgen Ringgenberg, Paul Rohrbach, Hanspeter Ryser, Paul Schär, Dieter Schenk, Elisabeth Schneider, Bruno Steiger, Dominik Straumann, Eugen Tanner, Georges Thüring, Judith Van

der Merwe, Dieter Völlmin, Helen Wegmüller, Daniel Wenk, Karl Willimann, Hansruedi Wirz, Hans-Peter Wullschleger, Iris Zihlmann, Peter Zwick

**2530 Gymnasium Liestal / 2531 Gymnasium Münchens-  
tein / 2532 Gymnasium Muttentz / 2533 Gymnasium  
Oberwil / 2535 Gymnasium Laufen**

**Budgetanträge 2003/230-32 bis 36**

Anträge von Eva Chappuis zu Konto 433.00 (Schulkurs-gelder) betreffend Verzicht auf die Einführung von Anmelde- und Prüfungsgebühren auf der Sekundarstufe II

**Budgetantrag 2003/230-37**

Antrag von Etienne Morel zu Konto 433.00 (Schulkurs-gelder) betreffend Verzicht auf die Einführung von Anmelde- und Prüfungsgebühren auf der Sekundarstufe II

**Eva Chappuis** bittet um Zustimmung zu ihren Anträgen. Aufnahmegebühren für Gymnasien bräuchten eine Gesetzesänderung. Eine dafür nötige Vorlage werde die SP-Fraktion ablehnen. Vorläufig sollten diese Einnahmen in einer Gesamthöhe von CHF 250'000 jedoch aus dem Budget gestrichen werden. Eva Chappuis sieht allerdings keine andere Möglichkeit für die BKSD, Einnahmen zu generieren.

**Etienne Morel** verweist auf den Grundsatz der Chancengleichheit im Bildungswesen. Wolle eine liberale Gesellschaft auf Gerechtigkeit basieren und solle die gesunde Konkurrenz fair sein, müssten alle in diesem Bildungswesen mit denselben Möglichkeiten in diesen Wettbewerb einsteigen können. Bildung müsse für alle dieselbe finanzielle Belastung sein. Etienne Morel erklärt erneut, Investitionen in die Bildung würden sich lohnen und seien notwendig. Er bittet, den Antrag anzunehmen.

**Fredy Gerber** führt an, die gymnasiale Ausbildung sei im Vergleich zur beruflichen Ausbildung bereits viel zu attraktiv. Zudem seien bei einer beruflichen Ausbildung Prüfungsgebühren durchaus üblich. Aus diesen Gründen erachtet die SVP-Fraktion Anmelde- und Prüfungsgebühren an Gymnasien als nichts Abwägendes. Die SVP-Fraktion lehnt die Budgetanträge 2003/230-32 bis 37 ab.

**Juliana Nufer** erklärt, dass die FDP-Fraktion der Regierung folgt und diese Anträge ablehnt.

**RR Urs Wüthrich** ruft die drei Gründe für den Antrag der Regierung auf Ablehnung in Erinnerung. Zum einen vertritt die Regierung die Auffassung, dass die Abgeltung von Sonderleistungen und zusätzlichen Kosten mit Gebühren abgegolten werden sollten. Speziell Prüfungsverfahren seien mit einem beträchtlichen Aufwand verbunden. Eine zweite Überlegung sei, dass man sich von den Anmeldegebühren eine gewisse Steuerungswirkung verspricht. Es sollen jedoch nicht weniger Leute die Gymnasien besuchen, sondern es sollen Mehrfachanmeldungen verhindert werden, welche zu Klassenbildungen führen, die in der Praxis gar nie stattfinden. Die dritte Überlegung war, dass auch vergleichsweise kleine Erträge zu realisieren versucht werden müssen.

Landratspräsident **Hanspeter Ryser** gibt bekannt, dass auch bei diesen Budgetanträgen der Antrag auf eine namentliche Abstimmung vorliegt.

://: Über die Budgetanträge 2003/230-32 bis 37 wird gemeinsam in einer namentlichen Abstimmung abgestimmt.

://: Die Budgetanträge 2003/230-32 bis 37 werden mit 29:49 Stimmen abgelehnt.

*Den Anträgen zugestimmt haben:*

Simone Abt, Heinz Aebi, Kaspar Birkhäuser, Ruedi Brassel, Florence Brenzikofer, Eva Chappuis, Jürg Degen, Madeleine Göschke, Jacqueline Halder, Andreas Helfenstein, Urs Hintermann, Hanni Huggel, Ursula Jäggi, Marc Joset, Peter Küng, Esther Maag, Annemarie Marbet, Regula Meschberger, Etienne Morel, Daniel Münger, Eric Nussbaumer, Isaac Reber, Christoph Rudin, Martin Rüegg, Elsbeth Schmied, Philipp Schoch, Hannes Schweizer, Sabine Stöcklin, Jürg Wiedemann

*Die Anträge abgelehnt haben:*

Romy Anderegg, Elisabeth Augstburger, Rita Bachmann, Margrit Blatter, Daniele Ceccarelli, Ivo Corvini, Thomas de Courten, Hanspeter Frey, Fredy Gerber, Willi Grollimund, Eva Gutzwiller, Hildy Haas, Gerhard Hasler, Urs Hess, Peter Holinger, Hans Jermann, Paul Jordi, Thomi Jourdan, Rudolf Keller, Jörg Krähenbühl, Urs Kunz, Sylvia Liechti, Juliana Nufer, Rolf Richterich, Hans-Jürgen Ringgenberg, Paul Rohrbach, Werner Rufi, Hanspeter Ryser, Paul Schär, Dieter Schenk, Daniela Schneeberger, Elisabeth Schneider, Agathe Schuler, Thomas Schulte, Jacqueline Simonet, Bruno Steiger, Christian Steiner, Dominik Straumann, Eugen Tanner, Georges Thüring, Judith Van der Merwe, Dieter Völlmin, Helen Wegmüller, Daniel Wenk, Karl Willimann, Hansruedi Wirz, Hans-Peter Wullschleger, Iris Zihlmann, Peter Zwick

## 2544 Lehratelier für DamenschneiderInnen

### Budgetantrag 2003/230-38

Antrag von Elsbeth Schmied betreffend Aufnahme des Betrages von CHF 80'000 ins Budget 2004 für die weitere Konzeptarbeit.

**Elsbeth Schmied** erinnert daran, dass der Landrat im Herbst 2001 beschlossen hat, dass auf Ende Schuljahr 2003/04 das Lehratelier für DamenschneiderInnen geschlossen wird. Mit der Zustimmung zur Schliessung erging gleichzeitig der Auftrag an die Regierung, dem Landrat eine Neukonzeption vorzulegen, welche einen Anschluss garantiert, so dass nach wie vor junge Leute diese Lehre absolvieren können. Aus budgettechnischen Gründen solle nun auf diesen Anschluss verzichtet werden, obwohl es für das Budget 2004 um einen eigentlich relativ kleinen Betrag gehe. Das Grobkonzept für diese Anschlussform sei erstellt. Es sei von beiden Berufsämtern genehmigt und der Auftrag, nun die Feinarbeit zu machen und dieses Konzept dann dem Landrat vorzulegen, sei erteilt worden. Das Grobkonzept sehe vor, dass im ersten Lehrjahr in einem gemeinsamen Atelier von Basel-Stadt

und Basel-Landschaft die Basisausbildung gemacht würde. Das zweite und dritte Lehrjahr würde in einem Atelierverbund absolviert. Man sei nun daran, genügend Ateliers in den beiden Kantonen zu suchen, welche bereit sind, solch einen Lehrlingsausbildungsverbund zu bilden. Werden die geforderten CHF 80'000 nicht neu ins Budget aufgenommen, würden diesem fahrenden Zug die Räder abmontiert und das Signal wäre, dass sie mit der Feinarbeit aufhören sollen. Dem Landrat würde nichts Neues vorgelegt und die jungen Leute müssten schauen, wo sie ihre Lehre absolvieren.

Elsbeth Schmied bittet, dem Postulat zuzustimmen und den Regierungsrat zu verpflichten, diese CHF 80'000 ins Budget aufzunehmen, um den Personen, welche nun daran sind, das Konzept auszuarbeiten, zu ermöglichen, diese Arbeit abzuschliessen. Im Anschluss werde dieses Konzept dem Landrat vorgelegt und dieser habe Gelegenheit, dazu Ja oder Nein zu sagen. Er habe dann auch die Gelegenheit, zu den Kosten solch eines Basisjahres für die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft Ja oder Nein zu sagen.

**Hildy Haas** erklärt, dass die SVP-Fraktion der Regierung folgt. Beim Amt für Berufsbildung konnte sie folgende Zahlen in Erfahrung bringen: Zur Zeit sind 7 Damenschneiderinnen in Ausbildung. Zwei sind in einem privaten Lehrverhältnis und fünf im Lehratelier. Diese fünf absolvieren das dritte Lehrjahr und nach ihrem Lehrabschluss wird das Lehratelier geschlossen. Hildy Haas illustriert anhand der Frage, wer im Landrat ein selbstgeschneidertes Kleid trägt, dass die Zeiten sich diesbezüglich geändert haben. Vereinzelt gebe es noch Schneiderinnen und diese würden auch Lehrlinge ausbilden. Es habe aber keinen Sinn, Leute in einem Beruf auszubilden, welche dann keine Arbeit finden. Deshalb ist sie der Ansicht, dass CHF 80'000 übertrieben sind, für die wenigen, welche diesen Beruf noch erlernen möchten. Es müsse eine Lösung gefunden werden, damit diese an einem anderen Ort die Berufsschule besuchen können. Sie erklärt namens der SVP-Fraktion Ablehnung des Postulats.

**Juliana Nufer** erklärt, dass die FDP-Fraktion der Regierung folgt und das Budgetpostulat ablehnt.

**RR Urs Wüthrich** erklärt, die Absicht, eine Anschlusslösung für das Lehratelier zu suchen, habe sich im Kreis der Prioritäten, welcher immer enger geworden sei, nicht behaupten können. Die Regierung schlägt deshalb vor, auf diese Anschlusslösung zu verzichten.

://: Der Landrat lehnt den Budgetantrag 2003/230-38 ab.

## 2581 Förderung Kunst und Kultur, Subventionen und Projekte

### Budgetantrag 2003/230-39

Antrag der SVP-Fraktion zu Konto 365.90 (Übrige Beiträge an private Organisationen) betreffend Beitrag an die Basler Sinfonietta

Landratspräsident **Hanspeter Ryser** liegt ein Rückzug des



Antrags seitens der SVP-Fraktion vor.

**Dieter Völlmin** erklärt, dass prinzipiell jede Vorlage budgetiert werden muss. Diese Budgetposition sei schon letztes Jahr ins Budget eingestellt worden, jedoch sei die angekündigte Vorlage nie gekommen. Dieses Jahr wurde die Position wieder budgetiert, ohne dass eine Vorlage vorhanden war, weshalb dieser Budgetantrag eingereicht wurde. Mittlerweile liege die Vorlage vor, weshalb die SVP das Postulat zurückziehe. Allerdings bedeute das nicht, dass sie in der Sache einverstanden seien.

://: Der Budgetantrag 2003/230-39 wird von der SVP-Fraktion zurückgezogen.

#### **Budgetantrag 2003/230-40**

Antrag von Bruno Steiger zu Konto 365.90 (Übrige Beiträge an private Organisationen) betreffend Beitrag an die Basler Sinfonietta

**Bruno Steiger** stösst sich daran, wie die Vorlage zustande gekommen ist, weshalb er seinen Budgetantrag nicht zurückzieht. Im Jahr 2002 habe der damalige Kulturdirektor quasi eigenmächtig versprochen, der Kanton Basel-Landschaft übernehme die Sinfonietta. Bei der Basler Sinfonietta handle es sich um dasselbe Produkt, wie es das unter der partnerschaftlichen Trägerschaft war. Aus Sicht von Bruno Steiger waren das unlautere Methoden des damaligen Kulturdirektors, da dieser das Kollegialitätsprinzip klar verletzt habe. Er kann nicht verstehen, dass die jetzige Regierung hier Hilfe leiste, indem sie das absegne und eine Vorlage ausarbeite, was völlig übertrieben sei. Der Kanton habe einen generellen Sparauftrag und es sei nicht unbedingt notwendig, dass sich der Kanton die Basler Sinfonietta auch noch leiste. In die Kultur werde genügend Geld investiert. Was hier aufgelegt werde, sei aus seiner Sicht "praktiziertes Kulturwesen". Es handle sich um eine kleine Schar von Publikum, der das zugute komme. Viele Personen pflegen ein Hobby, welches nicht subventioniert werde. Er fragt, wieso immer auf gewisse Kreise Rücksicht genommen werde, welche überdies den Vollkostenpreis bezahlen könnten. Zudem habe er vernommen, dass dieses Orchester noch gar nicht so oft im Baselbiet gespielt habe, sondern mehrheitlich in Basel-Stadt auftrete. Er geht davon aus, dass es anhand der Vorlage zu einer kulturpolitischen Debatte kommt und hofft, dass diese Vorlage dann abgelehnt wird. Der Landrat und die Regierung könnten sich jedoch diese Arbeit sparen, wenn man nun diesen Beitrag streiche, keine Vorlage ausarbeite und das an Basel-Stadt zurückweise und erkläre, man sei nicht bereit, das so zu übernehmen. Er bittet um Annahme des Budgetantrages.

**Juliana Nufer** erklärt, dass die FDP-Fraktion der Regierung folgt und diesen Vorstoss ablehnt.

**Hanni Huggel** erklärt namens der SP-Fraktion Ablehnung des Budgetantrages.

**Rudolf Keller** erinnert an die Volksabstimmung über den Kulturvertrag mit Basel-Stadt. Die Abstimmung sei dank ihren Bemühungen zustande gekommen. Sie hätten die

Abstimmung zwar verloren, das Volk habe aber bei dieser Gelegenheit klar gesagt, wie viel Geld für Kultur an Basel bezahlt wird. Er findet es bedenklich, dass ein Regierungsratsmitglied eigenmächtig erklärt, man wolle, ohne eine rechtliche Grundlage zu haben, diesen Zuschuss an die Basler Sinfonietta erhöhen. Erst nachdem in der Folge Kritik laut geworden sei, habe die Regierung begonnen, eine Landratsvorlage auszuarbeiten. Das sei ein Vorgehen wie in einer "Bananenrepublik" und gehe nicht an. Und nun gehe es um einen Vorschuss, ohne dass man wisse, wie die Abstimmung über diese – unter dem seitens eines Regierungsrates dem Kanton auferlegten politischen Druck eiligst formulierte – Vorlage ausgeht im Landrat. Die SD-Fraktion hält ihren Budgetantrag aufrecht. Es gebe aus finanzpolitischer Sicht keinen Grund, diesen Budgetposten zu unterstützen. Es scheine ihm, er habe kürzlich von der Baslerbieter Regierung gehört, dass es dem Kanton an allen Ecken und Enden an Geld fehle. Hier habe man es nun offensichtlich wieder. Auf der anderen Seite könne man nicht einmal den Staatsangestellten den Teuerungsausgleich bezahlen. Diese politische Geisteshaltung findet er bedenklich.

**Dieter Völlmin** erklärt, diese Budgetierung sei nicht nur vertretbar, sondern müsse gemäss Gesetz so erfolgen. Er findet es falsch, in einer Zeit, in der ganz andere Themen besprochen werden, solch eine Partnerschaftsdiskussion zu beginnen. Die Budgetdebatte sei sicher nicht der geeignete Ort dafür.

**RR Urs Wüthrich** möchte keine inhaltliche Diskussion starten, da man bei der Beratung der Vorlage die Chance haben werde, Erinnerungslücken und Erinnerungsfehler zu korrigieren. Bruno Steiger werfe dem Regierungsrat vor, die Sinfonietta quasi durch die Hintertüre ins Budget zu schmuggeln. Die Regierung sei jedoch daran, beim Haupteingang anzuklopfen und diese Vorlage zu bringen. Die BKSD diskutiere diese Vorlage bereits. Der Landrat werde in den nächsten Wochen Gelegenheit haben, sich mit dem Antrag auf Abschluss eines Subventionierungsvertrages zu beschäftigen. Der Regierungsrat geht davon aus, dass der Landrat sich im Rahmen einer seriösen Beratung mit diesem Vertrag beschäftigen möchte. Es sei wohl nicht glaubwürdig, wenn sie versuchen würden, solch ein Projekt im Rahmen eines Budgetantrages "abzuschliessen" und die BKSD gleichzeitig daran sei, diese Vorlage zu beraten.

://: Der Budgetantrag 2003/230-40 wird deutlich abgelehnt.

#### **40 Gerichte**

**4000 Kantonsgericht / 4005 Strafgericht (inkl. Jugendgericht) / 4015 Verfahrensgericht in Strafsachen / 4025 Steuer- und Enteignungsgericht / 4030 Bezirksgericht Arlesheim / 4031 Bezirksgericht Liestal / 4032 Bezirksgericht Sissach/Gelterkinden / 4033 Bezirksgericht Waldenburg / 4034 Bezirksgericht Laufen**

#### **Budgetantrag 2003/230-41**

Antrag der SVP-Fraktion zu Konto 318.90 Übrige Dienstleistungen von Dritten

Landratspräsident **Hanspeter Ryser** merkt an, dass Regierungsrat und Finanzkommission diesen Antrag ablehnen.

**Hildy Haas** erläutert, dass es in diesem Antrag um die Anwaltshonorare bei Fällen mit unentgeltlicher Prozessführung geht. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass sich mit einem straffen Reglement, welches für alle Gerichte gelten und welches die gesetzlichen Vorgaben einhalten würde, 10% der Kosten einsparen liessen. Beispielsweise könnte ein angemessener Selbstbehalt eingeführt werden. Denn wer prozessiere, wisse, dass das Geld koste. Die SVP-Fraktion verstehe, dass sich die Gerichte für ihre Budgets wehren. Dennoch könne auch von diesen einen Beitrag an die Sparbemühungen erwartet werden. Sie bittet, dem Antrag auf Kürzung um 10% bei der unentgeltlichen Prozessführung zuzustimmen.

**Ursula Jäggi** bittet, diesen Budgetantrag nicht anzunehmen. Eine unentgeltliche Prozessführung werde nicht leichtfertig bewilligt. Es müssen Dokumente vorgelegt werden und je nachdem muss die betroffene Person einen Selbstbehalt tragen. Soweit sie gesehen hat, wurden die unentgeltlichen Prozessführungen bislang immer zu Recht bewilligt, für Leute, welche diese Honorare nicht bezahlen können.

Kantonsgerichtspräsident **Peter Meier** schliesst an das Votum von Ursula Jäggi an und führt aus, dass es unter gewissen Voraussetzungen einen Anspruch darauf gibt, dass jemand, der in einem Verfahren einen Anwalt nicht selber bezahlen kann, diesen auf Staatskosten, "zulasten der Gerichtskasse" beanspruchen kann. Was auch immer man in das Budget schreibe, die Kosten fallen an, da dieser Anspruch besteht.

An Hildy Haas gerichtet erklärt er, dass sie nicht ein Reglement verfassen können, da sie dadurch in die richterliche Unabhängigkeit eingreifen würden. Ob die unentgeltliche Verbeiständung gewährt wird, entscheidet im konkreten Fall das entsprechende Gericht. Das ist Teil der richterlichen Unabhängigkeit und der Rechtsprechung, wo sie mit Reglementen nicht eingreifen dürfen. Jedoch würden sie das Thema immer wieder diskutieren und darauf hinweisen, dass diese Kosten nicht ins Uferlose anwachsen dürfen. Dabei würden sie durchaus auf Verständnis stossen. Die Gerichte bemühten sich und die Verhängung eines Selbstbehaltes oder einer prozentualen Beteiligung sei gang und gäbe.

Als dritten Punkt führt er aus, dass sie ihr Budget so erstellen wie die Direktionen. Sie sammeln die Eingaben der Gerichte, der Statthalterämter und des BUR. Sie hätten auch hier ein Zeichen setzen wollen, weshalb sie die Budgetbeträge mit dem nochmaligen Hinweis an die Gerichte, dass sie hier kürzen, weshalb es bei der Überprüfung besonders vorsichtig und kritisch zu sein gelte, um rund 7.5% gekürzt hätten. Er fügt an, es mache keinen Sinn, noch einmal um 10% zu kürzen. Der Landrat habe zwar das Recht dazu, die Kosten fallen aber aufgrund des bundesrechtlichen Anspruches dennoch an. Er bittet den Landrat, auch im Interesse der angestrebten Budgetwahr-

heit, auf die Reduktion um 10% zu verzichten.

://: Der Landrat lehnt den Budgetantrag 2003/230-41 mit grossem Mehr ab.

#### **4005 Strafgericht (inkl. Jugendgericht)**

##### **Budgetantrag 2003/230-42**

Antrag der SVP-Fraktion zu Konto 301.10 Löhne an Gerichten

://: Die SVP-Fraktion zieht den Antrag zurück.

#### **87 Kirchen und Schulgut**

Keine Wortbegehren

##### **Budegetantrag 2003/230-12**

Antrag von Christine Mangold betreffend Miete von Schulraum für die Sekundarstufe I

**RR Urs Wüthrich** kommt zurück auf den Budgetantrag 2003/203-12. Es gehe ihm nicht darum, das Abstimmungsergebnis in Frage zu stellen. Das Ergebnis bedeute jedoch so, wie es beschlossen ist, dass der Landrat auf Antrag der GemeindevertreterInnen die Verhandlungsposition der Gemeindedlegation in dieser Kommission desavouiert habe. Man habe sich in dieser Projektgruppe klar auf ein Modell mit Klassenpauschale verständigt und nicht auf ein Quadratmetermodell, bei dem man die nächsten paar Monate wohl damit beschäftigt wäre, Schulhäuser zu vermessen.

Im Übrigen müsse im Budget nun ein Betrag eingesetzt werden für die Annahme dieses Budgetantrages. Diesen Betrag könnten sie nur ermitteln, wenn sie als Basis die zur Diskussion stehenden 235 Klassen nehmen. Für diese müsse eine Pauschale angenommen werden, wobei der diesbezügliche Erfahrungswert CHF 13'200 betrage. Das Ergebnis dieser Berechnung, welche dem Geist der Arbeitsgruppe mit den Gemeindevertretern und Gemeindevertreterinnen entspreche, bedeute, dass man im Budget nicht vom Quadratmetern sprechen, sondern dass es eine Erhöhung des Aufwandes um CHF 3.2 Mio. geben würde. Er betont, dass er damit das aufnimmt, was heute klar gestellt wurde. Diese CHF 3.2 Mio. seien eine getroffene Annahme und eine mögliche Verhandlungsposition. Sie seien jedoch nicht eine verbindliche Vorgabe für die Verhandlungen mit den Gemeinden. Er wäre dankbar, wenn man den Antrag in diesem Sinne präzisieren könnte.

**Urs Hintermann** hat etwas Mühe mit diesen Zahlen, denn sie haben einen Brief vom Verband der Gemeinden erhalten. Darin werde von einem Klassenansatz von CHF 45'000 ausgegangen. Dies multipliziert mit 238 ergebe seines Erachtens rund CHF 10 Mio. Er fragt, wo das Problem liege, wenn einerseits von CHF 3 Mio. und andererseits von CHF 10 Mio. gesprochen werde.

**RR Urs Wüthrich** kennt die Berechnungsgrundlage für die CHF 45'000 nicht. Er kennt die Berechnungsgrundlage der CHF 13'200. Dies sei der Ansatz, welcher dort bezahlt

werde, wo der Kanton heute bereits Mieter ist bei Gemeinden. Dies müsste man seines Erachtens als Basis für weitere Verhandlungen nehmen.

Er ergänzt, wenn mit den Gemeinden über diese Mieten diskutiert werde, gehe es einerseits um die Auslegung, wie RR Adrian Ballmer noch einmal verdeutlicht habe. Gleichzeitig müsse darauf geachtet werden, dass nicht in Schulhäusern volle Mieten bezahlt werden, welche der Kanton ursprünglich mit 80% subventioniert hat. Es müsse geklärt werden, wer diese Liegenschaften finanziert habe und dann müsse von einer Basis ausgegangen werden. Der Zweck dieses Antrages sei gewesen, eine Zahl im Budget abzubilden.

**Eric Nussbaumer** weist darauf hin, dass der Landrat nun kurz vor der Schlussabstimmung steht und erklärt, er kenne den Negativsaldo nicht. Er stellt einen Ordnungsantrag auf Sitzungsunterbruch. Dem Landrat soll die Schlusssumme unter Berücksichtigung dieses Antrages von Christine Mangold mitgeteilt werden.

Landratspräsident **Hanspeter Ryser** erklärt, mit der Annahme der von RR Urs Wüthrich genannten CHF 3.2 Mio. käme man jetzt auf einen Aufwandüberschuss von CHF 46.2 Mio. Dies bedeute eine Einsparung von CHF 1.2 Mio.

Kommissionspräsident **Marc Joset** erklärt, der Ordnung halber müsse ein Rückkommen beschlossen werden und der Antrag wäre dann, dass es statt "Quadratmeter" "Klassenpauschale" heissen würde. Dann würde man die CHF 3.2 Mio. einsetzen.

**Esther Maag** weist darauf hin, dass es momentan um einen Ordnungsantrag auf einen kurzen Sitzungsunterbruch geht, damit sich die Fraktionen aufgrund der neuen Lage kurz absprechen können.

**Paul Schär** würde einen solchen Unterbruch ebenfalls begrüssen.

://: Der Landrat stimmt dem Ordnungsantrag zu. Die Sitzung wird für fünf Minuten unterbrochen.

Landratspräsident **Hanspeter Ryser** fragt den Fraktionspräsidenten der FDP an, ob er einverstanden ist, dass der Budgetantrag 2003/230-12 von der "Version Quadratmeter" auf die "Version Klassenpauschale" geändert wird.

**Paul Schär** ist einverstanden.

#### Genehmigung Voranschlag 2004

**Eva Chappuis** möchte vor der Schlussabstimmung die Haltung der Fraktionen zum Budget hören. Der kurze Unterbruch habe bei der SP-Fraktion nicht zu einer eindeutigen Klärung geführt. Es werde betreffend dieses Budget unterschiedliche Haltungen geben innerhalb der Fraktion. So wie der Landrat mit seinen Anliegen heute

umgegangen sei, hätte er allen Grund, dieses Budget abzulehnen. Diene es den Gemeinden, würden problemlos Millionenbeträge ins Budget aufgenommen, obwohl die Rechtsgrundlage trotz Bildungsgesetz nach wie vor unklar sei. Andererseits sei man, wenn man gesetzlich eindeutig garantierte Ausgaben ins Budget habe aufnehmen wollen, damit abgeblockt worden, man solle das an einem anderen Ort sparen. Mit demselben Problem sei man also völlig unterschiedlich umgegangen, je nachdem ob es einem politisch passte oder nicht respektive ob es den Gemeinden passte oder nicht – und als GemeindevertreterInnen hätten heute viele votiert.

Solch eine Budgetdebatte möchte Eva Chappuis im Landrat nicht noch einmal erleben.

*Aus dem Saal wird zustimmendes Gemurmel laut.*

Eva Chappuis schreibt einen Teil dieses aus ihrer Sicht unerfreulichen Tages a conto unerfahrene Finanzkommission ab. Sie hätten hoffentlich alle daraus gelernt. Nicht nur die Linke auch die Rechte, welche sich völlig widersprüchlich verhalten habe, was nicht zu goutieren sei, müsse daraus lernen.

Landratspräsident **Hanspeter Ryser** liest zuerst den Landratsbeschluss mit den geänderten Zahlen vor. Dann gibt es ein Rückkommen.

**Jürg Wiedemann** hat an der gestrigen Sitzung – leider ohne Erfolg bei den Bürgerlichen – aufzuzeigen versucht, wie wichtig und notwendig es ist, in die Bildung zu investieren. Er ist überzeugt, dass man mit Investitionen in die Bildung in die Zukunft der Kinder, welche ein Recht auf eine gute Ausbildung haben, und in qualifizierte Arbeitskräfte investiert. Letztlich würde damit auch in eine wirtschaftliche Entwicklung des Kantons investiert. Er hat an der gestrigen Sitzung erklärt, dass es für die Grüne Fraktion zwingend notwendig sei, mit den Budgetpostulaten Korrekturen anzubringen. Diese Korrekturen seien heute nicht vorgenommen worden, sondern das Budget sei sogar verschlechtert worden im Vergleich zum Vorschlag der Finanzkommission. Die Grüne Fraktion kann sich mit diesem Budget nicht einverstanden erklären, da sie es grundsätzlich als falsch erachten, im Bildungsbereich derart massiv zu sparen. Die Grüne Fraktion weist dieses Budget deshalb zurück.

**Thomi Jourdan** erinnert an den ersten Punkt des Eingangsvotums von Eugen Tanner zu dieser eineinhalbtägigen Diskussion. Das Parlament beschliesse hier ein Budget, welches ausserhalb eines genehmigten, gültigen Finanzplans stehe. Dem Vorwurf, die Finanzkommission sei unerfahren, kann er nicht zustimmen. Die FIK sei zwar neu zusammengesetzt, sie sei aber keinesfalls unerfahren. Im Unterschied zu heute, hätten bei vergangenen Budgetdebatten die meisten am Ende dann doch zugestimmt, die Sache nun noch einmal so laufen zu lassen. Die CVP/EVP-Fraktion stimmte bereits letztes Jahr für eine Rückweisung des Budgets und stellte diesen Antrag auch dieses Jahr, im Wissen darum, dass es aufgrund der

zahlreichen Budgetpostulate wohl einen inhaltlichen Scherbenhaufen geben würde. Diesen Scherbenhaufen habe man nun. Es sei ihnen fast nicht möglich, über dieses Durcheinander einen Entscheid zu fällen. Aus diesem Grund wird sich die CVP/EVP-Fraktion im Einklang mit ihrem am Anfang gestellten Rückweisungsantrag bei diesem Budget der Stimme enthalten und überlässt es denjenigen Leuten, welche von Anfang an zu dieser eineinhalbtägigen Debatte Ja gesagt haben, über dieses Budget zu beschliessen.

**RR Adrian Ballmer** bittet den Landrat, auf "Spielchen" zu verzichten. Auch er will keine solchen Debatten. Die Regierung hat dem Landrat ein Budget vorgelegt, welches sie einhellig verabschiedet hatte. Die Diskussionen seien infolge der 42 Budgetpostulate entstanden. Er bittet eindringlich, nun nicht für irgendwelche Übungen dieses Budget zurückzuweisen, was dazu führen würde, dass die Regierung sich statt mit der momentan intensiv laufenden generellen Aufgabenüberprüfung noch einmal mit den Budgetdiskussionen befassen müsste und dadurch bei GAP um viele Wochen zurückgeworfen würde. Dies hält er für ausgesprochen verfehlt. Er weist darauf hin, dass eine allfällige Mehrheit für eine Rückweisung aus unterschiedlichen Gründen zustande kommen würde. Die Regierung könnte diese Wünsche nicht erfüllen, da die Vorstellungen gegensätzlich seien.

Abschliessend bemerkt er, er höre jedes Mal, es werde an der Bildung gespart. In der Regel spreche der Landrat von "sparen", wenn der Zuwachs nicht ganz so gross sei, wie ihn sich einzelne vielleicht vorstellen. Im Budget 2003 betrug der Aufwand im Bereich EKD CHF 594.6 Mio. Nun liege dieser Aufwand bei etwa CHF 640 Mio. Er behaupte nicht, dass es sich bei allem um eine echte Steigerung handle, aber ganz sicher sei es nicht so, das die BKSD weniger Geld habe.

Landratspräsident **Hanspeter Ryser** fragt nach, ob Jürg Wiedemann einen Rückweisungsantrag stellen möchte.

**Jürg Wiedemann** bejaht dies.

://: Der Rat lehnt die Rückweisung des Budgets 2004 mit grossem Mehr ab.

://: Dem Landratsbeschluss zum Budget 2004 wird mit 38:21 Stimmen zugestimmt. Damit hat der Landrat Folgendes beschlossen [Fassung mit den definitiv bereinigten Zahlen]:

*1. Dem Budget 2004 der Laufenden Rechnung mit einem Aufwand von 2'345.6 Mio. Franken (einschliesslich Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen von 121.9 Mio. Franken) und einem Ertrag von 2'299.5 Mio. Franken, was einen Aufwandüberschuss von 46.0 Mio. Franken ergibt, wird zugestimmt.*

*2. Dem Investitionsbudget 2004 mit einem Aufwand von 214.4 Mio. Franken und einem Ertrag von 64.4 Mio. Franken, ergebend einen Aufwandüberschuss von 150 Mio. Franken, wird zugestimmt.*

*3. Von der Gesamtrechnung, bestehend aus einem Aufwandüberschuss in der Laufenden Rechnung von 46.0 Mio. Franken, Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen von 121.9 Mio. Franken, einem Aufwandüberschuss in der Investitionsrechnung von 150 Mio. Franken, was einen Finanzierungsbedarf von 74.1 Mio. Franken ergibt, wird Kenntnis genommen.*

*4. Dem Voranschlag der Stiftung Kirchen- und Schulgut wird zugestimmt.*

*5. Die geänderten Leistungsaufträge der Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion sowie der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion werden zur Kenntnis genommen.*

Landratspräsident **Hanspeter Ryser** dankt für die gute Sitzungspräsenz in den vergangenen eineinhalb Tagen. Er weist darauf hin, dass ein Apéro parat steht und erwähnt insbesondere den "Sydebändel-Wyy", zu dem dessen "Gotte" Ursula Jäggi noch Erläuterungen abgeben wird. Er wünscht allen frohe Festtage und ein gutes neues Jahr.

Für das Protokoll:

Seline Keiser, Landeskanzlei

\*

**Ende der Sitzung: 17.35 Uhr**

**Die nächste Landratssitzung findet statt am**

**15. Januar 2004**

**Für die Richtigkeit des Protokolls**

**Im Namen des Landrats**

**der Präsident:**

**der Landschreiber:**